

17. Jahrgang

Nr. 3

September 2006

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung des sozialen Organismus

Die Idee des
Grundeinkommens

Sozialversicherung
und Grundeinkommen

Fragen der
Finanzierung

Grundeinkommensmodelle,
Alternativen zu Hartz IV

Gesundheitswesen,
Altersversorgung

Betrachtungen,
Berichte, Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Die Idee des Grundeinkommens - Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung (C. Strawe)

Das Recht auf Entwicklung - Sozialversicherung und Grundeinkommen - zwei Wege, ein Ziel? ____ 5

Wie lassen sich die Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren? _____ 7

Grundeinkommen als Sockel der sozialen Sicherung - verschiedene Grundeinkommensmodelle _____ 9

Die Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit - Alternativen zu Hartz IV _____ 12

Neue Wege im Gesundheitswesen _____ 14

Was geschieht mit der Altersversorgung? _____ 16

Leisten für andere ohne Einkommenszwang? ____ 18

Perspektiven und Handlungsrichtungen _____ 19

Literatur zum Grundeinkommen _____ 19

Betrachtungen und Berichte

Gedenken an Albrecht Hemming und Lex Bos ____ 22

Wertbildung in der Produktion und Wertschätzung durch die Konsumenten (Michael Rist) _____ 23

In der Debatte: Freies Geistesleben

Eine Antwort (Thomas Brunner) _____ 23

Zeitaufgabe freies Geistesleben (Ingo Hoppe) ____ 25

Bescheidenheit und Toleranz (Gabriele Wickenhäuser) _____ 27

Mediziner Ausbildung, Benotungssystem _____ 28

Termine und Initiativen

Kongress Solidarische Ökonomie _____ 29

Regiogeldkongress _____ 30

Lebensgemeinschaft - Kommune - Wärmefähre ____ 30

Verschiedene Veranstaltungen _____ 31

Zur assoziativen Wirtschaftsordnung _____ 31

Tagungen zum Grundeinkommen _____ 32

Zeitgemäßes Wirtschaften _____ 33

Wege zur Qualität - Verfahrensschulung _____ 33

Kollegiale Selbstverwaltung in Waldorfschulen ____ 34

Adressverzeichnis Anthroposophie _____ 35

Dietrich Spitta: Menschenbildung und Staat _____ 35

Goetheanismus-Seminar Frankfurt _____ 36

Arbeitstreffen Initiative Netzwerk Dreigliederung ____ 36

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Die Rubrik „Aus dem Zeitgeschehen“ in diesem Heft muss wieder einmal von kriegerischen Ereignissen berichten. Der Krieg gegen den Libanon hat uns alle betroffen gemacht. Das schreckliche Leiden der Menschen dort, die Massaker, die Zerstörungen des Landes, aber auch die todbringenden Raketen auf Nordisrael, all das erschüttert uns und führt zu der Frage, was geschehen muss, damit endlich Frieden in Nahost entstehen kann, und was wir dazu beitragen können.

Zwar schweigen jetzt die Waffen, aber die Sorge bleibt, dass der Konflikt nur das Vorspiel zu weiterer Gewalt gewesen sein könnte. Was kann der heillosen Strategie des „Kampfs der Kulturen“, was dem wachsenden Hass auf allen Seiten entgegengesetzt werden? Weltweit stellen sich Menschen diese Fragen. In der Region setzen sich unsere Freunde von der ICS (Aktivisten für die israelische Zivilgesellschaft) für jene Verständigung zwischen den Menschen ein, die die Grundlage eines wirklichen Friedens ist. Ihnen und allen anderen, die dort für Alternativen zu Machtpolitik, Krieg und Gewalt arbeiten, gilt unsere Solidarität.

Der Schwerpunkt dieses Heftes bildet die Beschäftigung mit der Idee des Grundeinkommens. Diese Idee wird als Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung aufgefasst, deren Bedingungen nach verschiedenen Seiten hin untersucht werden. Auch in den Literaturhinweisen und Veranstaltungsankündigungen spiegelt sich, welche Kraft diese Idee bereits jetzt entfaltet und welches Echo sie bei immer mehr Menschen findet.

Selten hat ein Artikel des Rundbriefs Dreigliederung so viele und kontroverse Reaktionen hervorgerufen wie Thomas Brunners Debattenbeitrag über freies Geistesleben und Staat, der von der Eurythmieausbildung ausging, aber natürlich in der Fragestellung über sie hinausweist. Wegen der Bedeutung des Themas für die Dreigliederung habe ich auch in diesem Heft noch einmal Platz eingeräumt für weitere Stimmen dazu.

Anfang Oktober startet ein neuer zweijähriger „Studiengang Sozialentwicklung - Soziale Dreigliederung als Weg zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse“. Das Projekt als solches ist in dieser Zeitschrift bereits früher vorgestellt worden. Wir sind dankbar, dass das Echo auf dieses neue Studienangebot so groß war, dass wir jetzt tatsächlich loslegen können. Dieser Studiengang ist ein Stück freies Geistesleben in der Praxis und wird hoffentlich dazu beitragen, den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus zu stärken.

Ihr



Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus spricht sich für ein „bedarfunabhängiges Grundeinkommen“ aus, das die bisherigen Sozialsysteme weitgehend ersetzen müsse +++ Deutschland im Fußballfieber, schwarz-rot-goldene Fahnen aller Orten lösen eine Debatte über das Thema Patriotismus aus +++ Blitzbesuch von US-Präsident Bush in Bagdad +++ Der Selbstmord dreier Häftlinge im US-Gefangenenlager Guantanamo führt zu erneuten Forderungen nach Schließung des Lagers, unter anderem von Seiten der UNO und der EU. Bei dem späteren EU-USA-Gipfeltreffen mit der EU in Wien lässt Bush die Bereitschaft dazu erkennen, nennt aber keinen konkreten Termin +++ Blutige Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas in Palästina. Fatah-Sicherheitskräfte stürmen Hamas-Regierungsgebäude. Schließlich vereinbaren Präsident Machmud Abbas und Ministerpräsident Ismail Haniya, den Konflikt durch Verhandlungen zu entschärfen +++ Ein Ratgipfel der EU in Brüssel erteilt der kommenden deutschen Präsidentschaft (erste Jahreshälfte 2007) das Mandat, einen Einigungsvorschlag im Verfassungsprozess zu machen. Durch das Nein der Franzosen und Niederländer liegt der Verfassungsvertrag derzeit auf Eis +++ Die EU-Außenminister nehmen ihre Beitrittsgespräche mit der Türkei auf +++ Die Klage Deutschlands gegen die EU-Richtlinie zum Verbot jeglicher Tabakwerbung wird, wenn es nach dem Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes geht, abgewiesen +++ Der Bundesrat stimmt den Steuererhöhungen in Deutschland zu +++ Tod des Komponisten György Ligeti +++ Einigung im Ärzterarifstreit an den Universitätskliniken zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder und dem Marburger Bund. Nachdem die Gespräche über einen Tarifvertrag für die kommunalen Krankenhäuser nicht vorankommen, droht dort jetzt ein neuer Streik +++ Der neue Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen tritt zu seiner ersten Sitzung zusammen +++ Der wegen Kriegsverbrechen angeklagte ehemalige liberianische Staatschef Charles Taylor wird an ein UNO-Sondertribunal in Den Haag überstellt +++ Die Firma Siemens bringt ihre Netzwerksparte in ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem finnischen Unternehmen Nokia ein. Bis 2010 sollen 9.000 Arbeitsplätze abgebaut werden +++ Die Allianz AG rechnet dieses Jahr mit einem Gewinn von 5 Mrd. Euro, will zugleich 7.500 Stellen streichen +++ Wie sich herausstellt, hat das amerikanische Finanzministerium nach dem 11. September weltweit Kontobewegungen ausgespäht +++ Der amerikanische Milliardär Buffet will der Stiftung von Bill Gates 30 Milliarden Dollar vermachen +++ Erstmals nach dem Rückzug aus dem Gaza-Streifen dringt die israelische Armee nach der Entführung eines ihrer Soldaten und der Tötung eines Siedlers dort wieder ein. 60 führende Hamas-Politiker werden festgenommen, das Innenministerium und ein Elektrizitätswerk bombardiert. Der neue UN-Menschenrechtsrat verurteilt später diese Aktion als völkerrechtswidrig +++ Der Oberste Gerichtshof der USA erklärt die Militärtribunale gegen Guantanamo-Häftlinge für illegal +++ Die

Regierungskoalition in den Niederlanden zerbricht am Streit über Falschangaben im Asylantrag der prominenten aus Somalia eingewanderten Ex-Abgeordneten Ayaan Hirsi +++ Runder Tisch zur Integrationspolitik in Deutschland, die Regierung kündigt die Vorlage eines Integrationsplans an, der u.a. Maßnahmen der Sprachförderung beinhalten soll +++ „Problembär“ Bruno wird von Jägern erschossen. Die Erschießung war vom bayerischen Umweltminister Schnappauf angeordnet worden +++ Die Mehrheit des deutschen Bundestags segnet Maßnahmen der großen Koalition ab, darunter das einer EU-Richtlinie folgende Nichtdiskriminierungsgesetz und die Föderalismusreform +++ Elefantenhochzeit in der Stahlbranche: Der britisch-indische Konzern Mittal Steel übernimmt Arcelor, die luxemburgische Konkurrenz +++ Die Wettbewerbsbehörde der Europäischen Union verhängt eine Strafe von fast 300 Millionen Dollar gegen die Firma Microsoft wegen der Missachtung von Auflagen aus einem Kartellverfahren +++ Die große Koalition einigt sich auf eine „Gesundheitsreform“. Wie angekündigt wird es einen Gesundheitsfonds geben, aus dem die Kassen eine Pauschale für jeden Versicherten erhalten. Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung sollen ab 2007 um einen halben Prozentpunkt steigen. Über das Ergebnis wird schon bald in der Koalition wieder öffentlich gestritten; die gesetzlichen Krankenkassen starten eine Gegenkampagne, was zu Drohungen der Politik gegen sie führt +++ Nordkorea führt eine Serie von Raketenversuchen durch, darunter auch mit einer atomar bestückbaren Langstreckenrakete. Der UN-Sicherheitsrat fordert in einer einstimmig - mit den Stimmen Chinas und Russlands - verabschiedeten Resolution zur Einstellung dieses Raketenprogramms auf +++ Mit hauchdünner Mehrheit gewinnt der konservative Kandidat Felipe Calderon die mexikanischen Präsidentschaftswahlen +++ Neuer Premierminister in Polen wird der Zwillingbruder von Staatspräsidenten Lech Kaczynski, Jaroslaw +++ Russische Sondertruppen töten Schamil Bassajew, der als Hauptverantwortlicher für die Geiseldramen in der Schule von Beslan und in einem Moskauer Theater gilt +++ Gespräche zwischen der deutschen Kanzlerin und dem amerikanischen Präsidenten in Mecklenburg +++ Italien gewinnt im Endspiel gegen Frankreich die Fußballweltmeisterschaft, Deutschland gewinnt am Tag zuvor gegen Portugal den dritten Platz, der im Land begeistert gefeiert wird. Bundestrainer Jürgen Klinsmann lässt sich vom allgemeinen Jubel nicht bewegen, das Amt weiterzuführen, der Nachfolger wird sein bisheriger Assistent Jogi Löw +++ Dopingskandale überschatten die Tour de France: erst wird Favorit Jan Ullrich wegen Dopingvorwürfen gesperrt, dann wird Sieger Floyd Landis bei einer Doping-Probe positiv getestet +++ Bombenanschläge auf sieben Pendlerzüge im indischen Mumbai fordern 179 Todesopfer und 800 Verletzte +++ Nach dem die aus dem Libanon operierenden Hisbollah-Milizen zwei israelische Soldaten entführt haben, beginnt Israel dort Ziele zu bombardieren, später werden auch Bodentruppen eingesetzt. Israelische Bomben fallen auf Beirut, Raketen der Hisbollah schlagen in Haifa ein. Die Bombardierungen und die Bodenkämpfe führen zur Massenflucht von einer halben Million Menschen innerhalb des Libanon, Zehntausende In- und Ausländer verlassen das Land. UN-Generalsekretär Kofi Annan kritisiert die Maßlosigkeit der militärischen Reaktion Israels und fordert

* 11. Juni 10. September 2006

einen Waffenstillstand. Die Bombardierung von Ölpots durch die israelische Luftwaffe führt zu einer verheerenden Ölpest im Mittelmeer +++ Der G-8-Gipfel in St. Petersburg verabschiedet nach schwierigen Verhandlungen eine Erklärung zum Nahen Osten. Bei der Sicherung der weltweiten Energieversorgung wird die Rolle der Kernenergie unterstrichen, wobei der Sonderweg Deutschlands mit dem Ziel des Ausstiegs allerdings nicht beanstandet wird +++ Tsunami-Katastrophe auf der bisher als Tsunami-sicher geltenden indonesischen Insel Java mit mindestens 550 Toten +++ Der Klimawandel führt zum heißesten Juli in Deutschland seit Beginn der Wetteraufzeichnungen +++ Der CDU-Politiker Norbert Röttgen verzichtet auf einen Spitzenposten beim Bundesverband der Deutschen Industrie, nachdem auch ehemalige BDI-Funktionäre die Verbindung von Bundestagsmandat und BDI-Posten kritisiert hatten. Der Vorgang löst eine neue Diskussion über die Vereinbarkeit von Parlamentsmandaten mit Ämtern bei Lobbygruppen aus +++ Bei einem israelischen Angriff werden vier Angehörige der im Südlibanon stationierten UN-Beobachtertruppen getötet, UN-Generalsekretär Annan nennt die Attacke „offenbar beabsichtigt“. Die USA legen gegen eine Verurteilung im UN-Sicherheitsrat ihr Veto ein +++ In Rom findet eine internationale Konferenz statt, entscheidende Akteure aus der Region sind hierzu jedoch nicht geladen. Diskutiert wird unter anderem über die Möglichkeit, eine internationale Truppe mit „robusten“ Eingriffsmöglichkeiten im Südlibanon zu stationieren. Man einigt sich nur auf eine unverbindliche Absichtserklärung zu einer Waffenruhe +++ In Genf scheitern die WTO-Gespräche, womit zunächst fraglich wird, wie die sogenannte Doha-Runde der WTO-Verhandlungen abgeschlossen werden kann +++ Bei einem israelischen Angriff auf das libanesische Dorf Kana sterben Dutzende Zivilisten, darunter viele Kinder. Dennoch will Israel die Operationen fortsetzen +++ Der amerikanische Einzelhandelsriese Wal Mart zieht sich aus Deutschland zurück, da die Übertragung seiner „Unternehmenskultur“ nicht funktioniert habe. Die 85 deutschen Märkte der Firma werden von Metro übernommen +++ Der kubanische Staatschef Fidel Castro gibt die Amtsgeschäfte nach 47 Jahren im Amt wegen einer Operation - wie es heißt, vorläufig - an seinen Bruder Raoul ab +++ Der UN-Sicherheitsrat setzt dem Iran, mit den Stimmen Russlands und Chinas, eine Frist bis zum 31. August, um die Urananreicherung auszusetzen. Dabei werden Sanktionen angedroht. Der Iran lässt dieses Ultimatum jedoch verstreichen +++ In zwei Nahverkehrszügen in Dortmund und Koblenz werden zündfähige Sprengsätze entdeckt, die nur aufgrund eines technischen Defekts nicht explodiert sind. Es gelingt, einen der vermutlichen Täter auf dem Bahnhof in Kiel zu fassen, ein vermutlicher Mittäter stellt sich im Libanon den Behörden. Forderungen nach einer Verstärkung der Videoüberwachung in Bahnhöfen werden daraufhin lauter. Es kommt schließlich auch zur Vereinbarung über eine gemeinsame Anti-Terror-Datei von Bund und Ländern +++ Britische Sicherheitskräfte haben nach eigenen Angaben geplante Terroranschläge auf mehrerer Linienflüge mit Ziel USA verhindert und Verdächtige festgenommen. Der Sprengstoff sollte nach Angaben der britischen Behörden in einzelnen unverfänglich erscheinenden Komponenten an Bord gebracht und erst dort zusammengemischt

werden. Die Vorfälle führen zu verschärften Sicherheitsvorkehrungen, die vor allem am Flughafen Heathrow den Betrieb schwer beeinträchtigen +++ Im Libanon-Krieg müssen sowohl Israel als die Hisbollah Verluste hinnehmen. Im Bemühen um eine Libanon-Resolution des UN-Sicherheitsrats einigen sich Frankreich und die USA auf einen neuen Entwurf zur Beendigung der Kämpfe. In dem Text ist die Stationierung einer UN-Friedenstruppe mit 15.000 Mann im Südlibanon vorgesehen. Dort soll zugleich die libanesische Armee die Kontrolle übernehmen, die Hisbollah soll die Waffen niederlegen, Israel sich zurückziehen +++ Heftige Kämpfe in Sri Lanka zwischen Regierungstruppen und tamilischen Rebellen. Nach UNO-Angaben sind 50.000 Menschen auf der Flucht +++ Das Landgericht Saarbrücken weist eine Klage von Apothekerverbänden gegen die Eröffnung einer Filiale des Apothekenbetreibers Doc Morris zurück, dabei beruft sich das Gericht auf den Primat des EU-Rechts gegenüber geltendem deutschem Recht +++ Bei den Wahlen im Kongo entfällt die relative Mehrheit der Stimmen auf Joseph Kabila. Da die absolute Mehrheit fehlt, wird ein zweiter Wahlgang erforderlich +++ Der Literaturnobelpreisträger Günther Grass deckt auf, dass er als jugendlicher Mitglied der Waffen-SS war +++ Im Libanon kommt eine Waffenruhe zu Stande, die Umsetzung der Sicherheitsratsresolution beginnt. Deutschland beteiligt sich mit seiner Marine. Israel verzögert zunächst die Aufhebung der Luft- und Seeblockade. Eine Geberkonferenz in Stockholm sagt ca. 750 Millionen Dollar an Libanonhilfe zu +++ Nach wochenlangem Ringen kommt im Tarifstreit der Ärzte an kommunalen Kliniken mit den kommunalen Arbeitgebern eine Einigung zu Stande +++ Bombenanschläge kurdischer Extremisten in der Türkei +++ Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschließt die Entsendung von Blauhelmsoldaten in die sudanesische Krisenprovinz Darfour, die sudanesische Regierung lehnt den Beschluss jedoch ab +++ Tod des früheren CDU-Vorsitzenden Rainer Barzel. Er war 1972 im Zusammenhang mit den Ostverträgen mit einem konstruktiven Misstrauensvotum gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt gescheitert +++ US-Präsident Bush muss die Existenz extraterritorialer CIA-Gefängnisse zugeben und deren Schließung ankündigen. Die unrechtsstaatlichen Praktiken der USA werden unter anderem von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel kritisiert +++ Gammelfleischskandal in Deutschland, über 100 Tonnen Fleisch, dessen Haltbarkeitsfrist um bis zu vier Jahre überschritten ist, werden sichergestellt. Ein hauptsächlich betroffener Fleischhändler begeht Selbstmord +++ Die Situation im Irak wird immer prekärer, vielen Beobachtern erscheint ein offener Bürgerkrieg kaum mehr vermeidbar +++ Im japanischen Kaiserhaus wird ein Thronfolger geboren +++

Zum Stand des Kostenausgleichs

Seit Erscheinen des letzten Heftes sind weitere 2.000 EUR an Kostenausgleichsbeiträgen eingegangen. Jetzt fehlen nur noch rund 4.000 EUR an den projektierten 36.000 EUR. Herzlichen Dank für alle bisherige und alle weitere Mithilfe!

Die Idee des Grundeinkommens

Anstoß zu einer Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung

Christoph Strawe

Seit letztem Jahr hat das Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Alternative zum Sozialabbau in erfreulichem Maße zugenommen. Persönlichkeiten wie dem Unternehmer Götz Werner ist es gelungen, für diese Idee auch in den Medien ein unüberhörbares Echo hervorzurufen.

Die Idee des Grundeinkommens stellt einen Paradigmenwechsel dar, der sich auf alle Elemente der bisherigen Sozialsysteme und ihrer Finanzierung auswirken wird. So ist die Idee Anstoß zu einer Revolution der sozialen Sicherungssysteme insgesamt. Neue Wege in der Alterssicherung, im Gesundheitswesen, im Umgang mit der sogenannten Arbeitslosigkeit werden möglich. Je weiter sich die Grundeinkommensidee als solche verbreitet, um so mehr muss dieser Gesichtspunkt auch bei ihrer weiteren Ausarbeitung und Entwicklung eine Rolle spielen.

Eine Möglichkeit zur Arbeit an solchen Fragen stellte ein Seminar dar, das vom 30. Juni bis 2. Juli im Anthroposophischen Zentrum Kassel stattfand, im Rahmen der Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“.

Die Referenten waren Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl, Michael Ross und Christoph Strawe. Der letztere ist zugleich Autor dieses Artikels, in dem der Versuch einer Zusammenfassung wichtiger Gesichtspunkte aus der Arbeit des Seminars gemacht wird, ohne Anspruch auf vollständige und gleichgewichtige Wiedergabe aller Vorträge und Gespräche.

Das Recht auf Entwicklung: Sozialversicherung und Grundeinkommen - zwei Wege, ein Ziel?*

Vom „Recht auf Entwicklung“ lässt sich nur da sinnvoll sprechen, wo der Einzelne Subjekt seiner Entwicklung wird bzw. werden will: In der Moderne erst wird dieses Recht auf individuelle Entfaltung zum Thema. Ohne Verständnis der Bewusstseinsituation der Moderne lassen sich auch die sozialen Fragen nicht verstehen, mit denen wir es zu tun haben.

In der Moderne löst sich der einzelne Mensch aus der Ganzheit der Welt, auch der sozialen Welt, immer mehr heraus, stellt sich der Welt selbstbewusst gegenüber. Aus dieser Distanz des Gegenüber entsteht unser modernes Weltbild. In ihm erscheint der Kosmos zunächst als ein riesiger Ursache-Wirkungs-Zusammenhang, in dem ewige Wiederkehr des Gleichen herrscht und dessen Richtung eher vom blindem Zufall als von sinnvoller Entwicklung gelenkt ist. Das Bewusstsein ist an die materielle Oberfläche der Erscheinungen wie festgebannt.

In früheren Menschheitsverhältnissen wuchs der Einzelne in vorgegebene Rollen hinein - ganz extrem im Kastenwesen. Erst mit dem modernen Mündigkeitsimpuls entsteht eine Rechtsphäre, deren Subjekte die einzelnen Menschen sind. Die Ordnung der Beziehungen zwischen ihnen ist nun nicht mehr vorgegeben, sondern wird zur Gestaltungsaufgabe. Umfasste und regelte in den alten Kulturen das „Geistesleben“ alle gesellschaftlichen Fragen, so entwickelt sich jetzt ein selbständiges Rechtsleben, mehr und mehr aber auch ein selbständiges Wirtschaftsleben. Dieses ist geprägt durch Organisation, Energie, Maschinerisierung und Automatisierung, und seine Prinzipien greifen inzwischen auch auf die nicht-ökonomischen Bereiche der Gesellschaft über. Wir sind dabei erst am Anfang dieser Entwicklung. Schon gibt es den Prototyp einer „Pflegetasche“, bald könnte die EDV mit den Nervenzellen verwoben werden - und ähnlich revolutionär wird die Nanotechnik wirken.

Die Gewinnung von Rohstoffen und Energie im großen Maßstab macht die moderne Massenproduktion möglich, die wiederum den Drang zur Erschließung immer neuer Absatzmärkte erzeugt. Die moderne Ökonomie sprengt die engen Grenzen der regionalen Selbstversorgung, sie wird global. Wie aber wird diese Globalisierung beherrschbar und gestaltbar, wie entsteht unter den neuen Bedingungen ein soziales Ganzes? Diese Frage haben wir bis heute nicht wirklich beantwortet, - daher die vielen Schattenseiten der heutigen Form der Globalisierung.

Das moderne Wirtschaftsleben trennt Bedürfnisstrom und Leistungsstrom, die früher in kleinräumigen Verhältnissen zusammengehalten waren. Die Produkte gehen in die Welt, das Einkommen kommt aus der Welt. Wie bringt man unter solchen Bedingungen die beiden Ströme in der richtigen Weise wieder zusammen? Wie bewältigt man die Herauslösung der Menschen

* Zu diesem Thema referierte Udo Herrmannstorfer.

aus traditionellen sozialen Bindungen, die doch auch eine Sicherheit gewährten, die nun verloren geht? Die Landflucht in der Zeit der Industrialisierung, die Konzentration der der Arbeit nachziehenden Menschen in den großen Städten, die heute in der Entwicklung der Megastädte der Länder des Südens ihre Fortsetzung findet, hat ihre Ursache gewiss auch im Streben nach der Emanzipation aus der Enge der alten Verhältnisse, führt aber zugleich zu einem Verlust „sozialer Hüllen“.

Die moderne Wirtschaft ist durch die Arbeitsteilung geprägt und damit „Fremdversorgungswirtschaft“, beruht also eigentlich darauf, dass die Menschen lernen, nach dem Anderen und nicht nach dem eigenen Ego zu fragen; - und das zur gleichen Zeit, in der sie ihre geistige Selbstständigkeit und Freiheit entwickeln und entwickeln müssen! Es geht darum, dass die Freiheitsentwicklung nicht im Egoismus und Materialismus stecken bleibt, sondern „Freiheit wozu“ entsteht: Freiheit als Verantwortungsprinzip, Freiheit, die die Nöte und Probleme des Anderen zum Motiv des eigenen Handelns macht.

Die Auffassung, dass der wirtschaftende Mensch nur aus Eigennutz tätig werde, ist damit natürlich unvereinbar. Gerade diese Auffassung wird aber bis heute von zahlreichen Ökonomen vertreten und ist praktisch äußerst folgenreich geworden. Sie hat unter anderem dazu geführt, dass die Unternehmen als Orte, an denen geleistet wird und Einkommen entstehen, an denen sich Leistungsstrom und Bedürfnisstrom begegnen, ausschließliches und veräußerliches Eigentum der Kapitalgeber geworden sind.

Unternehmen generieren Einnahmen aus ihre Leistungen, sie haben Ausgaben - für Vorleistungen anderer Unternehmen und anderes mehr. Die Erträge, die sie erwirtschaften, sind die Wertschöpfung, die unter anderem unter die Mitarbeitenden als Einkommen aufzuteilen wäre. Dadurch, dass das Kapital sie gewissermaßen mit einer nach außen abschließenden Haut umgibt, die Erträge ausschließlich dem Kapital zugerechnet werden, kommt es aber nicht zur Teilung. Die Löhne erscheinen als Kosten, als Abzüge vom Ertrag. Die Frage, wie sich Leistungs- und Bedürfnisstrom sozial begegnen können, kommt damit gar nicht zum Bewusstsein. Der Lohn wird aus einem Ertragsteil, der dem Mitarbeiter ermöglicht, für andere tätig zu sein, zum eigentlichen Motiv des Tätigwerdens: Arbeitsbezahlung statt Ertragsteilung. Damit verliert der Mensch sein soziales Motiv, wird im Egoismus wie festgebannt. Andererseits sind die Unternehmensverantwortlichen als Kostenverantwortliche gehalten, den Kostenfaktor Arbeit zu senken. Werden Mitarbeiter entlassen, sinken zwar die betriebswirtschaftlichen Kosten. Allerdings verschwinden nicht die nun arbeitslosen Menschen. In einer auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft heißt es für sie: Keine Arbeit, kein Lohn, kein Lohn, kein Leben.

Das ist die klassische Situation des „Frühkapitalismus“, mit der sich Arbeiterbewegung und Gewerkschaften dann auseinandersetzen hatten, um die Situation der Arbeitenden zu verbessern. Dabei geriet aber die Frage der Überwindung der Arbeitsbezahlung weitgehend aus dem Blick, stattdessen richteten sich die Anstrengungen auf ihre Sicherung und Verbesserung. Was dabei erreicht wurde, war viel, dennoch blieb es bloß Milderung der Auswirkungen des falschen Systems. Durch Flächenta-

rifverträge usw. versuchte man die Löhne gegenüber den Marktschwankungen zu stabilisieren, ohne jedoch am System der Lohnarbeit noch zu rütteln.

Auf der anderen Seite wuchs innerhalb der herrschenden Klassen die Einsicht, dass die Situation völliger sozialer Schutzlosigkeit nur revolutionären Bestrebungen Vorschub leisten würde. In Deutschland führte Bismarck aus solchen Gründen dann die Sozialversicherung ein. Man entschied sich dabei für eine Zwangsversicherung. Deren Beiträge teilen sich „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ paritätisch. Das Arbeitseinkommen teilt sich dadurch in einen direkt ausgezahlten Bestandteil und ein Sozialeinkommen, das in die Sozialkassen fließt und im Bedarfsfall - also z.B. bei Krankheit im Alter oder bei Arbeitslosigkeit - zur Verfügung steht. Da die Löhne, ob Individual- oder Soziallöhne, Kostenbestandteile darstellen, die notwendig in die Preise der Unternehmen einkalkuliert werden müssen, zahlte letztlich über die Preise der Endverbraucher die Zeche, ohne dass es ihm bewusst geworden wäre.

Auf diese Weise entstanden nach und nach Einrichtungen für alle Wechselfälle des sozialen Lebens. Sie erschienen solange sicher, als sich die Unternehmen der Einzahlung in die Sozialkassen nicht entziehen konnten. Das ist heute im Zeitalter der Konkurrenz der Standorte völlig anders geworden. Nicht nur, dass durch immer höheren Kapitaleinsatz immer neue Produktivitätsschübe lebendige Arbeit entbehrlich gemacht haben - ein Prozess, der unumkehrbar ist, weil eine Maschine, die nicht weniger Arbeit kostet als sie ersetzt, ja gar nicht erst gebaut würde. Sondern es gibt auch noch eine weltweite Konkurrenz darum, wer die verbleibende Arbeit verrichten darf. All das hat dazu geführt, dass die scheinbar felsenfeste Gewissheit „Die Rente [als Synonym für soziale Sicherheit generell] ist sicher“ in kürzester Zeit brüchig geworden ist. Zugleich sind durch diese Entwicklung die Waffen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik stumpf geworden.

Die Ökonomie, die früher die soziale Sicherheit trug, verliert ihre Sozialbindung. Es geht um Renditen als Selbstzweck, nicht mehr um Gewinn als Mittel realer wirtschaftlicher Leistungserstellung. Mit überhöhten Gewinnen müssen die Aktienkurse hochgehalten werden, damit das Unternehmen nicht von Konkurrenten geschluckt werden kann. Selbst wenn man von dem dadurch entstehenden zusätzlichen Druck auf die Arbeitsplätze einmal absieht: Allein die Tatsache, dass wachsende Produktivität die Vollversorgung der Gesellschaft sicherzustellen vermag, macht Vollbeschäftigung zur Illusion, an die bald nur noch neoliberal geprägte Politiker und Ökonomen glauben. Sicher: hier und da eröffnen sich auch neue Arbeitsfelder in der klassischen Erwerbsarbeits-sphäre. Insgesamt aber gibt es in dieser Sphäre immer weniger zu tun, weil uns die Maschinen immer mehr abnehmen.

Die Tätigkeitsfelder, auf denen ein wachsender Bedarf entsteht, liegen dort, wo Erwerbseinkommen auf die traditionelle Weise nicht mehr entstehen: In der Nicht-Ökonomie, in neuen Feldern von Bildungs-, Umwelt-, Kultur-, Sozialarbeit usw. Damit erweist sich endgültig, dass der Arbeitsbegriff nicht auf Erwerbsarbeit reduzierbar ist. Wie aber verhalfen wir Menschen zu dem Einkommen, dass es ihnen ermöglicht, dort tätig zu werden?

Die überkommenen Formen, Löhne und Sozialsysteme zu gewährleisten, halten nicht mehr. Umdenken ist angesagt, eine Revolution der Begriffe erforderlich. Leider zeigen Erfahrungen, dass dagegen gerade im Lager der Arbeitgeber und der Gewerkschaften größte Widerstände vorhanden sind. Doch davon dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Die Idee des Grundeinkommens ist eine Antwort auf Fragen, die nicht länger verdrängt werden können. Wo Lohn zu zahlen ist, bildet das Grundeinkommen einen Sockelanteil davon. Anders als bei den Lohnnebenkosten, bei denen leicht der - wenn auch falsche - Eindruck eines Abzugs vom Lohn, einer Einkommensminderung, entsteht, ist Grundeinkommen auf den ersten Blick als Einkommen erkennbar. Das schafft Klarheit und Transparenz. Es kommt zusammen, was vorher zusammenhanglos erschien: Lohn und Sozialleistungen. Es ist der Einstieg in eine grundlegende Umgestaltung der Verhältnisse, eine friedliche Revolution.

Wie lassen sich Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren?*

Für die Sozialversicherungsbeiträge hat man gelegentlich den Begriff des zweiten Lohns verwendet. Das ist wie gesagt sachgemäßer als von Lohnabzügen zu sprechen. Ob Individualeinkommen, das sofort ausgezahlt wird und zur Verfügung steht oder Sozial-einkommen - Einkommen, das im Alter, bei Krankheit usw. zur Verfügung steht: bei unbefangener Betrachtung ist beides Einkommen. Es handelt sich eben letztlich um einen Ertragsteil, der abdeckt, was wir für diese Fälle des Lebens brauchen. Wir sollten das der Sache nach Zusammengehörige nicht so verschieden etikettieren, dass der Zusammenhang unsichtbar gemacht wird. Wie denn überhaupt falsche Begriffe unser soziales Verständnis vielfältig behindern. „Arbeitnehmer“ ist so ein Begriff, der suggeriert, die Mitarbeiter brächten ihre Leistung gar nicht ins Unternehmen ein, gehörten also gar nicht dazu.

Steuerquote und Sozialleistungsquote sind nach wie vor in der BRD getrennte Dinge. Bei der Zusammenfassung der Sozialleistungssysteme der BRD und der DDR wurde die Gelegenheit des Einstiegs in eine Steuerfinanzierung verpasst. Im Gegenteil: Es wurden versicherungsfremde Kosten der Einheit in die Sozialversicherungen verschoben. Die Erhebung der Sozialbeiträge als Lohnnebenkosten stößt auf immer größere Probleme. In der Praxis wird bereits heute unter dem Druck der Verhältnisse ein wachsender Teil der Ausgaben aus Steuern finanziert - bei der Rentenfinanzierung kommt etwa ein Drittel mittlerweile aus dem Staatshaushalt. Aber von einem konsequenten Umsteuern kann keine Rede sein, obwohl wir mit der bestehenden Form der Finanzierung immer mehr in die Globalisierungsfalle geraten sind.

* Das einleitende Referat zu diesem Thema hielt Harald Spehl.

Das soziale Netz: Sozialbudget 2005

Datenstand: August 2006, in Mio. EUR

Sozialbudget insgesamt _____ 717329 [759689]

1 Allgemeine Systeme _____ 462519 [501822]
 1.1 Rentenversicherung _____ 234859
 1.2 Private Altersvorsorge _____ 1756
 1.3 Krankenversicherung _____ 145533
 1.4 Pflegeversicherung _____ 17465
 1.5 Unfallversicherung _____ 11325
 1.6 Arbeitsförderung _____ 90884

2 Sondersysteme _____ 14243[4]
 2.1 Alterssicherung der Landwirte _____ 3176
 2.2 Versorgungswerke _____ 11068

3 Leistungssysteme des öff. Dienstes _____ 52736
 3.1 Pensionen _____ 35637
 3.2 Familienzuschläge _____ 6895
 3.3 Beihilfen _____ 10204

4 Leistungssysteme der Arbeitgeber _____ 69447[8]
 4.1 Entgeltfortzahlung _____ 25401
 4.2 Betriebliche Altersversorgung _____ 30960
 4.3 Zusatzversorgung _____ 10611
 4.4 Sonstige Arbeitgeberleistungen _____ 2476

5 Entschädigungssysteme _____ 4822[1]
 5.1 Soziale Entschädigung _____ 3877
 5.2 Lastenausgleich _____ 72
 5.3 Wiedergutmachung _____ 773
 5.3 Sonstige Entschädigungen _____ 99

6 Förder- und Fürsorgesysteme _____ 44306[7]
 6.1 Sozialhilfe _____ 19716
 6.2 Jugendhilfe _____ 17445
 6.3 Kindergeld _____ 325
 6.4 Erziehungsgeld _____ 3148
 6.5 Ausbildungsförderung _____ 1449
 6.6 Wohngeld _____ 1461
 6.7 Förderung der Vermögensbildung _____ 763

7 Indirekte Leistungen _____ 72311
 7.1 Steuerliche Maßnahmen (ohne FLA) _____ 36361
 7.2 Familienleistungsausgleich (FLA) _____ 35950

(Sozialbudget insgesamt und Allgemeine Systeme konsolidiert um Beiträge des Staates.) Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Sozialbudget 2005, Tabellenauszug, als pdf-Datei zu finden unter: <http://www.bmas.bund.de>, Tabelle II-1, S. 14. Seltsamerweise entsprechen die vom BMA angegebenen Summen nicht den angegebenen Einzelpositionen. In eckigen Klammern steht die rechnerisch berichtigte Zahl beziehungsweise die berichtigte letzte Stelle.)

Die Globalisierung führt dazu, dass die soziale Sicherung, die in Form von Lohnnebenkosten finanziert wird, zu einem Kostenfaktor wird, der Verzerrungen und Ungerechtigkeiten im globalen Wettbewerb erzeugt: Denn in unseren Exportpreisen exportieren wir unsere Sozialkosten in andere Länder - belasten diese also damit -, während umgekehrt die niedrigen Sozialkosten von Importländern zum Wettbewerbsvorteil auf unserem Markt werden. Anders gesagt: Mit zunehmender Globalisierung der Märkte konkurrieren tatsächlich Sozialversicherungssysteme der einzelnen Nationen über die Güterpreise miteinander. Das hat zur Folge, dass die Arbeitsplatzverlagerung forciert wird, um Märkte vom Ausland her mit geringeren Kosten bedienen zu können, als dies vom Inland her möglich ist. Aus dieser Problematik erwächst der Druck auf die

Sozialsysteme: „Herunter mit den Sozialkosten“ ist die Parole. „Wir können uns das alles nicht mehr leisten“, so heißt es. Wer angesichts dessen nur die Bewahrung des bestehenden Systems fordert, steht auf verlorenem Posten oder stützt sogar die Position der Gegenseite. Wachsende Arbeitslosigkeit und die demographischen Veränderungen verschärfen die Lage bei uns. Auf der anderen Seite können Unter solchen Bedingungen die Länder des Südens keine wirkungsvollen Sozialsysteme aufbauen, ohne Wettbewerbsvorteile zu verlieren. So kann letztlich eine Gesellschaft nicht mehr demokratisch entscheiden, welches Maß an sozialer Sicherheit sie haben möchte, Sozialabbau erscheint als nicht veränderbarer, globalisierungsbedingter Sachzwang.

Der Ausweg aus dem Dilemma ist ein neugestalteter verbrauchsorientierter Sozialausgleich, der es ermöglicht, die soziale Sicherheit wettbewerbsneutral zu gestalten und damit der Globalisierungsfalle zu entfliehen. Technisch entspricht ein solcher Sozialausgleich der Mehrwertsteuer: seine Erhebung erfolgt als Netto-Allphasen-Belastung der Wertschöpfung auf den einzelnen Stufen. Die Endverbraucher leisten also beim Erwerb von Waren und Dienstleistungen einen Beitrag zur sozialen Sicherung. Nach einer durch viele Berechnungen von Wirtschaftsinstituten erhärteten Formel entsprechen dabei 1 % Lohnnebenkosten 1 % mehrwertsteuerartiger Belastung.

Es handelt sich also insoweit um eine reine Umfinanzierung, die prinzipiell nicht zu höheren Preisen führt. Das bedeutet, dass die Unternehmen die Entlastung von den Lohnnebenkosten als Preissenkungen weitergeben, so dass der Sozialausgleich auf die gesenkten Preise aufgesetzt werden kann, - also nicht zu Preiserhöhungen führt. Außerdem dürfen die Gewerkschaften die Umstellung nicht zum Anlass kompensierender Lohnforderungen nehmen; auch Weiterverarbeiter und Handel dürfen die Situation nicht zu Preiserhöhungen nutzen. Es wird also nicht ohne einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gehen, einen Sozialpakt, in den alle beteiligten Gruppen eingebunden werden! Die Erfahrungen bei der Umstellung von der D-Mark auf den Euro zeigen, dass es eines kontrollierten Übergangs bedarf.

Dass die Finanzbeiträge zum Sozialausgleich unabhängig von der bestehenden Mehrwertsteuer festgelegt und erhoben werden, wäre deshalb hilfreich, um sicherzustellen, dass sie nicht in den allgemeinen Staatshaushalt fließen, sondern ausschließlich zweckgebunden für ein bedingungsloses Grundeinkommen und andere von den Menschen gewollte Sozialsicherungsmaßnahmen verwendet werden. Wie immer man dies technisch im einzelnen ausgestaltet: die Verteilungsorganisation müsste eine wirklich selbstverwaltete sein.

Die Brisanz dieses Themas zeigt sich an der im nächsten Jahr ins Haus stehenden Mehrwertsteuererhöhung um 3% auf 19%. Diese ist allen ursprünglichen Ankündigungen zum Trotz keine Maßnahme zur preis- und wettbewerbsneutralen Umfinanzierung sozialer Sicherheit, sondern wird großenteils verwendet, um Haushaltslöcher bei Bund und Ländern zu stopfen. Eine solche Erhöhung wird zu Preiserhöhungen führen und daher die Mehrwertsteuer als Finanzierungsinstrument der sozialen Sicherung diskreditieren!

Dabei ist nicht die absolute Höhe der Mehrwertsteuer in Deutschland das Problem - in anderen europäischen Ländern ist sie höher: Luxemburg 22 %, Dänemark und Schweden 25 %. Zu Recht wird darauf aufmerksam gemacht, dass auch heute bereits alle Kosten der Unternehmen, zu denen eben auch Lohnnebenkosten, Steuern usw. gehören, in die Preise inkalkuliert werden. Prinzipiell gilt daher die Argumentation von Götz Werner und Mitarbeitern, dass die mehrwertsteuerartige Umfinanzierung der gesamten bereits heute finanzierten Staatsquote in Deutschland, also desjenigen Teil des Bruttonationaleinkommens, der für Steuern und Sozialtransfers verwendet wird, nur zu einer anderen Zusammensetzung der Preise, nicht jedoch zu ihrer Erhöhung führen müsste, da die Staatsquote heute bereits in den Preisen steckt, nur eben tief verborgen.* (Die Staatsquote lag 2004 bei 47,5 %, das heißt bei etwas über 1.011 Mrd. EUR.)

Zu vielen Fragen und Einwänden zur Finanzierung von Grundeinkommen und sozialer Sicherheit durch einen mehrwertsteuerartigen Sozialausgleich wurde an anderer Stelle bereits ausführlich argumentiert, worauf hier nur verwiesen werden kann.** An noch offenen Detailfragen wird weitergearbeitet. So müssen z.B. Übergangsregelungen gefunden werden, die Verwerfungen bei der Verteuerung der Importe und der Entlastung der Exporte verhindern.

Letztlich führt der Sozialausgleich dazu, dass im Produktpreis jeweils die Sozialstandards des Verbrauchlands enthalten sind. Ein Export von Sozialkosten würde nicht mehr stattfinden, und je mehr sich nach und nach alle Länder dem Verfahren anschließen, würde es ein Beitrag zu weltweit gerechten Verhältnissen sein. Denn für Entwicklungsländer würde sich die Möglichkeit eröffnen, überhaupt Sozialsysteme aufzubauen. Am Ende würde also ein neues Gleichgewicht stehen, von der schrittweisen Entlastung unserer Exporte könnten dann Länder des Südens, in die wir exportieren, als Entwicklungsbeitrag profitieren: Der dort erhobene Sozialausgleich würde als Kaufkraft dort verbleiben, während - bei gleichem Produktpreis - die in den importierten Waren enthaltenen Sozialkostenanteile der Importländer heute in diese Ländern zurückfließen.

* Vgl. Finanzierung und Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens, <http://www.unternimm-die-zukunft.de/index.php?id=54>

** Vgl. z.B. Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/1999. Im Internet unter der URL <http://www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm>. Ferner: Harald Spehl: Das Menschenrecht auf Existenz - Fragen eines ökonomieverträglichen Sozialausgleichs. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4/Dezember 2002; C. Strawe: Arbeitslosigkeit ? Krise und Chance. Ursachen, Spaltungen, Irrwege und Lösungsmöglichkeiten. In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 3/2006 (auch unter: <http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Arbeitslosigkeit.pdf>). Zu den Argumenten gegen eine Konsumbesteuerung generell finden sich viele Antworten auf den Seiten der Grundeinkommensinitiative von Götz Werner (<http://www.unternimm-die-zukunft.de>)

Grundeinkommen als Sockel der sozialen Sicherung - verschiedene Grundeinkommensmodelle*

Dass revolutionäre Gedanken wie die Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen heute in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden können, ist eine großartige Sache, auch wenn bedingungslose Versorgung jedes Einzelnen und eine Gesellschaft ohne Arbeitszwang für viele noch ganz und gar fremde Gedanken sind. Um so wichtiger, dass die Diskussion vertieft wird: Wie und unter welchen Bedingungen kann ein Grundeinkommen zum Sockel der Sozialfinanzierung werden? Welche Unterschiede gibt es zwischen dem Grundeinkommen und andern Formen einer Grundsicherung? Auch Hartz IV wird ja als „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ (SGB II) deklariert, im Jahr 2003 bereits wurde die „Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte“ eingeführt. Welche Ausformungsmöglichkeiten gibt es für ein Grundeinkommen?

Die meisten Befürworter eines Grundeinkommens sehen in ihm eine Möglichkeit der Vereinfachung des heutigen durch zahllose Stützen, Umverteilungssysteme, Zuschüsse usw. gekennzeichneten Sozialsystems: „Seit Bestehen der Bundesrepublik hat sich eine gigantische Sozialbürokratie herausgebildet, die mit 38 unterschiedlichen Arten von Behörden und Quasibehörden 155 steuer- und beitragsfinanzierte Sozialleistungen verwaltet.“** Aber Vereinfachung ist als Kriterium natürlich zu wenig.

Hilfreich ist Ronald Blaschkes Vorschlag, den Begriff des garantierten Mindesteinkommens als Oberbegriff zu wählen, um dann den Grundeinkommensbegriff gegenüber andern Formen eines Mindesteinkommens abgrenzen zu können.*** Er unterscheidet zunächst 2 Grundtypen des garantierten Mindesteinkommens: Beim Grundtyp I wird die bestehende Orientierung der Sozialsicherung an der Erwerbsarbeit nicht in Frage gestellt, sondern die Erwerbsarbeit wird subventioniert (Mindestlohn, Kombilohn, Lohnsubventionen). Bei Grundtyp II gibt es keine direkte Subventionierung von Erwerbsarbeit mehr, wenn sich auch natürlich Mindestlohneffekte ergeben.

Aber auch innerhalb von Typ II gibt es ein breites Spektrum: Die Zahlung einer solchen Mindestsicherung kann auf „Bedürftige“ beschränkt sein, womit die Überprüfung der Bedürftigkeit zur Bedingung wird. Sie kann an die Bedingung geknüpft sein, so gut wie jede Arbeit anzunehmen, ein Haushalts- bzw. Familienbezug kann gegeben sein, der den individuellen Anspruch einschränkt. Von einem authentischen bedingungslosen

* Hierzu referierte Christoph Strawe

** Joachim Mitschke: Grundsicherungsmodelle - Ziele, Gestaltung, Wirkungen, Finanzbedarf. Eine Fundamentalanalyse mit besonderem Bezug auf die Steuer- und Sozialordnung sowie den Arbeitsmarkt der Republik Österreich, Nomos 2000, S. 34.

*** Ronald Blaschke: Garantiertes Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Dresden, Oktober 2005. Blaschke ist Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen. Man findet den Text als pdf-Datei unter www.archiv-grundeinkommen.de

Grundeinkommen können wir nur dann sprechen, wenn die folgenden Merkmale gegeben sind:

- der Bezug ist ein Bürgerrecht,
- es gibt keine Bedürftigkeitsprüfung,
- das Recht steht jedem individuell zu - d.h. Einkünfte von Familienangehörigen, Partnern usw. werden nicht angerechnet,
- es gibt keinerlei Verpflichtung oder Zwang zur Arbeit.

Selbstverständlich heißt Bedingungslosigkeit auch, dass es niemandem verwehrt sein kann, über das Grundeinkommen hinaus weiteres Einkommen zu erzielen.

Ein weiteres Kriterium für ein authentisches Grundeinkommen liegt in seiner Höhe: sie muss so sein, dass auch kein verdeckter Arbeitszwang entsteht, obwohl alle anderen Kriterien formal gegeben sind. Bei allen Formen der Grundsicherung wird in der Regel mit dem Begriff des Existenzminimums operiert. Es ist aber gerade die Frage, ob man dieses wirklich im Sinne der Sicherung einer menschenwürdigen Existenz auffasst. Götz Werner hat deshalb den aussagekräftigeren Begriff des „Kulturminimums“ vorgeschlagen, das durch ein Grundeinkommen sicherzustellen sei. Auf der anderen Seite gibt es neoliberale Grundeinkommensbefürworter wie Milton Friedman, die ein Grundeinkommen deutlich unterhalb des Existenzminimums anstreben, mit dem dann alle sozialen Verpflichtungen der Gemeinschaft abgegolten wären und das dazu zwingen würde, jede Arbeit anzunehmen.****

André Gorz schreibt zu dieser Problematik: „Die Garantie eines unter dem Existenzminimum liegenden Grundeinkommens [...] hat die Aufgabe, die Arbeitslosen zur Annahme von mühsamen und erniedrigenden Niedriglohnbeschäftigungen zu zwingen [...] Ein allen garantiertes ausreichendes soziales Grundeinkommen untersteht einer umgekehrten Logik: Es soll nicht mehr diejenigen, die es beziehen, zu jeder beliebigen Arbeit unter allen Bedingungen zwingen, sondern es zielt auf deren Befreiung von den Zwängen des Arbeitsmarktes ab. Es soll ihnen ermöglichen, ‚unwürdige‘ Arbeit und Arbeitsbedingungen abzulehnen ...“*****

Die Frage nach der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens ist nach wie vor ein besonders kitzlicher Punkt. Es gibt durchaus wohlmeinende Menschen, die vorschlagen, die Auszahlung z.B. an den Nachweis einer bestimmten Stundenzahl freigewählter gemeinnütziger Tätigkeit zu koppeln. Das wäre sicherlich sozialer als die neoliberale Karikatur des bedingungslosen Grundeinkommens, trotzdem ergeben sich schwere Bedenken. Wer bestimmt, welche Tätigkeit anerkannt wird? Wie verhindert man Missbräuche? Mit diesen und ähnlichen Fragen sitzt man nur zu leicht wieder in der Bürokratiefalle. Ob man so mehr an gemeinnützigem Engagement bewirken kann als mit einer bedingungslosen Lösung, ist fraglich, man kann durchaus das Gegenteil vermuten.

In der Literatur findet man die Unterscheidung zwischen einem „Poverty Gap-Typ“ und einem „Social Dividend-

**** Vgl. Milton Friedman (1962): „Capitalism and Freedom“ (deutsch: „Kapitalismus und Freiheit“, Stuttgart 1971)

***** André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie. Frankfurt/Main 2000, S. 113 und 115, zit. nach Blaschke, S. 15.

Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“

1. Arbeitsleistung zur Grundlage der Teilhabe am Wohlstand zu machen, ist gerecht, solange Wohlstand überwiegend durch menschliche Arbeitskraft erzeugt wird. Heute aber wird menschliche Arbeitskraft mehr und mehr durch „Maschinen“ (Automaten, Computersoftware) ersetzt. Halten wir dennoch an der ausschließlichen Verteilung von Einkommen über Arbeitsleistung fest, führt das entweder zu steigender Arbeitslosigkeit oder zu sinkenden Einkommen.
2. Der Wohlstand unseres Landes ist der Wohlstand aller Bürger. Er geht auf die Leistungen aller Bürger zurück, auch auf die Leistungen vorangehender Generationen. Deshalb gebietet es die Gerechtigkeit, alle Bürger an diesem Wohlstand zu beteiligen.
3. Unser Wohlstand ist das Ergebnis erfolgreicher Innovationen. Innovationen steigern die Produktivität und befördern die Wertschöpfung: Sie ermöglichen es, Arbeitsabläufe zu automatisieren und menschliche Arbeitskraft einzusparen. Arbeitslosigkeit ist kein Zeichen von Armut, sondern ein Ausdruck der Produktivität und des Vermögens unseres Landes.
4. Verzicht auf Innovationen ist Verzicht auf Wohlstand und damit auf Freiheit von unnötiger Arbeit. Freiheit der Bürger ist auch Freiheit von unnötiger Arbeit, die durch programmierbare Automaten verrichtet werden kann.
5. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zur Arbeit zu zwingen, misstraut ihrer Gemeinwohlbindung und schränkt die bürgerlichen Freiheiten ein.
6. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Arbeitslose und Arbeitnehmer für die wirtschaftliche Produktivität unseres Landes bestraft werden. Sie werden gezwungen, ihre Arbeitskraft zu sinkenden Löhnen und Gehältern bei reduzierter sozialer Absicherung zu verkaufen, obwohl ihre Arbeitskraft nicht mehr benötigt wird.
7. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Bürger - ohne Not - dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind. Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung geht somit für eine steigende Anzahl von Bürgern mit dem Verlust beruflicher Sinnstiftung einher.
8. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung zieht eine Verschwendung von Lebenszeit der Bürger nach sich, weil sie an geisttötende, unwürdige Arbeiten gebunden werden. Die Zeit wird sinnlos „abgesehen“ und kann nicht für sinnvolle Tätigkeiten genutzt werden; die Würde des Menschen wird missachtet.
9. Wenn Würde und Integrität von Menschen nicht mehr die oberste Richtschnur politischer Entscheidung sind, wird das politische Gemeinwesen in seinen Grundfesten erschüttert.

Wir schlagen vor: ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger ...

- ... stärkt die Familie. Sie kann sich der Erziehung und der Fürsorge für ihre Kinder widmen, ohne sich um ihre Einkommenssicherung zu sorgen.
 - ... fördert Innovation in allen gesellschaftlichen Bereichen und ermöglicht die dazu erforderliche Muße. Innovative Ideen können frei entwickelt werden, ohne dass sie vom Absatz an einem Markt abhängig sind.
 - ... stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen. Sie können auf leistungsbereite Mitarbeiter setzen, denn Erwerbsarbeit wird freiwillig geleistet.
 - ... stärkt die Volkswirtschaft. Unproduktive Industrien und Wirtschaftszweige müssen nicht mehr subventioniert werden.
 - ... ermöglicht einen umfassenden Abbau von Bürokratie, auch in den Sozialsystemen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzt weitestgehend bestehende Sozialleistungen.
- Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger stärkt die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und gibt ihnen die Freiheit dazu.

Ute Fischer, Stefan Heckel, Axel Jansen, Sascha Liebermann, Thomas Loer, www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de

Engagement und Anerkennung

Nur das Grundeinkommen eröffnet eine radikale Entscheidungsmöglichkeit dazu. Dieser Freiheit entspräche eine Verantwortungszumutung: Ganz gleich, wofür man sich entscheidet, es muss eine vernünftige Antwort auf die Chance der Freiheit darstellen. Denn mit der Entscheidung der Gemeinschaft, die Freiheit der Bürger zu stärken, ginge auch eine Verpflichtung einher: Die Freiheitschancen müssten vernünftig genutzt werden. Worin aber eine vernünftige Nutzung bestünde, dürfte nicht vorgeschrieben sein. Ob im Beruf, dem bürgerschaftlichen Engagement oder in der Familie, das wäre ganz dem Einzelnen überlassen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen hat eine entscheidende Voraussetzung: das Gemeinwesen muss in die Gemeinwohlbindung seiner Bürger vertrauen. Es muss darauf vertrauen, dass die Bürger ihren Beitrag leisten wollen. Dies ist schon heute die Grundlage unserer Ordnung, von daher also wäre ein Grundeinkommen nur die Konsequenz aus der Gegenwart.

Sascha Liebermann, in einem Arbeitspapier für das Kolloquium des Instituts für Entrepreneurship an der Uni Karlsruhe, Ende Februar 2006
S.Liebermann@FreiheitStattVollbeschaeftigung.de; www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de

Typ“ des Grundeinkommens.* Beim ersten Typ handelt es sich um die Schließung einer Einkommenslücke - wobei die Definitionen, wo eine solche beginnt, unterschiedlich sein können. Die bekannteste Form ist der Vorschlag einer negativen Einkommensteuer, z.B. von Milton Friedman. Dabei wird gefragt: Liegt das Einkommen einer Person nach Steuern unter einer bestimmten Transfergrenze? Dann wird es ergänzt. Wer sich an der Grenze befindet, zahlt keine Steuer, wer darüber liegt, zahlt Einkommensteuer, wer darunter ist, erhält ein Ergänzungseinkommen (definiert als „negative Einkommensteuer“). Zur Funktionsweise vergleiche den Kasten Seite 12.

Bei der Sozialdividende wird jedem Bürger aufgrund seiner Teilhabe an der Gesellschaft (hier liegt die Analogie mit dem Aktionär als Teilhaber eines Unternehmens, der die Dividende bezieht) ein Grundeinkommen bedingungslos ausbezahlt. Erst hier also kann man im engeren Sinne von einem Sockeleinkommen sprechen. Um dieses aufzubringen, ist zunächst einmal ein hohes (Steuer)aufkommen nötig, ein höherer Umverteilungsaufwand ist durch die Gesellschaft zu leisten.

Der Ansatz von Götz Werner ist ein reintypischer „Social Dividend-Ansatz“, der zudem mit einem wettbewerbsneutralen Finanzierungskonzept verbunden ist. Die in verschiedenen Interviews genannte Zielgröße sind 1500 Euro pro Person, als Einstiegsgröße bietet sich für Werner ein Satz von ca. 800 EUR an. Der Betrag würde dynamisch ausbezahlt, d.h. er steigt mit dem Lebensalter an und sinkt ab etwa 50 Jahren wieder. Das Grundeinkommen würde auf das Erwerbseinkommen angerechnet. Ein solches Grundeinkommen wäre in der Tat ein Sockel der sozialen Sicherheit und würde als solches zahlreiche heutige Transfers ersetzen: Es wäre z.B. Kindergeld, Bafög-Ersatz und Sockelrente. - Auch sollten wir als Grundeinkommenselement eine Gesundheitspauschale einführen, die das allgemeine Grundeinkommen allerdings nicht mindern dürfte, sondern zusätzlich zur Verfügung stehen sollte (vgl. S. 16).

Es kann hier natürlich nicht auf alle Grundeinkommensmodelle in aller Breite eingegangen werden. Ein weiterer Ansatz, Michael Opielkas Modell einer Grundeinkommensversicherung, wurde in dieser Zeitschrift bereits ausführlich referiert.** Wie differenziert man bei der Beurteilung von Modellen vorgehen muss, macht Ronald Blaschke an Hand der negativen Einkommenssteuer deutlich: „Die Grundeinkommensform Negative Einkommensteuer integriert das (steuerfinanzierte) Sozialin das Steuersystem. Sie ist in unterschiedlichen Ausgestaltungen diskutiert worden. Sie kann dem Bedingungslosen Grundeinkommen analog gestaltet sein (allerdings bleibt dabei immer die steuerlich/finanzierungstechnisch immanente Bedürftigkeits-/Einkommensprüfung, ex post - Auszahlung). Sie kann aber auch vollkommen bzw. partiell vom Grundeinkommen abweichen (nicht Armut verhindernd, daher faktisch einen Arbeitszwang implizierend; eingeschränkter Adressatenkreis; steuerlicher Haushalt-/Familienbezug). - Zu berücksichtigen ist, dass

* Vgl. Werner Rätz, Dagmar Paternoga, Werner Steinbach: Grundeinkommen bedingungslos. VSA Hamburg 2005, S. 12.

** Vgl. Grundeinkommen und soziale Dreigliederung, in: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/2005.

es sich hier um eine idealtypische Unterscheidung von verschiedenen Ansätzen handelt. Fließende Übergänge und Berührungspunkte zwischen den einzelnen Modellen der Grundsicherung und des Grundeinkommens sind je nach konkreter Ausgestaltung durchaus gegeben.“*** So arbeitet z.B. das von Ute Fischer und Helmut Pelzer vertretene „Ulmer Modell“ (Transfergrenzenmodell Ulm) mit dem Mechanismus der negativen Einkommenssteuer, strebt aber eine bedingungslose Existenzsicherung auf menschenwürdigem Niveau an, was von dem „Bürgergeld“, das die FDP „für alle Bedürftigen“ fordert, nicht unbedingt gesagt werden kann.“****

Das zeigt vor allem eines: Man muss genau hinschauen, was wer meint, wenn das Stichwort Grundeinkommen oder Grundsicherung fällt. Das gilt auch da, wo - was an und für sich ja erfreulich ist - Politiker die Forderung in dieser oder jener Form aufgreifen (vergleiche Kasten S. 20). In Zukunft wird es vermutlich noch nötiger sein als heute, die Geister unterscheiden zu lernen, denn noch nie war die Bewegung für diese Idee so groß wie heute - was natürlich auch verdeckt operierende Gegner auf den Plan rufen wird.

Ein Wort noch zur Geschichte der Idee und ersten praktischen Erfahrungen: Grundeinkommensgedanken finden wir bereits im Frühsozialismus.“**** Der Begriff der Sozialdividende taucht in den 20er Jahren bei dem schottischen Wirtschaftstheoretiker Major Clifford Wallace auf - der an eine wirkliche Dividende aus der Verzinsung von Staatskrediten an Unternehmen dachte. Eine breite Bewegung für ein Grundeinkommen gab es in den 60er und 70er Jahren in den USA. 1966 forderte Martin Luther King ein garantiertes Einkommen für jedermensch. Der Ökonom Robert Theobald begründete die Forderung nach einem Grundeinkommen mit dem Ende der Vollbeschäftigung. In einem Beitrag zu einer Publikation von Theobald unterstützte Erich Fromm die Idee nachdrücklich.“***** In den 80er Jahren wurde die Forderung von den deutschen Grünen unterstützt, die sich später allerdings davon lösten und in der rot-grünen Koalition mitverantwortlich für Hartz IV wurden. Heute wird die Forderung vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteuren getragen, im parteipolitischen Raum griff die PDS das Thema auf, auch einzelne Politiker der CDU sprachen sich inzwischen dafür aus.

Es gibt auch erste praktische Erfahrungen: Im US-Bundesstaat Alaska erhalten seit 1982 alle Bewohner jährliche Dividenden aus den im Staatsbesitz befindlichen Ölvorkommen (Alaska Permanent Fund). 1999 betrug die Auszahlung 1800 Dollar pro Person. In Brasilien beschloss man 2004 die schrittweise Einführung eines Grundeinkommens, die allerdings noch in den ersten

*** Blaschke 2005, a.a.O., S. 16.

**** Es ist symptomatisch, dass FDP-Spitzenpolitiker wie Gerhards und Solms sich in Talkshows besonders rabiät gegen Vorschläge Götz Werners zum bedingungslosen Grundeinkommen aussprachen. Allerdings gibt es nach wie vor sozialliberale Randströmungen in der FDP, die nach einem anderen Verständnis der Bürgergeldidee suchen.

***** Zur Geschichte der Idee vgl. insbesondere: Yannik Vanderborght, Philippe van Parijs: Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Frankfurt/M 2005. Ferner: Rätz, Paternoga, Steinbach, a.a.O., S. 12ff.

***** The Psychological Aspects of the Guaranteed Income, in: R. Theobald (Hrsg.), The Guaranteed Income. Next Step in Economic Evolution?, New York 1966. Eine deutsche Fassung findet man unter der URL <http://www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm>. Vgl. Kasten S. 18.

Negative Einkommenssteuer

Fall 1

Arbeitseinkommen	_____	0,- EUR
Negative Steuer	_____	400,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	400,- EUR

Fall 2

Arbeitseinkommen	_____	200,- EUR
Negative Steuer	_____	300,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	500,- EUR

Fall 3

Arbeitseinkommen	_____	400,- EUR
Negative Steuer	_____	200,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	600,- EUR

Fall 4

Arbeitseinkommen	_____	800,- EUR
Negative Steuer	_____	0,- EUR
Verfügbares Einkommen	_____	800,- EUR

Vgl. Ralf Dahrendorf: Für jeden Bürger ein garantiertes Einkommen. Ein Leben auch ohne Lohnarbeit - wie ein neuer Sozialkontrakt aussehen mußte. („Die Zeit“, Nr. 4, 17. Januar 1986, DM-Beträge wurden in EURO umgerechnet). Dahrendorf referiert in dem Artikel das Kapitel von Klaus-Uwe Gerhardt und Arnd Weber aus dem Band „Befreiung von falscher Arbeit“, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin.

Anfängen steckt. Auch in Südafrika und anderen Ländern gibt es breite Bündnisse für ein Grundeinkommen.

Das bedingungslose Grundeinkommen verwirklicht das Menschenrecht, würdig zu existieren. Menschenrechte sind universell und gelten global. Daher geht es letztlich um eine weltweite Forderung und um weltweite Solidarität, auch wenn das Grundeinkommen zuerst einmal in einzelnen Ländern umgesetzt werden muss. Ein erster Schritt wäre, allen Menschen ein Grundeinkommen individuell und bedingungslos zu zahlen, das sie wenigstens vor dem Hunger bewahrt, wie es die internationale Nichtregierungsorganisation FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk (FIAN) seit langem fordert.

Die Bewältigung des Problems der Arbeitslosigkeit - Alternativen zu Hartz IV*

Das bedingungslose Grundeinkommen ist der Einstieg in eine Bewältigung sonst unlösbarer sozialer Probleme, es darf allerdings nicht als sozialtechnisches Allheilmittel missverstanden werden, sondern muss in einen ganzheitlichen Ansatz eingebettet werden.

* Hierzu referierte Michael Ross.

Die vom Mainstream in Politik und Wirtschaft heute vertretenen Lösungen für das Problem der Arbeitslosigkeit sind immer noch vom Bewusstsein einer Erwerbsarbeitsgesellschaft geprägt. Arbeitsplätze sind für diese Denkweise immer reguläre Erwerbsarbeitsverhältnisse, sie entstehen durch Wachstum materieller Produktion, falls das nicht ausreicht, durch Sogwirkungen in den Niedriglohnsektor, wo sich die Leute dann mit Obstpflücken und Spargelstechen beschäftigen sollen. Von offizieller Seite kann man Weisheiten hören und lesen wie den Satz: „Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit liegt in der Steigerung der Zahl der Erwerbstätigen.“ Man muss sich nicht wundern, dass die Umsetzung von Hartz IV immer neues Chaos erzeugt. So moniert der Ombudsrat unverständliches Deutsch in den Bescheiden, von denen ein großer Prozentsatz zudem fehlerhaft ist. Das zwingt Betroffene zum Prozessieren, was wiederum neue Kosten und Belastungen nach sich zieht.

Die Zahlen sprechen für sich: Im Januar 2006 waren rund 5 Millionen Menschen in Deutschland offiziell als arbeitslos registriert, 20 Millionen zählte man in der Europäischen Union.** Dazu kommt die so genannte stille Reserve, die Frühberenteten, Kurzarbeiter und so weiter.*** Diese Menschen sind stigmatisiert, ausgegrenzt, werden in der Entfaltung ihrer Fähigkeiten behindert. Keine Rede mehr davon, mit den Hartz-Reformen die Arbeitslosigkeit bis 2006 zu halbieren, wie Peter Hartz und Gerhard Schröder vollmundig versprochen hatten. Alles hatte man sich so schön gedacht. Aber die Personalservice-Agenturen erwiesen sich als Flop, die Ich-AGs - eine Werbeagentur hatte das unsägliche Wort erfunden - griffen nicht recht. Angesichts der Tatsache, dass zuvor nur 15% der Angestellten der Arbeitsämter in der direkten Vermittlung tätig waren, war die schlanke kundenorientierte Arbeitsvermittlung - neuer Name: Bundesagentur für Arbeit. Das war zwar an sich kein falscher Ansatz, Arbeitsplätze ließen sich so aber auch nicht schaffen, - ganz abgesehen von dem neuen Wust an bürokratischem Aufwand, den besonders Hartz IV mit sich brachte. Was man auch nicht bedachte: Viele Selbstständige mit geringem Einkommen tauchten als Antragsteller bei Hartz IV auf und verursachten unvorhergesehene Kosten. Die Malaise wurde noch verstärkt durch Mitnahmeeffekte: In den Kommunen z.B. entdeckte man plötzlich, dass viele Sozialhilfeempfänger doch auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar seien, um sie als ALG II-Empfänger als Kostgänger der Sozialhilfe loszuwerden.

Hartz IV bedeutet: Alle erwerbsfähigen Langzeitarbeitslosen bekommen statt Arbeitslosen- oder Sozialhilfe nur noch eine Leistung, das so genannte Arbeitslosengeld II (ALG II). Das Arbeitslosengeld I in Höhe von 67 Prozent/60 Prozent (mit/ohne Kinder) des bisherigen Nettoentgelts wird nur noch maximal zwölf Monate bezahlt, für über 55-jährige 18 Monate. Wer danach keine neue Arbeit hat, bekommt nun ALG II, monatlich 345 EUR. Wohlfahrtsverbände sagen, das liege 70

** Das ist eine Quote von 12,1 Prozent (Presseinfo der Bundesagentur für Arbeit vom 31.1.06).

*** „Unter Berücksichtigung der Personen, die nicht in der Statistik erfasst werden, summiert sich das Ausmaß der Unterbeschäftigung im Jahr 2004 auf gut 7 Millionen.“ (Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung „Die soziale Situation in Deutschland“, Kapitel „Arbeitsmarkt“: <http://www.bpb.de/files/B19YYY.pdf>)

EUR unter der Armutsgrenze. Außerdem gibt es Zuschüsse für Kinder, Wohnen und Heizung. Allerdings alles nur, wenn man „bedürftig“ ist. Wie bei der Sozialhilfe muss erst einmal eigenes Geld - abgesehen von einem „Schonvermögen“ - und Geld der Angehörigen angegriffen werden. Dagegen betrug die bisher gezahlte Arbeitslosenhilfe für Arbeitslose mit Kindern 57 Prozent, für Arbeitslose ohne Kinder 53 Prozent des zuletzt bezogenen Arbeitsnettoentgeltes. Wer arbeitslos wird, fällt jetzt also schnell sehr tief. Die Bedürftigkeitsprüfung ist entwürdigend, die Beweislast wird auf den Betroffenen verlagert, der nachweisen muss, dass er z.B. mit einem Mitbewohner nicht in einer Beziehung lebt, also nicht erst dessen Vermögen herangezogen werden kann. Die Begrenzung der sogenannten 1-Euro-Jobs auf ½ Jahr verhindert, dass sich der Betroffene in ein soziales Lebensumfeld integrieren kann. Er wird stigmatisiert, obwohl er in aller Regel Opfer globaler Trends ist, für die er keine Schuld trägt. Was der Betroffene bekommt und was der Verwaltungsaufwand der Firma verschlingt, steht in keinem vernünftigen Verhältnis. Durch einen Zwangsverwaltungsakt kann man jeden ALG II-Empfänger nötigen jegliche Arbeit, anzunehmen, es sei denn, sie sei „sittenwidrig“. Das läuft letztlich auf eine Arbeitspflicht hinaus. Bei Weigerung kann das ALG gekürzt werden, zunächst um 30 %, theoretisch letztlich bis auf Null.

Das alles bedeutet dreierlei: Verarmungstendenz, Arbeitszwang und Fähigkeitsverlust. 28 Mrd. EUR werden ausgegeben, und das Resultat ist zunehmende Armut und Entwürdigung. Etwas ist offensichtlich faul an diesem Ansatz.

Im Kern liegt das Dilemma im Paradigma der Erwerbsarbeit. Der Erwerbsarbeitsbegriff war immer schon schief, nur zeigt es sich weniger scharf als heute.

Nicht jede Tätigkeit ist „Arbeit“. Von Arbeit sprechen wir da, wo Menschen etwas für andere leisten. Dabei verändern sie die Welt, aber entwickeln auch sich selbst. Sofern sich die Menschen mit ihrer ganzen Persönlichkeits- und Wesenskraft in die Arbeit einbringen, damit sie gelingt, ist Arbeit eigentlich keine wirtschaftliche, sondern eine kulturelle Kategorie. Allerdings ragt die Arbeit in das Wirtschaftsleben hinein und schafft wirtschaftliche Werte. Selbst ist sie jedoch dem Wesen nach keine „Ware“ - und ihre Vermarktung im Grunde ein Entwürdigung des Menschen. Was ein Mensch als Einkommen erhalten muss, ist eine Rechtsfrage.

Für die Entwicklung der Arbeit charakteristisch ist die Steigerung ihrer Produktivkraft - Produktivitätsentwicklung. Indem wir nicht nur Arbeit auf die Natur anwenden, sondern zugleich unseren Geist auf die Arbeit richten und ihren Wirkungsgrad durch Arbeitsorganisation und Technik erhöhen, kann immer größerer materieller Reichtum von immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit erzeugt werden. Der Arbeitsaufwand wird durch Arbeitersparnis zurückgedrängt. In der Vergangenheit wurde die durch Rationalisierungsprozesse dieser Art freigesetzte Arbeit von neuen Feldern des Erwerbs aufgesogen: Aus der Agrargesellschaft wurde die Industriegesellschaft, aus ihr eine Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Doch dieser Prozess geht nicht einfach so weiter, sondern stößt an Grenzen, wo der bisherige Typus des Wachstums nicht mehr richtig

Die Maßnahme

Wer heute nicht ans Paradies glaubt, kommt nicht in den Himmel, sondern nach Eidelstedt. Dort, im kleinbürgerlichen Stadtteil im Nordwesten Hamburgs, wird noch hochgehalten, was immer weniger bringt: Erwerbsarbeit.

Dort kämpfen die letzten Helden der Vollbeschäftigung für den Endsieg der Vollerwerbsgesellschaft. Der Arbeitslose, an sich ein funktionsloses Glied der Arbeitsgemeinschaft aller Deutschen, soll nicht verlernen, worauf Wohl und Wehe des Vaterlands gebaut sind: Arbeiten. Koste es, was es wolle.

Und das geht nach den Aufzeichnungen eines Arbeitslosen so: „Zuerst haben wir alle Arbeitsbekleidung erhalten. Blaue Latzhosen und eine Jacke, auf der groß draufsteht: HAB Eidelstedt - Hamburger Arbeits-Beschaffung Eidelstedt heißt das.“ Die Montur müsse sein, erklärt der Fallmanager der Bundesagentur für Arbeit, die mit 58 Milliarden Euro Jahresbudget rund fünf Millionen „Kunden“, wie die Erwerbslosen neuerdings heißen, verwaltet. Schließlich soll der Bürger draußen sofort merken, dass etwas geschieht. Aber was? Das ist noch unklar, wie vieles, Dialektik des modernen Sozialstaats eben. An die Ein-Euro-Jobber, die hier für ihren künftigen Einsatz üben sollen, werden jedenfalls dicke Monturen ausgegeben, obwohl sie in Innenräumen für den Ernstfall trainieren - „damit sie sich schon mal an Arbeitskleidung gewöhnen“. Gewöhnung ist überhaupt das A und O des Arbeitslebens, und deshalb rücken die Erwerbslosen im Alter von 40 bis 55 Jahren bereits um sechs Uhr früh an, zum Morgenappell. Jobs gibt es keine und auch nichts zu tun, was für irgend jemanden Sinn ergeben könnte. Stattdessen lässt der Fallmanager eine Gipswand aufstellen, die er von den potenziellen Ein-Euro-Jobbern mal in Blau, mal in Weiß streichen lässt, so lange, bis die dünne Platte die Farbe nicht mehr trägt. Eine Wand weiter üben sich Arbeitslose im Fliesenlegen - Kachel rauf, bis die Wand voll ist, Kachel runter, ratsch. Eine Frau schnipselt mit einem Teppichmesser Auslegeware klein, die Stückchen kommen in einen Müllsack. Am Ende des Tages gibt's zum Dank ein klein wenig Hoffnung. Möglicherweise, sagt der Fallmanager, gäbe es demnächst ein paar richtige Jobs. Vielleicht.

All das spielt, wie gesagt, nicht in einer Irrenanstalt, sondern in Deutschland. Viele im Arbeits-Trainings-Camp in Eidelstedt haben Kinder, die gute Chancen haben, demnächst eine ähnliche Maßnahme zu erhalten. Sie alle hier haben Familie, Freunde. Was kostet es, haben zu wollen, was es nicht mehr gibt? In Eidelstedt und anderswo ist der Preis klar: die Würde.

Aus: Der Lohn der Angst. Automation und Fortschritt, Wissensarbeit und Kapitalismus vernichten Arbeitsplätze. Und das ist gut so. Es geht nämlich auch anders. Text: Wolf Lotter. brand eins 7/2005

ist. Nur 3 Prozent materielles Wachstum pro Jahr würden ja in 10 Jahren 30% mehr Autos, Fernseher, Wohnungen usw. bedeuten, was ins Absurde führt. Je mehr die Arbeitsproduktivität eine Vollversorgung mit materiellen Gütern ermöglicht, um so deutlicher zeigt sich zugleich die Unterversorgung in einem Bereich, den man als die Sphäre der Beziehungsdienstleistungen bezeichnen kann. Hier nun allerdings greift das Prinzip der Rationalisierung nicht - ein Lehrer kann nicht schneller lehren, ein Pfleger nicht schneller pflegen, ohne die Qualität seiner Tätigkeit zu beschädigen. Die heutigen Versuche, diesen Bereich zu ökonomisieren, sind deshalb verheerend.

Die Lösung besteht vielmehr darin, sich über die gesellschaftlich notwendige Arbeit in diesen Bereichen assoziativ zu verständigen und für eine Einkommens- und Preisbildung zu sorgen, die es möglich macht, gerade in diesen real unterversorgten Bereichen der Gesellschaft unter menschenwürdigen Bedingungen tätig werden zu können. Das bedingungslose Grundeinkommen würde ein entscheidender Schritt in diese Richtung sein, der Kulturarbeit, Bildungsarbeit, Sozialarbeit ermöglichen würde. Es würde auch ermöglichen, dass Menschen sich selbst organisieren und Bildungszeit gewinnen könnten, um sich auf solche Arbeiten vorzubereiten, oder sich anderweitig fortbilden könnten. Grundeinkommen soll ja gerade Tätigkeit ermöglichen, die heute behindert ist, nicht Konsummentalität fördern, die nur das Gegenstück zur Erwerbsarbeitsmentalität ist. Die Arbeitsagentur könnte eine wichtige Rolle für die Vermittlung freigesetzter Arbeit in Tätigkeiten im Beziehungsdienstleistungsbereich leisten, wenn sie sich nur entsprechend wandeln, eine reine Hilfsfunktion übernehmen und sich aller bürokratischen Bevormundung enthalten würde.

Neue Wege im Gesundheitswesen*

Seit 1976 hat es in der BRD mehr als ein Dutzend „Gesundheitsreformen“ gegeben. Eine wirkliche Gesundung des Gesundheitswesens ist dadurch jedoch nicht eingetreten. Letztlich ging es häufig nur um Verlagerung von Kosten auf Ärzte und Patienten, wobei sich der Gesetzgeber auch noch manchen Schildbürgerstreich leistete (vgl. Kasten S. 15). Die Ärztestreiks haben gezeigt, wie unmittelbar Betroffene die Situation erleben. Dabei geht es nicht nur um Arbeitszeiten und Bezahlung, sondern vor allem um die immer mehr ausufernde Bürokratie und um den zunehmenden Zwang, therapeutische Gesichtspunkte betriebswirtschaftlichen unterzuordnen (verursacht z.B. durch das System der Fallpauschalen). In der öffentlichen Debatte wird häufig absichtsvoll mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten, operiert, vor allem in Kostenfragen des Gesundheitswesens.**

* Hierzu referierten Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe

** Vgl. meinen Artikel „Vor einer neuen Reform des Gesundheitswesens“ und mein Interview mit Gert-Rainer Pater vom Paracelsus-Krankenhaus Bad Liebenzell-Unterlengenhardt, beides in: Sozialimpulse, Heft 1, März 2006.

Die neueste Gesundheitsreform sollte ein großer Wurf der Großen Koalition werden. Herausgekommen ist bei den Verhandlungen im Windschatten der Fußball-WM ein fauler Kompromiss, an dem einige der Politiker, die an seinem Zustandekommen beteiligt waren, bereits wieder herummäkeln und dessen Umsetzung erst einmal hinausgeschoben wurde. Das Herzstück des Ganzen, der Gesundheitsfonds, aus dem die Kassen hinfür für jeden Versicherten eine Pauschale erhalten sollen, ist von der Kritik nicht ausgenommen. Von der ursprünglichen Absicht, „Kosten des Gesundheitssystems künftig stärker durch Steuern zu finanzieren“, ist wenig mehr übrig geblieben als eine „vage Perspektive“, ein „ungedeckter Scheck“.^{***} Diese Absicht war im Prinzip sinnvoll, denn für die Krankenversicherung gilt, was die Finanzierungsprobleme angeht, das bereits über die Finanzierung der Sozialsysteme durch Lohnnebenkosten generell Gesagte.

Was die Pflegeversicherung angeht, so steuert diese auf einen Finanzierungsengpass zu. Seit Jahren sind die Ausgaben höher als die Einnahmen, man schätzt, dass die gegenwärtige Kapitalreserve von 3 Mrd. EUR 2008 aufgebraucht sein dürfte. Obwohl es auf der Hand liegt, dass ein Grundeinkommen die Möglichkeiten, pflegerisch tätig zu werden, enorm verbessern würde, sind maßgebliche Politiker auf einer gänzlich anderen Fährte und wollen das derzeitige Umlageverfahren auf ein kapitalgedecktes Verfahren umstellen.^{****}

Es ist also Zeit für Alternativen. Ein modernes Gesundheitswesen braucht „Therapiefreiheit, Methodenpluralismus und die Anerkennung der Mündigkeit des Patienten.“ „Der demokratische Staat hat das gleiche Recht jedes Menschen auf Zugang zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten.“ „Eine solidarische Finanzierung der notwendigen gesundheitlichen Versorgung muss dem Einzelnen durch Krankheit bedingte unzumutbare finanzielle Belastungen abnehmen.“^{*****} Und es ist Zeit, darüber nachzudenken, in welchem Verhältnis die Grundeinkommensidee zu den notwendigen Veränderungen im Gesundheitswesen steht.

Um diese Frage besser beantworten zu können, sei zunächst noch einmal allgemein auf das Grundeinkommen im Zusammenhang mit dem menschlichen Lebenslauf hingeblickt. In der Kindheit und Jugend beantwortet das Grundeinkommen die Frage, in welchem Maße die Gesellschaft für den jungen Menschen aufkommt. Das Grundeinkommen tritt zunächst als eine Art Erziehungsgeld auf, das seine Entwicklungsbedingungen verbessert. In der Phase des beruflichen Tätigseins bringt ein Grundeinkommen höhere Freiheitsgrade: der Zwang einer nicht selbstbestimmten Arbeit nachzugehen, mindert sich. Die allgemeinen Wechselfälle des Lebens verlieren ein Teil des an ihnen Bedrohlichen. Im Alter bildet das Grundeinkommen die Sockelrente. Dabei ist deutlich, dass letztlich die gesellschaftliche Akzeptanz

^{***} So Armin Käfer in der Stuttgarter Zeitung vom 12.9.2006 in seinem Kommentar „Entzaubertes Bündnis“.

^{****} Systemwechsel in der Pflegeversicherung. CSU-Papier sieht Systemwechsel in der Pflegeversicherung vor. Finanzratgeber 24, 02.06.2006, <http://www.finanzratgeber24.de/news/1cf2ee97d70878304.php>

^{*****} C. Strawe: Was sind Grundlagen eines solidarisch finanzierten modernen Gesundheitswesens? In: Sozialimpulse, Heft 1/März 2006.

derartiger Einkommensgarantien mit dem Menschenverständnis zusammenhängt: Verständnis für die sich entwickelnde Individualität ist das stärkste Motiv, alles für die Förderung des Menschen in der Kindheits- und Jugendphase tun zu wollen. Je mehr individuelles Schicksalsverständnis man hat, um so mehr wird man die Förderung einer selbstbestimmten Berufsbiografie jedes Menschen voll bejahen können. Und ein tieferes Sinnverständnis des Lebens über den Tod hinaus, bis hinein in die Fragen eines Reinkarnationsverständnisses, hilft, die Sicherung der alten Menschen voll mittragen zu wollen, - ohne irgendeine Art der Unwilligkeit zu entwickeln, wie sie sich in Schlagworten wie dem vom Methusalem-Komplot heute zeigt.

Im Gesundheitswesen sind diese Fragen des Menschenverständnisses besonders heikel. Denn bei Gesundheit und Krankheit bzw. Krankheitsverläufen spielt das Individuelle eine größere Rolle als bei anderen Fragen. Deshalb ist hier die Verführung zur Entsolidarisierung besonders groß, beispielsweise zur Einteilung der Menschen in unterschiedliche Risikoklassen.

Das Verständnis von Gesundheit und Krankheit ist eine Frage des individuellen Urteils, deshalb die Forderung nach Methodenpluralismus, voller Therapiefreiheit und Freiheit der Wahl von Arzt und Therapierichtung. Pluralität ist in die Sozialität gespiegelte Individualität. Ohne Pluralität erstirbt auch der Solidarwille.

Dieser Wille zum Mit-Tragen ist eben kein Gegensatz zur individuellen Verantwortlichkeit. Solidarität ist nicht Kollektivismus. Der Solidarausgleich im Bildungswesen z.B. muss eben nicht heißen, dass die Gemeinschaft die Inhalte der Bildung bestimmt, wie es vielfach noch geschieht. Es kann und sollte heißen, dass dem einzelnen die Finanzierung der Schule seiner Wahl durch einen entsprechenden zweckgebundenen Einkommensanteil ermöglicht wird (das Prinzip des Bildungsgutscheins, dass sich auch auf andere Bereiche übertragen lässt).

Die Frage der Solidarität ist notwendig zugleich die nach ihren Grenzen. Grenzbildung gehört zum Leben dazu. Auch beim Grundeinkommen ganz im allgemeinen müssen wir irgendwann bei einer Summe X landen, die die Grenze bildet. Und es wird immer Menschen geben, denen es zu wenig ist, auch wenn wir diese Grenzen bei 1.500 oder 2.000 EUR ansetzen. Die Frage ist, wie diese Grenze richtig gezogen wird. Heute geschieht dies in der Krankenversicherung häufig so, dass bestimmte Therapien nicht erstattet werden, weil sie z.B. den vom wissenschaftlichen Mainstream allein anerkannten Wirksamkeitsnachweisen nicht genügen oder nach gänzlich willkürlichen Kriterien wie der fehlenden Verschreibungspflichtigkeit von der Erstattung ausgegrenzt werden. Wir haben es heute mit einer verhängnisvollen Tendenz zu tun, Behandlungsmethoden verbindlich zu machen, die statistisch betrachtet, mit der größten Wahrscheinlichkeit wirken. Was aber dann, wenn gerade *dieser* individuelle Patient eine andere Therapie nötig hätte?

Im Gesundheitswesen können verschiedene Ebenen unterschieden werden, auf denen sich jeweils spezifische Antworten auf die Frage nach dem Solidarausgleich ergeben.

1. Allgemein gesunde Lebensführung: Gesundheit hat mit allgemeiner Lebensführung zu tun. Es wäre nun allerdings eine unbillige Forderung, dass deshalb alle Kosten der Lebensführung, die in irgendeinem weiteren Sinne mit der Gesundheit zu tun haben, durch das Grundeinkommen, also eine Solidarfinanzierung zu decken seien. Es sollte jedoch das allgemeine Grundeinkommen so bemessen sein, dass es einen angemessenen Betrag für Selbstmedikation, Gesundheitsvorsorge etc. enthält, der auch als solcher ausgewiesen sein könnte. Das Grundeinkommen, wenn es im Sinne eines Kulturminimums verstanden wird, muss einen Gestaltungsraum für Lebensverantwortung, und das heißt auch Gesundheitsverantwortung, geben. - Im übrigen würde ein Grundeinkommen mindestens zum Teil die heutige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ersetzen.

2. Bereich der Solidarbeziehungen: Das Grundeinkommen als solches deckt natürlich nicht alle Krankheitskosten ab. Deshalb muss es eine Versicherungspflicht auf diesem Gebiet geben, die verhindert, dass jemand schutzlos dasteht. Zugleich muss es möglich sein, freie Verantwortungsgemeinschaften von Versicherten zu bilden, also nicht auf bestimmte vom Staat vorgegebene Versicherungstypen festgelegt zu sein oder gar auf eine vom Staat begrenzte Zahl von Großkassen. Die Versicherungspflicht ersetzt also die bisherige Pflichtversicherung für „unselbstständig“ Arbeitende, die einen Verdienst erzielen, der unter der sogenannten Pflichtversicherungsgrenze von 3.825 EUR liegt. - Die Finanzierung durch den Sozialausgleich würde gleichzeitig dazu führen, dass auch die sogenannte Beitragsbemessungsgrenze (3.450 EUR) keine Rolle mehr spielen würde.

Schildbürgerstreiche

Aus einem Brief der anthroposophischen
Ärztin Dr. Dr. Lore Deggeller an
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

1. Problem: Kostenexplosion der Arzneien: Selbstverschuldet durch das Gesetz 2004. Beweis: Ausgaben 2003 sehr hoch, daher Gesetz nötig. Ausgaben 2004 enorm gesunken, da Gesetz greift. Ausgaben 2005 noch höher als 2003 ! Gesetz-Fehlschlag

Grund: Patienten und Ärzte sind inzwischen schlau geworden. Auch bei Bagatellfällen (80 % in der Praxis) wird jetzt Rezept auf Kasse verlangt; biologische (billigere) Arzneien sind nicht mehr rezeptierbar - also muss auf teure und meist unnötig verschreibungspflichtige Arzneien ausgewichen werden. Klare Logik.

Beispiele je 100 Tabletten:

- Depression: homöopath. EUR 31,90 (Jarsin) // chemisch EUR 76,- (Noveril)
- Klirnakterium: homöopath. EUR 9,- (Cimicifuga) // chemisch EUR 28,- (Presomen)
- Prostata: homöopath. EUR 38,70 (Prostagutt) // chemisch: EUR 70,50 (Doxazosin)

Aus dem Spar-Gesetz ohne Realitätsbewusstsein wurde also eine Kostenexplosion gemacht.

Einziger Ausweg: sofortige Zulassung biologischer Arzneien auf Rezept - zumindest als Test.

Das allgemeine Grundeinkommen müsste durch einen zweckgebundenen Betrag aufgestockt werden, der als Gesundheitspauschale direkt oder über einen Fonds den jeweils selbstgewählten Verantwortungsgemeinschaften bzw. Versicherungen zuflösse. Der Betrag muss hoch genug sein, um jedem eine hochwertige medizinische Versorgung zu sichern. Eine Größenordnung von 200 EUR dürfte nicht unrealistisch sein. Die genannten Verantwortungsgemeinschaften führen diese Beiträge als Guthaben ihrer Mitglieder, aus dem bezahlt wird, was ärztlich verordnet wird. Aus den nicht in Anspruch genommenen Anteilen können nicht ausreichende Guthaben anderer Mitglieder ergänzt werden. Für Großrisiken muss es eine Rückversicherung geben, hierzu wäre jede Versichertengemeinschaft gesetzlich verpflichtet. Reicht die Pauschale nicht aus, muss eine Verständigung über ergänzende Zahlungen innerhalb der jeweiligen Gruppierung oder ein gesellschaftlicher Konsens über die Erhöhung der Pauschale erzielt werden.

3. Bereich freiwilliger Solidarität: Hierhin gehören medizinische Leistungen, die jenseits einer Grenze der allgemeinen Solidarität liegen. Der einzelne muss entscheiden, ob er sie durch Teilnahme an einer freiwilligen Solidargemeinschaft absichert oder ob er sie gegebenenfalls aus seinem Einkommen bezahlen will. Das Einzelzimmer im Krankenhaus ist ein typischer und relativ unumstrittener Fall. Die Frage, was bei der Zahnbehandlung über die Regelversorgung hinausgeht, gehört hierhin, wobei die Abgrenzung natürlich unterschiedlich vorgenommen werden kann. Ob alle Menschen, auch diejenigen, die Organtransplantationen aus ethischen Gründen ablehnen, solche Transplantationen mit bezahlen müssen, kann man mindestens diskutieren.

Wichtig ist, dass für alle Menschen autonome Lösungen für ihre Krankenversicherung möglich sind. Das heißt, es müssen sich autonome Solidargemeinschaften bilden können! Ob eine Versichertengemeinschaft Heileurythmie oder rhythmische Massagen bezahlt oder nicht, geht den Staat nichts an, solange die Versicherten sich einig sind, mit der Pauschale zurechtkommen und die Rückversicherung gegeben ist. Je mehr Beteiligung der Betroffenen, um so weniger Missbrauch und Kontrollnotwendigkeiten. Selbstverwaltung ist letztlich auch diejenige Lösung, die die geringsten Kosten verursacht.

Was geschieht mit der Altersversorgung?*

Die Renten machen einen erheblichen Teil der Sozialkosten aus: Von den ca. 1,2 Billionen DM, die im Jahr 2000 für das „soziale Netz“ ausgegeben wurden, gingen 425 Millionen in die Rente. Dazu kamen noch 65,5 Millionen für die Pensionen der Beamten - von den Betriebsrenten soll hier einmal abgesehen werden.

Wenden wir uns dem Hauptbereich, der sogenannten Rentenversicherung zu. Der Begriff ist eigentlich irreführend, denn es handelt sich in Wahrheit gar nicht um eine Versicherung, sondern um einen „Generationenvertrag“:

* Zu diesem Thema referierten Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer.

Diejenigen, die verdienen, finanzieren die Renten der nicht mehr Verdienenden und haben dafür Anspruch, im Alter von den dann Verdienenden mitgetragen zu werden. Wir zahlen für die ältere Generation von heute, die nächste Generation zahlt für uns. Es ist ein reines Umlageprinzip der Finanzierung.

Man hat dieses System nach dem Kriege nicht angetastet, weil Adenauer der Meinung war: Kinder haben die Leute immer. Dies erweist sich heute als Irrtum. Hinzu kommt, dass die Arbeitslosigkeit die Zahl der Verdienenden reduziert. Auch hat sich die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs von 9,9 Jahren im Jahr 1960 auf 16,9 Jahre in 2004 erhöht. Natürlich muss man auch die wachsende Produktivität mit ins Kalkül ziehen, um ein realistisches Bild zu gewinnen. Unbestreitbar ist jedoch, dass das System in einer tiefen Krise steckt und der Satz von Norbert Blüm: „Die Rente ist sicher“, heute wie Hohn wirkt. Das System beruht auf Grundlagen, die nicht mehr da sind - und so sucht man nach Auswegen.

Eine Zeitlang ging man den einfachen Weg: der politische Beschluss, die Renten nicht zu kürzen, wurde durch die Erhöhung des Bundeszuschusses umgesetzt. Das heißt ein wachsender Teil der Renten wurde aus Steuermitteln finanziert, wie es bei den Pensionen immer schon der Fall war.

Da dies langfristig nicht als Lösung gelten konnte, griff man zu anderen Maßnahmen. Man führte einen Nachhaltigkeits- bzw. Demografiefaktor in die Rentenformel ein. Das ist an und für sich nichts völlig Neues, denn immer schon aus der Dauer und Höhe der Einzahlungen der konkrete Rentenanspruch berechnet. Die Tendenz ist deutlich: Von 1991 bis 2005 haben sich die Renten zwar nominal erhöht, real - also unter Einberechnung der Kaufkraft - sind sie jedoch gesunken. Das relative Rentenniveau wird weiter sinken: Für den sogenannten „Eckrentner“, einen Durchschnittsverdiener mit 45 Beitragsjahren, betrug das Rentenniveau im Jahr 2005 52,7 % vom Nettolohn, für 2019 prognostiziert man 46,3%. Wir kommen immer mehr in Größenordnungen, wo man von der Rente schlicht nicht mehr leben kann.

Was also tun? Man verfiel auf die „Riester-Rente“, eine zweite Säule im Rentensystem. Sie wurde nicht wie in anderen Ländern, z.B. der Schweiz, obligatorisch gemacht, sondern die „private Altersversorgung“ wurde durch staatliche Prämien gefördert. Das bedeutet eine teilweise Verlagerung der Alterssicherung aus dem Solidarbereich in den Bereich des persönlichen Risikos. Was das bedeuten kann, lässt sich an den USA ablesen, wo viele Menschen mit dem Wertverlust von Aktien und Fondsanteilen ihre gesamte Alterssicherung verloren. Eine extreme Position vertritt hier die FDP, die eine individuelle private Alterssicherung propagiert. Die Frage, wo angesichts objektiver Wachstumsgrenzen, die Kapitalmasse angelegt werden soll, die entstünde, wenn sich die ganze Welt so versichert, bleibt dabei ebenso unbeantwortet wie die Frage, was mit der Alterssicherung bei einer großen Kapitalvernichtung geschieht, wie wir sie ja schon öfter erlebt haben.

Wie man auch im einzelnen zur kapitalgedeckten Rente stehen mag: sicher ist, dass es sich um eine Form des Einkommentransfers in die Zukunft handelt, dessen Funkzionieren an der zukünftigen Leistung der Ökonomie hängt.

Wem gibt man das Geld? Die Antwort auf diese Frage ist ein Verantwortungsproblem. Kann man wirklich die Alterssicherung auf Spekulation an den internationalen Finanzmärkten gründen? Ist gegenüber Renditeversprechungen, wie sie dort gemacht werden, nicht größte Skepsis am Platz? Denn jeder, der real wirtschaftet weiß doch, wie schwer es sein kann, mit realer Leistung auch nur 2 oder 3 Prozent Rendite zu erzielen.

Ein weiterer Ausweg besteht in der Anhebung des Renteneintrittsalters - auf 67 Jahre, wie von der Koalition jüngst beschlossen. Aber ist das eine Lösung? Theoretisch ja: Man könnte ja sogar noch weiter gehen und das Eintrittsalter auf 90 Jahre erhöhen und wir hätten fast keine Rentner mehr. Das Problem der Erwerbsarbeit im Alter: Man bekommt heute mit 50 schon keinen Arbeitsplatz mehr. Auch ist das heutige Renteneintrittsalter nur formal 65 Jahre, faktisch beträgt es 60 Jahre. Kurz: es handelt sich bei der Anhebung des Renteneintrittsalters um nichts anderes als um eine verkappte Rentenkürzung.

Auch weiteres Kurieren an Symptomen wird das bestehende System nicht dauerhaft stabilisieren: Ohne einen Paradigmenwechsel wird es nicht gehen! Und der heißt: wettbewerbsneutrale Finanzierung einer solidarischen Basissicherung im Alter durch eine bedingungsloses Grundeinkommen. Das bedeutet: es gibt keine Gruppen mehr, die nicht an der Finanzierung des Solidarsystems beteiligt sind, aber auch niemanden mehr, der nicht in den Genuss der Leistungen des Systems kommt.* Es bedeutet auch: Die solidarisch finanzierte Rente sichert das Kulturminimum, nicht mehr den jeweiligen Lebensstandard. Wer mehr absichern will, muss das individuell oder durch Zusammenschluss mit anderen zu einer Solidargemeinschaft tun. Bei einem Grundeinkommen von 1.000 EUR würde sich im übrigen die Mehrheit der Rentner besser stehen als heute. Übergangsregelungen sind denkbar, wie sie sich etwa aus Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ergeben könnten, das die Rente im heutigen System als eigentumsähnlichen Anspruch aus der Einzahlung bezeichnet hat, was unter Umständen zur Notwendigkeit von Sonderregelungen für die Übergangszeit bis zum Ableben der Besitzer solcher Berechtigungen führt.

Löhne wie Renten sind keine „Kosten“. Auch dieser Grundsatz gehört zum notwendigen Paradigmenwechsel. Denn es ist Aufgabe der Wirtschaft, die Einkommen aller Menschen zu erstellen. Es geht um die Neubestimmung des Gesamtteilungsverhältnis der wirtschaftlichen Wertschöpfung, unter Berücksichtigung der gewaltigen Produktivitätszuwächse der Ökonomie, die die demografischen Probleme ja relativieren.

Im Alter ist der Mensch am meisten auf den allgemeinen Anspruch auf „Grundeinkommen“ angewiesen. Hier substituiert es nicht einen Teil des Erwerbseinkommens, sondern ist Lebensgrundlage. Und während die Beanspruchung bei der Krankenversicherung individuell ganz verschieden ist, muss im Alter jeder ein Sockeleinkommen beanspruchen, das vom eigenen

* Auch im Mesosozialen zeigt sich, dass Probleme nur durch große Solidargemeinschaften zu lösen sind. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, die Probleme zu studieren, die der Waldorfsicherungsfonds in der Schweiz derzeit bewältigen muss. Die Schulbewegung schrumpft tendenziell, aber erworbene Ansprüche wachsen.

Leistungsbeitrag entkoppelt ist. Der Grundgedanke der Umlagefinanzierung ist also sachlich hier der einzig richtige: Die Tätigen finanzieren die nicht mehr Tätigen. Und zwar aus ihrem gegenwartsbezogen generierten Einkommen. Für die moderne Gesellschaft erfüllt diese Finanzierung die gleiche Funktion wie in früheren Zeiten die Einrichtung des „Altenteils“.

Für den Einkommenssockel im Alter ist es nicht wirklich sachgemäß, ihn vom Nettolohn, d.h. der Höhe der Einzahlungen abhängig zu machen. Es ist eben ein allgemeiner und nicht individuell differenzierter Anspruch. Die individuelle Differenzierung ist dagegen bei der Einzahlung angemessen: Wer ein hohes Einkommen hat, zahlt - über die Einkommenssteuer oder den höheren besteuerten Konsum - mehr als der, der wenig hat. Das ist beispielsweise in der Schweiz bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) bereits heute der Fall. Allerdings ist die Höhe von den Beitragsjahren abhängig.

Da man die maximale AHV-Rente als zu niedrig betrachtete, hat man in der Schweiz eine - obligatorische - zweite Säule geschaffen. Der Einzelne zahlt Geld auf ein Konto beim Unternehmen oder der Pensionskasse ein, das sein Eigentum als Sparer bleibt. Dieses Geld wird angelegt, das angesparte Geld wird mit Verzinsung bei der Rente angerechnet. 1986 wurde mit der zweiten Säule begonnen. Inzwischen sind dort 600 Mrd. SFR zusammengekommen, etwa das Doppelte des Bruttonationaleinkommens der Schweiz - Vermögen in der Hand der Arbeitnehmer!

Gewiss ist diese Form der Anlage diskreditiert durch zwielichtige Kapitalverhältnisse. Denn die notwendige Unterscheidung zwischen Unternehmensfinanzierung und „Pseudoinvestitionen“ an der Börse wird nicht mehr getroffen. Die Versprechungen derart arbeitender Pensionskassen sind im Grunde unseriös. Das Kapital an der Börse zinst sich nicht ab, gerät auf diese Weise in einen permanenten Wachstumszwang. Diese Wucherungen führen dann zu Katastrophen, bei denen abgeschrieben werden muss, was nicht bewusst im Sinne einer „organischen“ Geld- und Kapitalordnung gestaltet wurde. Man fragt nicht mehr nach dem Gesunden: der Sicherstellung der künftigen Leistungsfähigkeit der Ökonomie als der Quelle auch der Alterssicherung, sondern es geht um kurzfristige Gewinne. Nur einzelne Pensionskassen - wie z.B. die Pensionskasse für Unternehmen, Künstler und Freischaffende PUK - bei der immerhin heute auch bereits 200 Millionen SFR angesammelt sind -, versuchen andere Wege zu gehen.

Bei entsprechender Hinorientierung auf die künftige Leistungsfähigkeit der Ökonomie jedoch macht eine zweite Säule, die ein das Kulturminimum abdeckendes Grundeinkommen ergänzen würde, durchaus Sinn. Es würde eine Sozialdividende entstehen, im Sinne der Ausschüttung des zuvor durch die Kapitalansammlung veranlagten Reichtums. Es ist auch sinnvoll, die Bildung einer solchen zweiten Säule nicht einfach der privaten Entscheidung zu überlassen, sondern sie verbindlich zu machen (bei freier Wahl der Anlage). Denn der soziale Organismus braucht die Finanzierung der Zukunft, d.h. Kreditgeld - und das entsteht eben nicht durch das Umlageverfahren der ersten Säule. Bei allen Fragen

Erich Fromm: Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle

„Meines Erachtens kann man zeigen, dass der materielle Anreiz keineswegs das einzige Motiv ist, um zu arbeiten und sich anzustrengen. Erstens gibt es auch noch andere Motive - wie z. B. Stolz, soziale Anerkennung, Freude an der Arbeit selbst usw. An Beispielen hierfür fehlt es nicht. [...]

Ein zweites Argument dafür, daß der Mensch nicht nur aus materiellem Anreiz arbeiten und sich anstrengen will, ergibt sich aus der Tatsache, dass der Mensch unter den Folgen von Untätigkeit leidet und eben gerade nicht von Natur aus träge ist. Sicher würden viele Leute gerne für ein oder zwei Monate nicht arbeiten. Die allermeisten würden aber dringend darum bitten, arbeiten zu dürfen, selbst wenn sie nichts dafür bezahlt bekämen. Erkenntnisse über die kindliche Entwicklung und über Geisteskrankheiten liefern eine Fülle Daten hierfür. Es sollte unbedingt eine systematische Untersuchung gemacht werden, bei der alle verfügbaren Daten unter dem Aspekt ‚Trägheit als Krankheit‘ analysiert würden.

Wenn nun Geld nicht der Hauptanreiz ist, müsste doch die Arbeit in ihren technischen oder gesellschaftlichen Aspekten so attraktiv und interessant sein, dass man sie eher in Kauf nehmen würde als Untätigkeit. [...]

Quelle: www.archiv-grundeinkommen.de/fromm/Fromm-Grundeinkommen.htm. Vgl. auch die Anmerkung S. 11 ganz unten.

im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen sind technische Antworten nicht ausreichend. Immer geht es um soziale Gestaltungsfragen.

Leisten für andere ohne Einkommenszwang?*

Die sozialen Verhältnisse haben immer mit dem Verhalten der Menschen zu tun, also auch mit den Motiven und Empfindungen, die dem Verhalten zugrunde liegen. Die sozialtechnische Veränderung von Strukturen greift zu kurz, man darf nicht von den Menschen abstrahieren.

Der Marktfundamentalismus hat sei Adam Smith gepredigt, nur das Selbstinteresse sei der Motor der Ökonomie. Nur durch das Wirken des Konkurrenzmechanismus, ohne Zutun eines sozialen Willens, könne der Egoismus in soziale Bahnen gelenkt werden. Gewiss ist der Egoismus ein notwendiger Durchgangspunkt in der Ichwerdung. Aber gerade in der Zeit, wo Individualisierung aufgeföhrt, können wir nicht mehr darauf verzichten, nach dem anderen zu fragen. Die Moderne ist das Zeitalter der Individualisierung, aber auch das Zeitalter

* Hierzu referierten Udo Herrmannstorfer und Michael Ross.

einer Ökonomie, die durch Fremdversorgung, also nicht die Sorge um das Selbst, sondern die für den Anderen objektiv bestimmt ist. Nur sind viele unserer gesellschaftlichen Einrichtungen noch im Sinne der Selbstversorgung strukturiert. Das führt zu Widersprüchen, die heute aufgelöst werden müssen.

Durch die Produktivitätsentwicklung wird die lebendige Arbeit gleichsam aufgesaugt und ein menschenarbeitsfreier Raum entsteht. Dieser Prozess verläuft heute nicht in gesunder Weise. Einmal gibt es Bereiche, in denen wir fragen müssen, ob alle Rationalisierungsprozesse so wie sie heute verlaufen berechtigt sind. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, bei der die Industrialisierung zu weit gegangen ist und zu Qualitätsverlusten und Schädigungen der Erde geführt hat. Katastrophal auch die Polarität zwischen Bedrückung durch Arbeitsverlust bei den einen und Arbeitsüberlast in einer hektischer und hitziger werdenden Arbeitssphäre bei den anderen. Aber richtig gelenkt, bietet der Prozess der Produktivitätsentwicklung befreiende Perspektiven. Wir gewinnen gesellschaftliche freie Zeit, die genutzt werden kann für die Entwicklung des Einzelnen wie für die Arbeit auf neuen Tätigkeitsfeldern.

Aber diese befreienden Möglichkeiten werden nicht automatisch Wirklichkeit, auch nicht durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Wer sorgt dafür, dass dasjenige wirtschaftlich entsteht, dessen die Menschen bedürfen? Solange erst die Arbeit war und dann der Lohn, musste man sich darüber keine allzu großen Gedanken machen. Wenn wir Arbeit und Einkommen entkoppeln, werden wir mit der Motivfrage konfrontiert: was bewegt Menschen überhaupt, etwas zu tun? Freiheit, nicht wovon, aber wozu? - das Grundeinkommen stellt jeden vor diese Frage. Nicht weniger, sondern mehr Leistungsbereitschaft ist gefordert. In dem Maße, in dem der Erwerbsarbeitszwang aufhört, wird das Interesse am anderen Menschen zum entscheidenden Leistungsmotiv. Nicht jeder wird dieses Interesse im gleichen Maße aufbringen können, viele werden es erst allmählich entwickeln müssen. Dass die Einführung des Grundeinkommens zwangsläufig zu einer Konsumgesellschaft des totalen Hedonismus und der Unterhaltungssucht führen müsse, ist eine Unwahrheit. Dass es die Gefahr der Verstärkung einer konsumptiven Haltung bei vielen Menschen gibt, ist eine realistische Feststellung. Wer weiß sich selber ganz frei von der Neigung, den bequemen Weg zu gehen? - Dem muss bewusst entgegengearbeitet werden. So führt das Grundeinkommen zu kulturellen Entwicklungsnotwendigkeiten. Die Konsummentalität selbst, die Bedürfnissphäre, wird sich nach und nach verwandeln müssen. Dass das Grundeinkommen kultureller Kreativität die einkommensmäßige Unterlage gibt, kann diese Entwicklung wieder erleichtern. Zugleich fordert das Grundeinkommen eine Pflege der Zusammenarbeitsverhältnisse. Wirtschaft ist füreinander-Tätigsein. In diesem Sinne müssen auch die Einrichtungen - Eigentumsformen, Kooperationsformen - usw. im Wirtschaftsleben sich wandeln. Es wäre fatal, wenn die Grundeinkommensidee als Rückzugsidee aus der Ökonomie und nicht als Anstoß für ihre Veränderung und Vermenschlichung genommen würde.

Perspektiven und Handlungsrichtungen

Selbstverständlich: bis zur Umsetzung der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens in die Wirklichkeit ist es noch ein anstrengender Weg, auf dem viele - innere und äußere - Widerstände zu überwinden sein werden. Aber wenn die Idee „epidemisch“ wird (Götz Werner), wird sie letztlich nicht aufzuhalten sein, zumal die Probleme drückender werden und das Thema Arbeitslosigkeit nahezu jede Familie irgendwo mitbetrifft. Die entscheidenden Anstöße für die Verwirklichung müssen von der Öffentlichkeit, von der Zivilgesellschaft kommen. Jeder Verbündete sollte willkommen sein. Das Instrument der direkten Demokratie könnte die politische Umsetzung erleichtern.

Literatur

Götz W. Werner: Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen

Für jeden, der sich neu in die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens hineinfinden will, ist der Band ein Muss. Diejenigen, die sich schon länger für die Sache engagieren werden dankbar sein, so viele Texte in einem Bändchen versammelt zu sehen, auch wenn sie eine Reihe davon schon kennen. Der Preis ist so niedrig, dass sich das Buch auch zum Weitergeben geradezu anbietet. Man findet z.B. das berühmte Interview mit Götz Werner in brandeins, das vieles ins Rollen brachte, das Stern-Interview, ein gemeinsames Interview mit Benediktus Hardorp, von dem auch ein Artikel über Steuerreform enthalten ist. Ferner den Artikel „Lohn der Angst „aus brandeins (ein Auszug findet sich in diesem Heft S. 13). Interviews mit den Ökonomen Thomas Straubhaar und Wolfgang Eichhorn, außerdem Leserreaktionen. 128 Seiten, kartoniert, EUR 5,-, Verlag Freies Geistesleben Stuttgart, ISBN 3-7735-1789-7

Yannik Vanderborgt, Philippe van Parijs: Ein Grundeinkommen für alle?

Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags. Mit einem Nachwort von Claus Offe

Teil I „Eine neue Idee?“ behandelt Vorläufer, Vordenker, erste Debatten und jüngere Entwicklungen, darunter Umsetzungsversuche in verschiedenen Ländern. Teil II

thematisiert die Kriterien und die unterschiedlichen Ausformungsmöglichkeiten des Grundeinkommens und seiner Finanzierung. Teil III stellt die Gerechtigkeitsfrage und diskutiert die Effizienz der Grundeinkommensidee für die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit. Der letzte Teil beschäftigt sich mit der Zukunftsfähigkeit der Idee und fragt nach der Stellung der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte und politischen Parteien ihr gegenüber. Außerdem geht es um Übergangs- und Einstiegsformen. In seinem Nachwort geht Claus Offe auf die spezielle Situation in Deutschland ein. Literaturverzeichnis, Sach- und Personenregister runden das durch und durch gediegene Werk ab, das unverzichtbar für jeden ist, der sich mit der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens näher auseinandersetzen will. Van Parijs lehre politische Philosophie in Harvard und ökonomische und soziale Ethik an der Katholischen Universität

Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat!

Aus einem Artikel von Bernhard Steiner,
Das Goetheanum, Heft 29/30/2006.

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens stößt auf großes Interesse. Sie weckt Hoffnung - aber auch Skepsis, auch bei Menschen die sich mit Rudolf Steiners Vorschlägen zur Dreigliederung des sozialen Organismus beschäftigt haben. Ihr Hauptvorwurf: das Grundeinkommen sei Symptombekämpfung und hätte nicht viel mit dem zu tun, worum es Steiner ging. Von einer staatlichen Lösung sei nichts Gutes zu erwarten. Bei näherem Hinsehen beruhen diese Einwände allerdings auf einem Missverständnis. Das Grundeinkommen bringt nicht mehr, sondern weniger Staat. [...] Auch heute findet die Trennung von Leistung und Existenzsicherung schon in weitem Umfang statt, aber unter dem Zeichen der Geldmacht und der zunehmenden Eingriffe des Staates. Die Idee des Grundeinkommens postuliert auch eine Trennung von Leistung und Einkommen, allerdings unter dem Zeichen der Gerechtigkeit - im Sinne der Gleichbehandlung aller. [...] Weil der Preis die entscheidende volkswirtschaftliche Größe ist, muss auch dort der Anteil für das Einkommen festgelegt werden. Mit dem über die Mehrwertsteuer finanzierten und bedingungslos ausbezahlten Grundeinkommen hätten wir genau dieses: dem Preis der Produkte wird ein der Allgemeinheit zukommender Einkommensanteil angefügt. Die ganze Palette staatlicher Entgleisungen (Bürokratie, Bevormundung, Ungerechtigkeiten) hätten wir nicht, wenn das Geld direkt von der Stelle, wo volkswirtschaftliche Werte geschaffen werden, - also dort wo Produkte mit Geld bezahlt werden -, zu jenen fließt, die das Geld gebrauchen, d.h. den einzelnen Individuen, bzw. ihrem Vormund im Falle Minderjähriger. [...] Und der Staat? Greift er dabei nicht ebenfalls ungebührlich in die Wirtschaftsprozesse ein? - Nein, denn er hat dabei nur auf die Einhaltung der Regeln zu achten - wie z. B. im Straßenverkehr. Fahre ich mit dem Auto, ist das noch lange kein „staatlicher Verkehrsbetrieb“, obwohl ich den Regeln der Verkehrsgesetzgebung unterliege und mit Sanktionen zu rechnen habe, wenn ich mich nicht daran halte. Auch das Grundeinkommen ist nicht staatlich, obwohl es der staatlichen Gesetzgebung mit ihren Sanktionen unterliegt. Diesen Punkt sollten jene beherzigen die das Grundeinkommen als politische Lösung ansehen.

Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus macht Vorschläge für ein „solidarisches Bürgergeld“

Hohe Sockelarbeitslosigkeit, nicht mehr existenzsichernde Löhne im Niedriglohnbereich, demografische Entwicklung und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, Sozialbürokratie und unzureichende Arbeitsanreize durch ALG II sind die Hauptgründe, die Althaus für seinen Vorschlag anführt.

Alle Bürger, die seit „mindestens zwei Jahren einen festen und ununterbrochenen Wohnsitz in Deutschland haben“ sollen daher - ohne Bedürftigkeitsprüfung - ein „solidarisches Bürgergeld“ bekommen.

„Jeder hat ab 18 Jahren Anspruch auf ein Solidarisches Bürgergeld in Höhe von 800 EUR, wenn er jeden Euro, den er zusätzlich einnimmt, zu 50 % versteuert. Bei einem Solidarischen Bürgergeld in Höhe von 400 EUR beträgt der Steuersatz für jeden Euro Einkommen 25 %.“* „Eltern erhalten für jedes ihrer Kinder bis zum 18. Lebensjahr jeweils 500 EUR Bürgergeld monatlich.“

„Vom Bürgergeld ist jeweils eine Gesundheitsprämie von 200 EUR an eine Kasse eigener Wahl abzuführen. Alle Kassen müssen ein solches Angebot der Standardabsicherung anbieten. Der Betrag darf nicht unter 200 EUR (Kopfpauschale) liegen, Beitragsrückerstattungen sind möglich.“

„Personen mit Behinderung oder Personen in besonderen Lebenslagen können einen individuellen, dann aber nicht mehr bedingungslosen Bürgergeldzuschlag beantragen.“ Die Rente wird durch einen leistungsbezogenen Rentenzuschlag von bis zu 600 EUR aufgestockt, für bereits erworbene Rentenansprüche ist ein Bestandsschutz vorgesehen.

Alle weiteren Sozialkosten entfallen: Althaus will das Sozialbudget mit seinem Vorschlag sogar senken: von 735 auf unter 600 Mrd. EUR. Skeptisch stimmen auch Überschrift und Tenor eines Interviews mit der Berliner Zeitung vom 11.9. 2006 „Die Einkommen durch Hartz IV sind zu hoch“ (!). Die Fixierung auf Erwerbsarbeit wird nicht wirklich aufgelöst: Die „Marktelemente des Arbeitsmarktes“ sollen stärker zur Geltung kommen. Wenig vertrauensbildend erscheint auch die Ankündigung, das Bürgergeld solle bei „Schwarzarbeit“ und „andere(n) Straftaten“ „durch Gutscheine für den Lebensunterhalt ersetzt“ werden können.

Weitere Einzelheiten

Das Bürgergeld soll von den Finanzämtern ausgezahlt werden, das Verfahren ist das der negativen Einkommenssteuer. Es kann beliebig hinzuverdient werden, wobei von jedem zusätzlich verdienten Euro 50 Cent als Lohnsteuer abgegeben werden müssen.

„Unter dem Strich bedeutet das: bis 1600 Euro im Monat bei Singles bleibt das Einkommen praktisch steuerfrei. Wer weniger verdient, bekommt vom Finanzamt sogar noch entsprechend Bürgergeld ausbezahlt.“

Ab 1600 Euro Einkommen aufwärts gibt es ein halbiertes Bürgergeld (400 Euro) in Verbindung mit einem halbierten Steuersatz (25 Prozent). Der gilt dann für alle gleichbleibend (wie eine so genannte flat tax).

Damit würden auch für Gutverdiener pauschal 25 Prozent Lohnsteuer fällig, allerdings schon ab dem ersten Euro - ohne die heutigen Freibeträge. Das halbierte Bürgergeld von 400 Euro würde mit der Steuerschuld verrechnet. Die durchschnittliche Steuerlast würde mit zunehmendem Einkommen steigen: bei 2.000 Euro unter dem Strich auf fünf Prozent, bei 5.000 Euro 17 Prozent und bei 40.000 Euro 24 Prozent - jeweils nach Einrechnung des Bürgergelds. Unter dem Strich sollen die Einnahmen ausreichen, um das Bürgergeld zu finanzieren.“**

Bürgergeld und bedarfsorientierter Bürgergeldzuschlag sollen durch die 50 bzw. 25%ige Einkommensteuer, die Zulagen zur Sicherstellung des Bestands- und Vertrauensschutzes durch eine 10%ige Lohnsummensteuer der Arbeitgeber finanziert werden. Alle sonstigen Sozialbeiträge fallen für die Arbeitgeber weg, die Arbeitnehmer zahlen überhaupt keine Sozialbeiträge mehr.

Die Frage nach der Zielrichtung

Michael Opielka stärkte in einem Interview mit der Ostthüringer Zeitung vom 30. August Althaus den Rücken: „Auch wenn ich persönlich ein anderes Modell befürworte, halte ich den Vorschlag für sehr überzeugend. Vor allem freut mich das Vertrauen des Ministerpräsidenten in die Menschen. Es ist richtig, einen Einkommensanspruch zu etablieren, der von der Teilhabe am Arbeitsmarkt unabhängig ist.“

Dabei kann er sich auf Sätze im Thesenpapier berufen wie: „Familienarbeit und ehrenamtliches Engagement“ würden „neben der Erwerbsarbeit als Arbeit anerkannt und mit dem Solidarischen Bürgergeld honoriert“.

In einer Erklärung des SprecherInnenkreises des Netzwerkes Grundeinkommen wird jedoch zwischen den Zeilen auch die Sorge deutlich, die Grundeinkommensidee könne verfälscht und zur Bemäntelung von Sozialabbau benutzt werden. Man muss Vorschläge, wie sie heute gemacht werden, auch auf ihre längerfristige Zielrichtung hin befragen, um sie wirklich beurteilen zu können.

Im übrigen spiegelt sich in den Vorschlägen von Dieter Althaus vor allem auch der wachsende Problemdruck, der nicht länger von der Politik ignoriert werden kann.

* Thesen zum solidarischen Bürgergeld. Zu finden auf den Internet-Seiten von Dieter Althaus, URL: http://www.d-althaus.de/fileadmin/PDF/Thesen-Solidarischen-B_rgergeld.pdf. Alle weiteren Zitate, soweit nichts anderes angegeben ist, sind aus diesem Papier entnommen.

** Stefan Reker : „800 Euro Bürgergeld für alle“, rp-online, 15.8. 2006. URL: <http://www.rp-online.de/public/article/nachrichten/politik/deutschland/347475>

Louvain. Vonderborght lehrt am gleichen Ort soziale Sicherung. Beide engagieren sich seit vielen Jahren im Basic Income Earth Network.

Campus Verlag, Frankfurt am Main 2005, ISBN 3593378892, Kartoniert, 167 Seiten, 14,90 EUR

Kai Ehlers: Grundeinkommen für Alle - Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft

Kai Ehlers befürwortet die Einführung eines Grundeinkommens für alle, bleibt aber nicht bei der Frage nach seiner Realisierung stehen. Vielmehr greift er weiter führende Entwicklungsimpulse auf, die aus einer Trennung von Erwerbsarbeit und Einkommen hervorgehen: neue Formen der Arbeitsteilung, neue Beziehungen zwischen individueller und gemeinschaftlicher Versorgung, neue Möglichkeiten der Selbstverwirklichung vor dem Hintergrund einer globalen ökologischen Verantwortung. Dieser Entwurf einer ‚integrierten Gesellschaft‘ zeigt die Impulse für ein Leben in selbst gewählten Gemeinschaften und eine produktive Selbstbestimmung des Einzelnen. So wird über die materielle Absicherung durch eine existenzielle Grundversorgung hinaus ein neues Verständnis von Staat und Gesellschaft entwickelt, die Freiheit, Gleichheit und Würde des Menschen gleichermaßen garantieren sollen.

Aus dem Vorwort: Es ist offensichtlich, dass ein gesellschaftlicher Paradigmenwechsel ansteht, der auf grundsätzlich neue Wege des menschlichen Zusammenlebens hinführt. Es ist vielleicht gut sich zu erinnern, dass viele tausend Jahre vergingen, bevor die Welt sich kapitalistisch organisierte. Der Sozialismus ist noch jünger, und kaum der Rede wert ist die Zeit der Versuche, den Kapitalismus in eine neuerliche Expansion überzuführen. Dies alles heißt: Es gab eine Welt vor dem Kapitalismus - und es gibt eine Welt danach. Es ist an der Zeit, sich dessen bewusst zu werden und daraus den Mut zur Neugestaltung zu finden. Aber die Vorstellung, eine anstehende Neugestaltung mit Gewalt erzwingen zu können, muss ebenfalls korrigiert werden. Die Französische Revolution und die große sozialistische Revolution in Russland einschließlich der darauf folgenden Kriege haben den Kapitalismus, entgegen ihres unmittelbaren Zieles, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beenden zu wollen, so weit entwickelt, dass er nunmehr seine vollen Kräfte entfaltet hat. Der Übergang in eine Gesellschaft neuen Typs ist möglich, aber bei weiterer ungebremster Expansion drohen Zerstörungen des ökologischen Gleichgewichtes von globalen Ausmaßen und unwiderruflichem Charakter. Der nächste Schritt der gesellschaftlichen Entwicklung kann und muss sich daher nicht mehr durch eine gewaltsame Revolution und durch weitere Weltkriege vollziehen, sondern durch deren Verhinderung. Es gibt nichts mehr, was mit expansiven und gewaltsamen Mitteln zu entwickeln wäre. Eine weitere gewaltsame Expansion kann nur zur Selbstzerstörung des Kapitals

führen, insofern sie die ökologische Balance der Erde aus dem Gleichgewicht bringt. Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, dass das Kapital als vom Menschen geschaffene künstliche Ressource bewusst in das globale ökologische Gleichgewicht eingebettet wird. Das schließt Wiederholungen gewaltsamer Umwälzungen bei Strafe des Untergangs der Menschheit oder ihres Rückfalls auf vorzivilisatorische Zustände aus. Umgekehrt kann der richtige, intensive Einsatz des Kapitals die globale Entwicklung ohne jegliche Anwendung von Gewalt in eine nächste Phase der Evolution katapultieren. ...

Kai Ehlers wurde 1944 in Brüx bei Prag geboren. Studium der Germanistik, Publizistik und Theaterwissenschaft in Göttingen und Berlin, bevor er im Zuge der 68er-Bewegung in die journalistische und politische Praxis ging. 1992 Mitbegründer des Vereins «Nowostroika», der sich die Förderung des Ost-West-Dialogs und die Unterstützung selbstbestimmter Initiativen in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zur Aufgabe macht. Heute ist Kai Ehlers als Buchautor, Presse- und Rundfunkpublizist tätig und veranstaltet Vorträge, Seminare und Workshops.

Aus einer Erklärung des SprecherInnenkreises des Netzwerkes Grundeinkommen vom 12. September 2006

In letzter Zeit hat das Thema Grundeinkommen eine große Aufmerksamkeit gefunden. Dabei werden unterschiedliche politische Zielsetzungen und Vorstellungen mit dem Grundeinkommen verbunden. Die Mitglieder des Netzwerkes Grundeinkommen verstehen unter einem Grundeinkommen ein vom politischen Gemeinwesen ohne eine Bedürftigkeitsprüfung und ohne einen Arbeitszwang ausgezahltes, individuell garantiertes, die Existenz sicherndes und die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichendes Einkommen für alle. Diese Definition des Grundeinkommens hat sich auch in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit durchgesetzt.

Transferleistungen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, etwa weil sie weder die Existenz sichern noch die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, sind keine Grundeinkommen. Sie sind nicht bedingungslos. Denn sie würden aufgrund der Existenznot und der fehlenden Absicherung gesellschaftlicher Teilhabe Erwerbsarbeit erzwingen und der Ausweitung von Niedrig(st)löhnen Vorschub leisten. Sie würden als flächendeckende Kombilöhne, also als Kombination von niedrigen Transfers und Niedrig(st)löhnen, wirken. Eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen könnte durch solche Transferleistungen nicht erreicht werden. Dagegen hat das Grundeinkommen eben diese Entkopplung zum Ziel. Es soll die Lebenssituation der Erwerbslosen verbessern, die Verhandlungssituation der Erwerbstätigen und die Freiheit der Menschen stärken. Wir erteilen den Versuchen, den Namen „Grundeinkommen“ für andere gesellschaftspolitische Ziele und als Feigenblatt für die weitere Demontage des Sozialstaates zu missbrauchen, eine entschiedene Absage.

Ronald Blaschke, Katja Kipping, Katrin Mohr, Günter Sölken, Robert Ulmer, Birgit Zenker

Betrachtungen und Berichte

Gedenken

Albrecht Hemming

*24.2.1940, + 17.4.2006

C. Strawe

Am 17. April verstarb in Neuseeland nach schwerer Krankheit unser Freund Albrecht Hemming. Hemming wurde 1940 in Weißenfels geboren. Er studierte Elektrotechnik und war später als Ingenieur tätig, zuletzt als Leiter eines Forschungs- und Entwicklungsbereichs. 1972 machte er sich als Marketingberater in mess- und regeltechnischen Märkten selbständig. Seit Ende der 70er Jahre griff er die Ansätze des NPI - Institut für Organisationsentwicklung in den Niederlanden - auf und wurde als Unternehmensberater in vielen Firmen und Branchen tätig. 1992 gründete er mit Elaine Beadle zusammen MIRA, eine Gesellschaft von Beratern und Weiterbildnern für kundenorientierte Unternehmensentwicklung. Er war jeweils einen Teil des Jahres in Deutschland und Europa, einen anderen in Neuseeland tätig. Alle MIRA-Partner gehören der Association for Social Development an, einem weltweiten Beraternetz, zu dessen Ausgangspunkten die Arbeiten des NPI-Gründers Bernard Lievegoed und Rudolf Steiners gehören.

Albrecht Hemming war zugleich ein origineller Forscher. Als einer der ersten griff er Rudolf Steiners Anregungen hinsichtlich des Verhältnisses von Astronomie und Sozialwissenschaft ganz selbstständig auf. Seine Forschungen schlugen sich unter anderem in der gemeinsam mit Ulrich Pinkall verfassten Schrift „Auf dem Wege zu den Urbildern von Organisationsstrukturen“ nieder.* Eine besondere Inspirationsquelle wurde für ihn nach eigenen Aussagen ein Planetarium, das er nach Hinweisen von Louis Locher-Ernst aufgrund von Angaben Steiners baute. Alle Bewegungen sind dabei am Umkreis orientiert und nicht von einer zentralen Mitte ausgehend. Aus dieser Arbeit heraus trug er auch zu unserer Arbeitswoche „Sternenwirksamkeit und soziale Gestaltung“ im Juni 1994 in Dornach bei. Von Beginn an förderte er die Initiative Netzwerk Dreigliederung nach Kräften. Bei jeder Begegnung - wir sahen uns immer wieder bei Sektionstagungen in Dornach - spürte man sein warmes Interesse an der Arbeit. Wir denken an ihn in dankbarer Verbundenheit.

* Erschienen als Manuskriptdruck im Selbstverlag 1983.

Lex Bos

*3.4.1925, + 30.7.2006

C. Strawe

Alexander H. Bos wurde von allen Lex genannt. Immer wieder treffe ich Menschen, die sich gerne zurückerinnern an die Arbeit mit ihm: Bei dem „Sozialwissenschaftlichen Seminar“ der Stuttgarter Sozialwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft 1987 bis 1989 waren die Tage mit dem NPI, dem niederländischen Pädagogischen Institut für Organisationsentwicklung in Zeist, bei denen Lex mit Ferd van Koolwijk zusammenwirkte, ein besonderer Höhepunkt. Als Udo Herrmannstorfer und ich dann 1991 die Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ begründeten, gehörte zum ersten zweijährigen Veranstaltungsblock eine Arbeitswoche mit dem NPI, zu dessen Berater-Team Lex von 1978 an gehörte. Es ging bei der Woche um „Entwicklungskonzepte, Beratungsübungen, soziale Phänomenologie, Darstellungsübungen“ - und die Nachfrage war so groß, dass wir aus einer Woche zwei machen mussten. 1994 fand eine weitere Veranstaltung dieser Art statt.

Unvergesslich sind mir zum Beispiel die mit viel Humor gewürzten und mit sozialer Praxiserfahrung gesättigten Darstellungen der „zwölf Drachen“, Bildern für die Widerstände, mit denen soziale Initiativen sich auseinandersetzen müssen. Die Initiative Netzwerk Dreigliederung unterstützte Lex von Anfang an treu über all die Jahre hinweg. Auch im Stuttgarter Forum 3 war er häufig mit Seminaren zu Gast.

Lex Bos wurde 1925 in Djember (Java) geboren. Mit drei Jahren kam er mit den Eltern in die Niederlande, mit 18 begann er sich intensiv mit der Anthroposophie zu beschäftigen. Er studierte Soziologie und Geographie an der Universität von Amsterdam und arbeitete danach acht Jahre als Mitarbeiter einer Firma für Betriebsberatung. Einen Ort, den Sozialimpuls der Anthroposophie beruflich zu leben, fand er an dem 1954 von Bernhard Lievegoed, einem Pionier der Organisationsentwicklung begründeten NPI. Er promovierte über das Thema „Urteilsbildung in Gruppen“. Dieses Thema der dynamischen Urteilsbildung beschäftigte ihn sein Leben lang.

Er hielt sich selbst - zu Recht - für eine Workaholic: Unternehmensberater und Geburtshelfer von Initiativen von den Niederlanden bis nach Brasilien, Mitbegründer der Triodos Bank, Vortragender, Verfasser zahlreicher Bücher, Broschüren, Beiträge und Artikel. Er war auch verantwortlich tätig in der Anthroposophischen Gesellschaft und im Arbeitskollegium der Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum - wobei er nie die Augen vor Schwächen und Defiziten dort verschloss und an manchem litt. Ein Spiegelbild seines Wirkens gibt eine Publikation, die noch zu seinen Lebzeiten erschien: „Lex Bos - ein Lebensbild. Form kann Freiheit schaffen“, mit Beiträgen von: Adriaan Bekman, Peter Blom, Lex Bos, Martin van den Broek, Renate Hasselberg, Dierk Lorenz, Flensburger Hefte Nr. 89.

Als er schwer erkrankte, war er ohne Illusionen über seinen Zustand und nahm bewusst Abschied. In seinem Abschiedsbrief spricht er über unsere Zusammenarbeit und davon, „wie Ihr Euch mit großer Durchhaltekraft für die Dreigliederung einsetzt. Mach mal weiter!“ Das sei hiermit versprochen.

Wertbildung durch die Produktion und Wertschätzung durch die Konsumentenschaft

Michael Rist
Johannes Kreyenbühl Akademie
in Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich

Die Schweizer Vereinigung Industrie + Landwirtschaft (SVIL) hat am 25. August 2006 im Auditorium Maximum der ETH Zürich eine Vortragsveranstaltung mit dem Thema „Was geschieht mit unserer Landwirtschaft“ durchgeführt, wobei Dr. Peter Meyer als Historiker das Thema behandelte: „Wie die Gesellschaft seit der Industrialisierung mit ihrer Landwirtschaft umgeht“, und Prof. Dr. Christoph Binswanger als Ökonom das Thema „Die wirtschaftliche Zielsetzung in Industrie und Landwirtschaft, Gemeinsamkeiten und Unterschiede“ behandelte. Den Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft charakterisierte Prof. Binswanger so: Da die Landwirtschaft ziemlich homogene Produkte herstellt, unterliegen diese mehr der Konkurrenz als die Industrieprodukte, die größere Unterschiede aufweisen. Das führt dazu, dass der landwirtschaftliche Markt nur geringe Margen zwischen Preis und Kosten zulässt, während die Industrieprodukte sich je nach der Verarbeitung wesentlich stärker unterscheiden. Man spricht deshalb im landwirtschaftlichen Bereich von „vollkommener Konkurrenz“ und in der Industrie von „monopolistischer Konkurrenz“.

Nun weiß man aber, dass in Zeiten der Lebensmittelknappheit die landwirtschaftlichen Produkte plötzlich einen viel höheren Wert haben als die Industrieprodukte, weil die Menschen eben zuerst Nahrung benötigen, bevor sie Industrieprodukte überhaupt gebrauchen können. Demzufolge ist die Wertbildung nicht nur von den Gestehungskosten, sondern auch von der Wertschätzung durch den Konsumenten abhängig. Diese Wertschätzung geht aber in die Wertbildung mit ein, wie an folgendem Beispiel wohl klar wird. Ein Offroad-Auto kostet heute zwischen 30 und 40.000 Franken oder noch mehr und braucht 12 - 18 l Benzin auf 100 km (oder mehr). Nun wird aber ein ökologisch gesinnter Mensch, dem die Umweltschädigung ein mehr oder weniger großer Gräuel ist, weil er nicht nur an sich, sondern auch an die nachfolgende Generation denkt, den Wert eines Offroaders viel geringer einschätzen, als dessen Gestehungskosten sind. Ja, er wird ihn so gering einschätzen, dass er sich sagt, es ist ja eigentlich schade, dass so viel Arbeit, Intelligenz und Material in dieses Produkt investiert wurde, wo es eigentlich gar keinen Wert für den Normalverbraucher hat, so dass dieser gut daran tun würde, dafür zu sorgen, dass solch ein - vom Gesichtspunkt des Umweltschutzes - unsinniges Produkt gar nicht hergestellt wird. Die Wertschätzung ist also ein Teil der Wertbildung. Diese besteht nicht nur in dem Einsatz von Arbeit und Intelligenz* im Herstellungs-

* Rudolf Steiner spricht in seinem ökonomischen Kurs (1922) von W1 und W2. Vgl. auch Michael Rist: Natur, Arbeit und Intelligenz. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 4 / 2001. Dort heißt es u.a.: „Die Grundfaktoren des Wirtschaftens sind [...] die Naturgrundlage, die menschliche Arbeit und der menschliche Geist, aus deren Zusammenwirken erst das Kapital geschaffen wird (R. Steiner, 1922)“.

prozess. Die Intelligenz darf nicht nur auf die technische Produktion, sondern muss auch auf die Wertschätzung angewendet werden.

Man sieht also, dass ein fair gehandeltes Erzeugnis mehr kosten darf als ein normales Produkt, da es tatsächlich auch mehr wert ist, da mit seiner Hilfe die Infrastruktur und das Bildungswesens - in dem z. B. die Kinder die Schule besuchen können - aufgebaut werden. Man sieht nun auch, dass die Preisdifferenzierung der landwirtschaftlichen Produkte nach konventioneller, biologischer und biologisch-dynamischer Produktion und Verarbeitung gerechtfertigt ist: Letztere dürfen mehr kosten, weil sie auch mehr wert sind, da durch sie der Umweltverderb verhindert wird. Wertbildung umfasst also nicht nur die Produktionskosten: entscheidend ist die öko- und sozialverträgliche Wertbeurteilung durch die Vernunft des Konsumenten. Man muss also bis in den ökonomischen Bereich hinein die richtige Weltsicht der Menschen berücksichtigen.

Literatur

Moser, Peter (2006): Wie die Gesellschaft seit der Industrialisierung mit ihrer Landwirtschaft umgeht.

Binswanger, Hans Christoph (2006): Die wirtschaftlichen Zielsetzungen in Industrie und Landwirtschaft, Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Zu beziehen bei: Schweizer Vereinigung Industrie + Landwirtschaft (SVIL), Bohlenweg 28, Tel: 0041 (0) 44 / 302 88 18, Fax: 302 89 20

In der Debatte: Freies Geistesleben

Eine Antwort auf die Entgegnungen von Michael Opielka und Karl-Dieter Bodack

Thomas Brunner

Nachdem in Sozialimpulse Nr. 2 / 2006 durch Michael Opielka und Karl-Dieter Bodack sehr eindeutig kritisch auf meinen Aufsatz über die Verstaatlichung der Eurythmie (Sozialimpulse Nr. 1 / 2006) reagiert wurde, möchte ich das Anliegen meiner Ausführungen noch einmal etwas verdeutlichen.

Grundsätzlich ist es natürlich sehr zu begrüßen, dass zwei der konkreten Wegbereiter der besprochenen Entwicklungen direkt das Wort ergriffen haben. Erstaunlich und bedauerlich ist allerdings, dass beide nur sehr peripher auf die von mir dargestellten Zusammenhänge eingehen und mir deshalb etwas arg vorschnell „Unkenntnis“ und „Ignoranz“ vorwerfen. Ohne selbst überhaupt einen wirklichen Begriff freien geistigen Lebens zu bilden, um den es ja primär ging, wird so Halbwahrheit an Halbwahrheit gereicht. Gewiss ist beispielsweise Herrn Opielka zu zustimmen, dass ein

„kurzer Verweis“ auf Wilhelm von Humboldt „nicht genügt“, doch bleibt sein Hinweis auf Humboldts Tätigkeit als Sektionsleiter für Kultus im preußischen Ministerium eine wenig aussagekräftige Anmerkung, denn Mitarbeiter im Ministerium gab es viele, Humboldts Tätigkeit aber endete bereits nach einem Jahr, gerade weil er seinen Grundsätzen treu blieb. Das von mir gebrachte Zitat* kann einen ersten schlüsselhaften Zugang zu Humboldts Geist eröffnen, insofern überhaupt ein wirklich geistiges, um die Zusammenhänge bemühtes Interesse vorhanden ist. Herrn Opielka ist es offensichtlich unbekannt, dass Humboldt bereits wenige Jahre nach der, wesentlich durch ihn initiierten, Begründung der Berliner Universität konstatiert: „dass die Berlinische Universität mehr als untergeht“**, denn: „der Geist ist aus allem gewichen“***. Obwohl das „fast 200 Jahre her ist“ - wie Opielka betont - sollte man sich nicht mit phrasenhafter Geschichtsschreibung begnügen, sondern sich für die inneren Motive der handelnden Personen denkend interessieren.

Ihr mangelndes Verständnis von „freiem Geistesleben“ wird bei beiden Kritikern vor allem daran deutlich, dass sie offensichtlich „Geistesleben“ überhaupt nicht am Individuum als solchem orientiert denken können, sondern nur im institutionellen Rahmen. Die sogenannte staatlich-institutionell garantierte „Freiheit für Lehre und Forschung“ hat bereits Rudolf Steiner in den „Kernpunkten der sozialen Frage“**** in ihrer Fragwürdigkeit besprochen und den daraus hervor gehenden - das soziale Leben deformierenden - Charakter aufgezeigt. Zu dieser Determinierung gehört eben im Wesentlichen, dass der individuelle Mensch als solcher gar nicht mehr im Zentrum des Interesses steht, dass stattdessen geisteslebens-fremde Kriterien in Bildung und Kultur eingeschoben werden. Die staatliche Lehrerbildung muss deshalb zu den verheerendsten Ursachen der gegenwärtigen sozialen Krise und Lethargie gerechnet werden. Es ist Augenwischerei, wenn behauptet wird, die Bedingungen freier Lehrerbildung hätten sich seit der Begründung der ersten Waldorfschule 1919 in freiheitlich-sinnvoller Weise weiter entwickelt. Gerade im Zuge europäischer Bildungsbestrebungen besteht sogar die Gefahr weiterer Rückschritte, wie sie Rudolf Steiner bereits 1923 kennzeichnete: „Das, wodurch wir die Möglichkeit des Bestehens haben, das ist eine Lücke im Württembergischen Volksschulgesetz gewesen, dass man Schulen einrichten konnte ohne staatlich genehmigte Lehrerschaft. Das hätten wir nicht erreichen können, wenn wir eine Mittelschule hätten errichten wollen. Die Behörde hätte dann in Württemberg geprüfte Lehrer verlangt. Wir leben von einer Lücke im Gesetz, die bestand vor der ‚Befreiung‘ Deutschlands, im alten Regime. Heute könnte man auch hier nicht mehr eine Waldorfschule errichten. Jetzt duldet man uns, weil man sich geniert, uns nicht zu dulden. Aber alle die Schulen, die heute anderswo versucht werden, im Grunde ist es

* „Wie jeder sich selbst auf die sorgende Hilfe des Staats verlässt, so und noch weit mehr übergibt er ihr das Schicksal seines Mitbürgers. Dies aber schwächt die Teilnahme und macht zu gegenseitiger Hilfsleistung träger.“ (Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, Stuttgart 2002, S. 34)

** Wilhelm von Humboldt an G. H. L. Nicolovius, 18. Juni 1816

*** ebd.

**** siehe: Rudolf Steiner, Die Kernpunkte der sozialen Frage, Kapitel II

Mumpitz. Die müssen Lehrer haben, die geprüft sind. Es wird keine zweite Waldorfschule mehr gestattet unter den gegenwärtigen Verhältnissen.“*****

Gewiss, das wurde betont, es macht keinen Sinn mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen, von wissenschaftlich arbeitenden Denkern aber muss erwartet werden, dass sie ihre Begriffe nicht den gegenwärtigen Gegebenheiten beugen, sondern der Bildekraft des Denkens selbst folgen. Dann erst kann sich die Richtung für ein zeitgemäßes Wirken im Konkret-Möglichen eröffnen. Wer jedoch glaubt, die Eurythmie wie eine Fachwissenschaft in den Bedingungen einer staatlichen Hochschule unterbringen zu können, der verfälscht sie zu einer unfruchtbaren bürgerlichen Tanzkunst. Eurythmie, das heißt eben nichts anderes, als das soziale Erscheinen des freien Menschen, wie er nur hervor tritt aus einer freien, geisteswissenschaftlich-vertrauensbildenden Gemeinschaftsbildung, jenseits von Markt und Staat. D.h., die eurythmische Bewegung ist nichts anderes als die individuelle Offenbarung eines neuen, umfassenden sozialen Bewegtseins. Selbst wenn die Alanus-Hochschule sich gegenwärtig noch unabhängig von staatlichen Subventionen erhält, wird durch das immer enger gestrickte Anerkennungs-Verhältnis zu den hochgradig staatlich subventionierten Waldorfschulen die freie Entwicklung der Eurythmie schwerwiegend beeinträchtigt und manipuliert. So baut sich Routine ihren Weg, gewiss aber keine neue, lebende Kultur.

Opielka ist es scheinbar nicht bewusst, wie ehrenvoll mir der Titel eines „Liberalen“ in diesem Zusammenhang ist, sonst würde er nicht meinen, mit einer solchen Titulierung diffamieren zu können. Denn gerade die Anthroposophie führt zur zeitnotwendigen Gewissheit, dass für das Geistesleben „Liberalität“ als das einzig gemäße Prinzip erkannt werden muss. D.h. ins Bildungs- und Kulturleben gehören überhaupt keine staatlichen, immanent an Subventionen und staatliche Anerkennungen geknüpften Reglementierungen und Definitionen, weil sie die Erkenntnis der Freiheitsfähigkeit des Menschen durch die Zementierung des bürgerlichen, subjektiven „Monadenbewusstseins“***** verstellen. Deshalb musste der Dichter Christian Morgenstern in der Folge seines großen Ahnen Friedrich Hölderlins***** sagen:

Wir wollen keine Politik;
wir hassen diese Drachensaat;
wir wollen nur einen Sieg:
den über den Staat.*****

Es ist an der Zeit, dass die Anthroposophische Bewegung sich ihrer Verantwortung wieder bewusst wird.

***** Aus: Rudolf Steiner, GA 300c, Konferenzen in der ersten Waldorfschule, 3. Mai 1923, Seite 49

***** Zur erkenntnistheoretischen Einschätzung des subjektivebengenen Bewusstseins siehe u.a.: Paul Asmus, Das Ich und das Ding an sich, FIU-Verlag, Cottbus/Wangen 2004

***** „Du räumst dem Staate denn doch zu viel Gewalt ein. Er darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann. Was aber die Liebe gibt und der Geist, das lässt sich nicht erzwingen. Das lass er unangetastet, oder man nehme sein Gesetz und schlag es an den Pranger! Beim Himmell! der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will. Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.“ Aus: Friedrich Hölderlin, Hyperion oder der Eremit in Griechenland, Bibliothek deutscher Klassiker, Berlin Weimar, 1989, Hölderlins Werke Bd. 2, S. 66

***** Christian Morgenstern, Epigramme, Nr. 233

Zeitaufgabe ist die Begründung eines freien Geisteslebens - nicht dessen Verstaatlichung

*„In diesem Zusammenhang möchte ich der barbarischen Maßregel der Staaten gedenken, die sich anmaßen, Unterrichtsgang und Lehrzeit festzusetzen. Natürlich hängen alle solche Maßnahmen zusammen mit der Niedertrötung und Ertötung, welche das Individuum vom Staate zu erleiden hat.“ (Rudolf Steiner)**

Ingo Hoppe

Die von Thomas Brunner angeregte Debatte spricht einen wichtigen Punkt an, der durch die Entgegnungen Michael Opielkas und Karl-Dieter Bodacks keineswegs gelöst wurde. Brunner hat nur die Spitze eines Eisberges beleuchtet, dessen größter Teil noch unterhalb der anthroposophischen Öffentlichkeit rumort. Diese tut sich noch sehr schwer, „Brunnersche“ Stellungnahmen überhaupt zu drucken, was an sich schon ein Licht auf den Zustand des „Freien Geisteslebens“ im anthroposophischen Umfeld wirft; ebenso die Tatsache, dass über das längst überfällige Thema der Verstaatlichung bisher weitgehend geschwiegen, bzw. nur die positiven Aspekte in den Vordergrund gestellt wurden; - was in Anbetracht der eindeutigen und eigentlich gar nicht zu diskutierenden Haltung Rudolf Steiners zum Thema Verstaatlichung des Geisteslebens zumindest erstaunt.

Denn die Verstaatlichungsprozesse stehen keineswegs im Einklang mit den Idealen der Dreigliederung und wären von Steiner, wenn überhaupt, wohl nur aufgrund existenzieller Bedrohungen als zeitweilige Kompromisse akzeptiert worden. - Leider ist davon öffentlich meist keine Rede. Es wird vielmehr der Eindruck erweckt, es handle sich dabei um eine positive, qualitätssichernde und fortschrittliche Entwicklung im Sinne der Sache, was eben viele Menschen, die den schöpferischen Grundzug der Anthroposophie im Herzen tragen, als Entstellung der Sachlage empfinden.

Auch Opielka und Bodack neigen meines Erachtens dazu, den Verstaatlichungsprozess zu verharmlosen, der ja keineswegs nur die Eurythmie und Alter betrifft, sondern in praktisch allen anthroposophischen Ausbildungsbereichen Einzug hält, bzw. gehalten hat. Wir reden also nicht von Spezialverhältnissen Alters, sondern von einem weltweiten Trend, der an vielen Orten und Schulen konkret beobachtbar ist; und zwar nicht nur wie Bodack aus juristischer Perspektive oder wie Opielka aus rektoraler, sondern auch aus der Perspektive des konkreten Lebens dessen, was sich tagtäglich in den Ausbildungen abspielt und durch die Verstaatlichung eben verändert abspielt, verändert in eine ganz bestimmte Richtung, die ich hier zunächst nur mit drei sogleich ins Auge fallenden Punkten andeuten will:

1. Zunahme des Autoritätsgefälles - z.B.: Träger des Geisteslebens werden plötzlich „Staatsbeamte“, bzw. diesen gleichgestellt (Professorentitel usw.); das bewirkt

* Steiner, Hochschule und öffentliches Leben (1898), Dornach 1970

Macht- und Anerkennungszunahme mit Hilfe sachfremder Mittel, was historisch durchaus vergleichbar mit der Machtzunahme einer bestimmten christlichen Gruppe durch deren Ernennung zur Staatskirche im 4. Jh. nach Christus ist, in deren Gefolge die nur aus dieser unheilvollen Vermischung von Geistesleben und Staatsleben hervorgehende kirchlich-staatliche Inquisition ja überhaupt erst möglich wurde. Die Verstaatlichung des Geisteslebens hat heute immer mehr oder weniger starke „inquisitorische“ Nebenwirkungen. - Die z.B. in Alter vollzogene rein bürokratische Umbenennung von „Dozenten“ in „Professoren“ suggeriert eine real nicht vorhandene Kompetenzzunahme und handelt den Betreffenden eine nicht aus der Sache erfließende höhere (Macht-) Position im Geistesleben ein. Dadurch wird eine Hierarchie des Geisteslebens inauguriert, die den wahren Kompetenzverhältnissen nicht entspricht. Der damit einhergehende höhere Anerkennungsstatus in der Öffentlichkeit (z.B. bei Studierenden) beruht nicht auf geistigen Leistungen, sondern ausschließlich auf suggestiv wirkenden Namensnennungen wie „Staatlich anerkannt“ und Titeln wie: „Prof. Dr. Dr. Dr.“.

2. Zunahme der Intellektualisierung: z.B. Abitur als Studienbedingung, sowie entsprechende intellektuelle Mehrforderungen im Curriculum, die eindeutig beobachtbar sind und sich in ihrem von dem künstlerischen Quell der Anthroposophie wegführenden Unwesen (z.B. in der Lehrerbildung) voll bemerkbar machen.

3. Zunahme der Verschulung: z.B. die staatliche Zementierung von festen Prüfungsordnungen und verschulten Strukturen, die zwar oft schon vor der Verstaatlichung verschult waren, deren Verschulung jetzt aber noch intensiviert wird. Das von Studierenden oft beklagte Dozenten-Studenten-Gefälle in anthroposophischen Ausbildungen, das aufgrund schulpädagogischer Intentionen der Dozenten entsteht, die - oft mit bestem Willen und selbstlosestem Einsatz, aber in Unkenntnis wichtiger biographischer und geschichtlicher Entwicklungsgesetze - Erwachsene im Sinne einer für Kinder geschaffenen (Waldorf-) Pädagogik behandeln wollen, erfährt nun, statt es zu revidieren, seine amtliche Absegnung und juristisch-verbindliche Verfestigung durch den Staat. Damit wird, statt einer altersgemäßen Ich-Entwicklung die nachteilige, auch in den derzeit verschulter werdenden staatlichen Hochschulen wieder zunehmend beobachtbare regressive Reinfantilisierung der Studierenden gefördert, mit allen Folgen der damit ja immer einhergehenden Bewusstseinsveränderung der Betroffenen (z.B. Verantwortungsabgabe). - Da in der Debatte bereits das Wort „Sekte“ benutzt wurde, sei in diesem Zusammenhang noch angemerkt: Ob ein Institut die negativen Züge einer „Sekte“ vermeiden kann, darüber entscheidet weder dessen Größe, noch dessen staatliches Anerkanntsein; ebensowenig dessen gesellschaftliche Anpassungssucht oder „Normose“ (= zwanghaftes Normalseinwollen), d.h. die Neigung, eine „Sekte der Normalen“ zu bilden. Das wesentliche Kriterium ist vielmehr die Frage, ob eine dem Erwachsenenalter angemessene individuelle Freiheit und Selbstbestimmung gelebt werden darf. Hauptkennzeichen jeder gefährlichen Sekte ist nämlich gerade die eben angedeutete Regression, die durch jedes vormundschaftliche Autoritätsgefälle ausgelöst wird und in Sekten immer mit einer vorgegebenen, straff geregelten - der Verschulung entsprechenden - Tagesstruktur

einhergeht, die durch zeitliche Vereinnahmung und meist auch Überforderung die Selbstfindung unterbindet. Die Gefahren der Sektierung können daher durch die Verstaatlichungen nicht vermieden werden, sondern sind im Gegenteil dazu geeignet, wenn nicht sektiererische, so doch staatskirchliche Strukturen hervorzubringen. Dass das normal ist, versteht sich.

Brunner, dem Opielka vorwirft, die „Weltverhältnisse“ nicht zu kennen und „ideologisch über Dinge zu reden, die er nicht kennt“, kennt immerhin den Ausbildungsalltag aus eigener Erfahrung, was für den maßgeblich die Eurythmieausbildung beeinflussenden Juristen Bodack keineswegs gilt, der selbst zugibt: „Als studierter Maschinenbau-Ingenieur bin ich ohnehin nicht befähigt, Inhalte einer Eurythmie-Ausbildung zu beurteilen.“^{***} Das Fatale ist, dass er zwar sieht, die Inhalte nicht beurteilen zu können, aber dennoch glaubt, die Strukturen (mit-)bestimmen zu können. Er sagt: „Ich habe daher nur (!) formaljuristische Kriterien wie z.B. die Ausbildungsdauer der Dozenten, die Zahl der im Studium geleisteten Lehrstunden, die Vergleichbarkeit des Lehrangebots mit der anderer Kunstschulen meinem Gutachten zu Grunde gelegt.“

Nun soll hier nichts gegen die ehrlichen Absichten Bodacks gesagt werden, doch muss klar sein, dass die „formaljuristischen Kriterien“ einen maßgeblichen Einfluss auf das Geistesleben der Ausbildungsstätten haben, der gerade in bezug auf das Wesen des „Freien Geisteslebens“ zentrale Bedeutung hat. Einige Punkte sind z.B.:

1. Bodack legt die „Ausbildungsdauer der Dozenten“^{****} fest. Dazu lese man Steiner in seinen Aufsätzen über Hochschule und öffentliches Leben: „In diesem Zusammenhang möchte ich der barbarischen Maßregel der Saaten gedenken, die sich anmaßen, Unterrichtsgang und Lehrzeit (!) festzusetzen. Natürlich hängen alle solche Maßnahmen zusammen mit der Niedertrötung und Ertötung, welche das Individuum vom Staate zu erleiden hat. Es ist gegenüber der unendlichen Verschiedenheit der Individualitäten eben barbarisch, von dem Befähigten zu verlangen, dass er ebensolange Medizin studieren soll wie der minder Befähigte. Dem Umstande muss durchaus Rechnung getragen werden, dass ein Mensch genau dasselbe in zwei Jahren absolvieren kann, zu dem ein anderer fünf braucht.“^{****} Die „Niedertrötung und Ertötung der Individualität“ kommt der oben bezüglich Verschulung und Sektierung erwähnten Regression gleich, die sich gegen die Inkarnation des Ich richtet, um die es im vierten Lebensjahrsiebt hauptsächlich geht.

2. Bodack legt die „Zahl der im Studium geleisteten Lehrstunden“^{*****} fest. Dazu ist zunächst ebenfalls der eben unter „1.“ zitierte Text Steiners relevant. Des weiteren ist zu bedenken, dass diese Festlegung der verschulenden Einrichtung des Curriculums gleichkommt, dessen Lehrstundenanzahl von den Studierenden obligatorisch abzuleisten ist, wogegen Steiner sich in

den genannten Aufsätzen in Gegensatz zu Bernheim setzt, der ebenfalls solche Pflichtstunden (genannt: „praktische Übungen“) einführen wollte: „Dagegen möchte ich dem Vorschlage Bernheims bezüglich der praktischen Übungen nicht so unbedingt beistimmen. Für den Durchschnittsmenschen mag es wünschenswert sein, wenn er unter Anleitung der Dozenten die Arbeitsmethoden bis in die Einzelheiten lernt. Aber man sollte doch nicht immer auf den Durchschnittsmenschen bedacht sein. Man könnte es, wenn es wahr wäre, dass der bevorzugte Geist unter allen Umständen sich auch gegen alle fesselnden Hindernisse Bahn bricht. Aber das ist eben nicht wahr. Die Dinge, die man dem Durchschnittsmenschen zu Frommen macht, hindern den besseren Geist an der Entfaltung seiner Individualität. Sie bewirken eine Verkümmern seiner Selbständigkeit. Und wenn man, wie es der Verfasser will, beim Examen den Nachweis fordert, an einer bestimmten Zahl von praktischen Übungen teilgenommen zu haben, so bildet eine solche Maßregel für den, der seine eigenen Wege gehen will, eine Fessel.“^{*****} Wiederum das Motiv der „Verkümmern der Selbständigkeit“, das Steiner hier übrigens durch eine „Maßregel“ bewirkt sieht, die in den meisten anthroposophischen Ausbildungen völlig normal ist. Dass sie auch hier eine „Verkümmern der Individualität“ der „besseren Geister“ bewirken könnte, wird natürlich von der Hand gewiesen. Manche haben aber den Eindruck, dass genau das der Fall ist. - Nimmt man zudem an, dass wahr ist, was Steiner meinte: dass nämlich diese „besseren Geister“ sich nicht „gegen alle Hindernisse Bahn brechen“ können, so folgt daraus, dass sie durch diese Strukturen wirklich verkümmert werden! - Wie wäre es, die sogenannte „Nachwuchsfuge“ einmal aus dieser Sicht anzugehen!

3. Die „Vergleichbarkeit des Lehrangebots mit der anderer Kunstschulen“^{*****}. „Vergleichbarkeit“ ist in vielen Fällen nur ein anderes Wort für Gleichschaltung: Wie dies in Alter konkret aussieht, weiß ich nicht; mir ist aber von den anthroposophischen Kunsttherapieschulen bekannt, dass die angestrebtem europaweiten Gleichschaltungen etwa hinsichtlich eines einheitlichen Curriculums massiv sind. Bisher individuell sich selbst bestimmende Kunstschulen mit unterschiedlichen Ausbildungsprofilen sollen sich dem von einem zentralen Rat bestimmten europaweit gleichgeschalteten Curriculum fügen, was m.E. mit der schöpferischen Freiheit im Geistesleben nicht in Einklang zu bringen ist.^{*****}

Wir sehen: Was Bodack als „nur“ bezeichnet, als „nur juristisch“, ist in Wirklichkeit von massivem Einfluss und wirkt unmittelbar gegen die Freiheit im Geistesleben. Denn diese und ähnliche gegenwärtig eingerichteten staatlichen Maßregelungen sind keineswegs geeignet, ein „Rechtsleben als ‚Herzmitte‘ jeder Gemeinschaft“, wie Bodack sagt, einzurichten oder gar „Raum für das Einfließen der Kraft Christi“ (Bodack) zu schaffen, sondern sind - um einen anthroposophischen Ausdruck zu gebrauchen - streng „ahrimanischer“ Natur.^{*****} Oder

^{*****} Ebenda, S.29.

^{*****} Sozialimpulse, a.a.O..

^{*****} Zu den hiermit zusammenhängenden Fragen gehört auch die im Zuge der „Qualitätssicherung“ angestrebte juristische Festlegung von weltweit einheitlichen und staatlich verbindlichen „Berufsbildern“, die manche als kreativitätseinengende Berufsschablonen erleben.

^{*****} Das heißt, sie sind geprägt von jener in der Anthroposophie beschriebenen Wesenhaftigkeit, die dem Menschen seine

* Siehe Rundbrief Nr. 2 / 2006

** Siehe Rundbrief, Nr. 2 / 2006 ; ebenso die folgenden Zitate Opielkas und Bodacks..

*** Ebenda

**** Steiner, Hochschule und öffentliches Leben, a.a.O..

***** Sozialimpulse, Heft 2/2006

glaubt jemand im Ernst, es sei eine Auswirkung des ätherischen Christus, jemandem das Eurythmiestudium zu verbieten, weil er kein Abitur hat? - Abitur, diese hyperintellektuelle Gehirnwäsche, die jeder Künstlerseele die Haare zu Berge stehen lässt, wird jetzt („nur juristische“!) Zugangsbedingung für das Eurythmie-Studium! Muss ich wirklich näher erklären, warum dies weder fachlich, noch menschlich, noch anthroposophisch in Ordnung ist?

Ich finde es erstaunlich, dass über solche für die Dreigliederung elementaren und an entsprechenden, überall beobachtbaren Phänomenen ablesbaren Dinge, überhaupt diskutiert werden muss. Dass im praktischen Feld manchmal Kompromisse nötig sind, ist keine Frage - auf der Erkenntnisebene sollten solche Illusionen aber vermieden werden. Wer, worauf Opielka soviel Wert legt, die „Weltverhältnisse“ anschaut, konkret anschaut, sieht, dass die staatlichen Universitäten immer unfreier und unfreier werden, immer verschulter und verschulter, das sich diesem Druck des Staates immer stärker der Ökonomie hinzugesellt, mithin also nichts anderes geschieht als die Abschaffung der von Wilhelm von Humboldt herrührenden „alten Studierfreiheit“ (die auch Steiner explizit „auf seine Fahne“ geschrieben hatte) - eine eindeutig ahrimanische Entwicklung des staatlichen Ausbildungswesens, in deren Sog sich nun auch die verstaatlichten anthroposophischen Ausbildungen begeben.

Man kann durchaus den größten Respekt gegenüber bestimmten fachlichen Arbeiten staatlicher Institute haben und deren positive, menschliche Leistungen voll anerkennen. Man kann sogar Verstaatlichungsprozesse im Sinne einer „Philosophie der Freiheit“ betrachten - „Lebenlassen im Verständnis des fremden Wollens“ -, braucht also keinen einzigen Menschen zu verurteilen. Das ändert aber nichts an der Erkenntnis, dass durch die Verstaatlichung etwas vorbereitet wird, was Rudolf Steiner als „die bevorstehende Ahrimaninkarnation“ beschrieben hat: „Die ahrimanische Inkarnation wird dann ganz besonders gefördert werden, wenn man es ablehnt, ein selbständiges freies Geistesleben zu begründen, und das Geistesleben weiter drinnenstecken lässt in dem Wirtschaftskreislauf oder in dem Staatsleben. Denn diejenige Macht, welche das weitaus größte Interesse hat an einer solchen weiteren Verquickung des Geisteslebens mit dem Wirtschaftsleben und mit dem Rechtsleben, das ist eben die ahrimanische Macht. Die ahrimanische Macht wird das freie Geistesleben wie eine Art von Finsternis empfinden. Und das Interesse der Menschen an diesem freien Geistesleben wird diese ahrimanische Macht empfinden wie ein sie brennendes Feuer, ein seelisches Feuer, aber ein sie stark brennendes Feuer. Daher obliegt es geradezu dem Menschen, um die richtige Stellung, das richtige Verhältnis zur ahrimanischen Inkarnation in der nächsten Zukunft zu finden, dieses freie Geistesleben zu begründen.“^{*} Dieses Geistesleben zu begründen und das Interesse daran am Leben zu erhalten, wurde der Verein für Freies Geistesleben ins Leben gerufen. In vielen konkreten Teilbereichen besteht Handlungsbedarf. Jede Unterstützung ist willkommen.

Entwicklung abschneiden möchte, indem sie ihn in Blindheit für das Geistige an die materielle Welt fesselt.

* R.Steiner, Soziales Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis, 2.Auflage, 1983, GA191

Kontakt: Verein für Freies Geistesleben, Ingo Hoppe, Email: ingo.hoppe@email.com, Hügelweg 24, CH - 4143 Dornach, Spendenkonto: Verein für Freies Geistesleben VFG, Freie Gemeinschaftsbank, 4001 Basel, Kontonummer: 400 480.9, Clearing: 8392, Swiftcode: RAIFCH 22 XXX

Bescheidenheit und Toleranz

Gabriele Wickenhäuser

Um die bisherige Debatte im Rundbrief zur Dreigliederung des sozialen Organismus zusammenzufassen, stelle ich vorab die Thesen der beiden Streitparteien gegeneinander, so wie ich sie durch die Beiträge verstanden habe.

Die contra-staatliche Partei von Thomas Brunner sagt:

- Eurythmie ist die eigentliche Blüte der anthroposophischen Freiheitsbewegung.
- Die staatliche Anerkennung der Eurythmieausbildung steht im Widerspruch zur Freiheit des Geisteslebens.
- Die Verleihung von staatlichen akademischen Titeln wird als Demütigung erlebt bzw. als konklusives Zusammenwirken zwischen Staat und Anthroposophischer Gesellschaft betrachtet.
- Die staatliche Anerkennung steht im Widerspruch zum ganzen Entstehungsprozess der Eurythmie und leugnet ihre wahren Lebensbedingungen.

Die pro-staatliche Partei sagt dagegen:

- Die Existenzsicherung der Eurythmisten rechtfertigt die staatliche Anerkennung als Kompromiss.
- Die Qualität des Kompromisses ist entscheidend: Die Gründung der ersten Waldorfschule im Jahr 1919 war auch nur durch den Kompromiss mit dem damaligen Staat Württemberg möglich und hat sich bis heute bewährt.
- Der Staat hat auch die Rolle eines Schutz- und Förderraums für die Freiheit des Geisteslebens.

Nun will ich versuchen, zu einer Synthese zwischen beiden Parteien zu kommen. Dazu ziehe ich Friedrich Schiller zu Rate mit Auszügen aus seinem Text „Über Anmut und Würde“, zuerst erschienen in der neuen Thalia 2/1793.

Mit Friedrich Schillers Text kann man die Behauptung, Eurythmie sei die eigentliche Blüte der anthroposophischen Freiheitsbewegung, eindeutig belegen. Rudolf Steiner muss wohl durch Friedrich Schiller zur Begründung der Kunstform Eurythmie inspiriert worden sein. Es geht in diesem Text um die Anmut der Bewegung, also um den Bedeutungsinhalt des Begriffs Eurythmie als Bewegungskunst.

Betrachtet man dagegen die rechtliche Form der Kunstausübung bzw. Kunstausbildung auch als Teil dieser Grundlegung, dann verwechselt oder vermischt man,

wie es recht häufig geschieht, den Inhalt eines Begriffs mit der Form. Zum Inhalt des Begriffs Eurythmie hat Friedrich Schiller folgendes hinterlassen:

„Anmut ist eine bewegliche Schönheit; eine Schönheit nämlich, die an ihrem Subjekte zufällig entstehen und eben so aufhören kann.“ Architektonische Schönheit ist bei Schiller die Schönheit des Körperbaues im weiteren Sinne. Sie umfasst sowohl den Körper als auch die rein durch Naturkräfte - also nicht durch moralische Kräfte des sich bewegenden Subjekts - bestimmte Anmut. „Die architektonische Schönheit der menschlichen Bildung muss von der technischen Vollkommenheit derselben wohl unterschieden werden.“

Die technische Vollkommenheit des Menschen ist bei Schiller ein geistiges Ideal, d.h. das rein abstrakte Bild Gottes: „Die Technik der menschlichen Gestalt ist allerdings ein Ausdruck seiner Bestimmung, und als ein solcher darf und soll sie uns mit Achtung erfüllen. Aber diese Technik wird nicht dem Sinn, sondern dem Verstande vorgestellt; sie kann nur gedacht werden, nicht erscheinen. Die architektonische Schönheit hingegen kann nie ein Ausdruck seiner Bestimmung sein, da sie sich an ein ganz anderes Vermögen wendet, als dasjenige ist, welches über jene Bestimmung zu entscheiden hat.“

Schillers fiktiver Auftrag an Rudolf Steiner könnte demnach folgendermaßen formuliert werden: Begründet eine Bewegungskunst, die durch architektonische Schönheit der anmutigen Bewegungsbilder die höhere Bestimmung des Menschen, d.h. die abstrakte Idee der „technischen“ Vollkommenheit im göttlichen Sinne darstellt und für die Betrachtung anschaulich macht. „Die architektonische Schönheit des Menschen ist also, auf die Art, wie ich eben erwähnte, der sinnliche Ausdruck eines Vernunftbegriffs; aber sie ist es in keinem andern Sinne und mit keinem größern Rechte, als überhaupt jede schöne Bildung der Natur. Dem Grade nach übertrifft sie zwar alle andere Schönheiten, aber der Art nach stehet sie in der nämlichen Reihe mit denselben, da auch sie von ihrem Subjekte nichts, als was sinnlich ist, offenbart, und erst in der Vorstellung eine übersinnliche Bedeutung empfangt.“

In diesem Sinne wünsche ich mit Schiller und sicher auch im Namen von Rudolf Steiner den Parteien Bescheidenheit und Toleranz.

Medizinausbildung in Witten-Herdecke jetzt nicht mehr gefährdet

Die Fakultät für Medizin der privaten Universität Witten-Herdecke kann weiterhin Studierende einschreiben. Der im Sommer 2005 ausgesprochene und in der Öffentlichkeit teilweise als schikanös kritisierte Akkreditierungsvorbehalt für die Fakultät hat der Wissenschaftsrat in seiner Sommersitzung am 7. Juli 2006 in Mainz aufgehoben.

Wörtlich heißt es in der vorliegenden Stellungnahme des Wissenschaftsrats: „Der Wissenschaftsrat kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass der Bericht der UWH zur Fortentwicklung ihrer Humanmedizin vom Juni 2006 einen konzeptionell wie strukturell zweckdienlichen Rahmen bildet. In diesem kann die humanmedizinische Lehre stabilisiert werden und die Forschung sich sowohl im Bereich von grundlagenorientierten als auch klinischen Fächern mit einer zukunftsfähigen Perspektive entwickeln.“ Das Medizinstudium in Witten-Herdecke war immer wieder in der Öffentlichkeit für seinen ganzheitlichen Ansatz und den Praxisbezug der Ausbildung gelobt worden.

Noten sind weder nützlich noch nötig

Neue wissenschaftliche Expertise bestätigt Waldorfpädagogik

Zensuren täuschen nur vor, objektiv und vergleichbar zu sein und den Leistungsstand von Schülern zu spiegeln. Der Aussagewert von Zensuren für zukünftiges Lernen ist gering; ja sie können sogar äußerst ungünstige Auswirkungen auf die Leistungsentwicklung der Schüler haben, da Noten zu den stärksten Auslösern von Schulangst gehören und damit Lernfreude und Leistungszuversicht blockieren. Zu diesen Ergebnissen kommt eine wissenschaftliche Expertise zum Thema „Sind Noten nützlich und nötig?“, die Professor Dr. Hans Brügelmann im Auftrag des Grundschulverbands an der Universität Siegen erstellt hat. Der aktuelle Forschungsstand belege, so der Grundschulverband, dass ein modernes Schulwesen mit Zensuren und Zensurenzeugnissen nicht zu haben sei. „Wir sehen die Praxis der Waldorfpädagogik, die seit Jahrzehnten ohne Zensuren auskommt und damit fantastische Erfahrungen hat, durch diese Untersuchung bestätigt“, sagt Klaus-Peter Freitag, Waldorflehrer und Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der Waldorfschulen in Nordrhein-Westfalen. Das gelte umso mehr, als Professor Brügelmann den Gutachtenzeugnissen, wie sie an den Waldorfschulen üblich seien, in seiner Expertise eine deutlich bessere Aussagekraft bezüglich der Einschätzung von Schüler-Leistungen zuerkennt als den Ziffernoten.

An Waldorfschulen gibt es nur Noten für Schulabgänger und in Abschlusszeugnissen. Die Qualität der ausführlichen Gutachtenzeugnisse bestehe darin, so Freitag, „dass die Stärken und Schwächen der Schüler charakterisiert werden und so gespiegelt wird, was sie tatsächlich leisten können.“ Dem gängigen Vorurteil, Zensuren seien notwendige Anreize für das Lernen und Voraussetzung für ein Bestehen in Studium und Beruf, hält Freitag auch die erfolgreiche Praxis in den Pisa-Sieger-Ländern Finnland und Schweden entgegen, wo Noten erst in den oberen Klassen erteilt werden. Dies wird durch die neue wissenschaftliche Expertise untermauert.

Quelle: Pressemitteilung des Bundes der Freien Waldorfschulen e.V., verantw. Thekla Walker, Wagenburgstraße 6, 70184 Stuttgart, Tel. 0711-2104225 - walker@waldorfschule.de

Termine und Initiativen

Kongress Solidarische Ökonomie

24.-26. November 2006, TU Berlin

Weltweit entwickeln sich mit rasanter Geschwindigkeit Projekte einer anderen Ökonomie. In Lateinamerika, Asien und Afrika, aber auch in Europa suchen immer mehr Menschen nach wirtschaftlichen Alternativen. Gleichzeitig wächst die internationale globalisierungskritische Bewegung mit ihren politischen Forderungen. Diese Bewegung verbindet sich in einigen Ländern zunehmend mit der Solidarischen Ökonomie. Auch in Deutschland gibt es einen großen Wirtschaftssektor Solidarischer Ökonomie, der sehr unterschiedliche Formen von Betrieben und Projekten umfasst, z.B. alte und neue Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Wohn- und Gemeinschaftsprojekte, Tauschringe, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairen Handel, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Frauenprojekte, Initiativen für offenen Zugang zu Wissen und andere Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe. Die Zeit ist reif für einen Kongress, der diesen Wirtschaftssektor öffentlich darstellt und politische Fragen Solidarischer Ökonomie diskutiert; für einen Kongress, der Mut macht zu solidarischem ökonomischen Handeln, die vielfältigen Akteure zusammen bringt und einen Raum bietet für die Diskussion offener und kontroverser Fragen.

Die Idee des Kongresses Solidarische Ökonomie

Bisher gibt es in Deutschland kaum Verbindungen zwischen politischen Protestbewegungen gegen neoliberale Globalisierung und Sozialabbau oder Erwerbsloseninitiativen einerseits und Projekten Solidarischer Ökonomie andererseits. Nach kollektiven politischen Aktionen gehen viele AktivistInnen allein nach Hause. Armut, Prekarität oder Stress am Arbeitsplatz mit all ihren Folgen müssen sie individuell bewältigen. Diejenigen die im Sektor Solidarischer Ökonomie arbeiten, werden häufig vom materiellen Überlebenskampf aufgefrassen und ziehen sich aus politischen Zusammenhängen zurück. Wir laden Menschen aus den verschiedensten sozialen Bewegungen und Projekten ein, gemeinsam zu diskutieren, ob Solidarische Ökonomie eine wirksame politische Strategie gegen Armut und Ausgrenzung sein kann, und wie angesichts der neoliberalen Umstrukturierung der Gesellschaft eigene wirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden können. Erfahrungen aus anderen Ländern (z.B. Brasilien und Frankreich) zeigen, wie wichtig auch politische Rahmenbedingungen sind. Wir wollen Anforderungen Solidarischer Ökonomie an die Politik diskutieren. Dabei kann es nur um eine Politik gehen, die wirtschaftliche Selbsthilfe nicht als soziales Feigenblatt für den fortge-

setzten neoliberalen Umbau der Gesellschaft benutzt, sondern Solidarische Ökonomie als Teil einer Strategie gegen neoliberale Zumutungen begreift. Ein Kongress zum Austausch und zur Vernetzung von Projekten und neuen sozialen Bewegungen kann Ideen, Mut und Kraft geben, die Entwicklung visionärer Konzepte anzugehen und die Ideen in neue Kreise zu tragen.

Programmstruktur und Themenstränge

Freitag: 18 Uhr Eintreffen, ab 19.00 Auftaktveranstaltung, Kulturprogramm, Samstag: Vormittags: Podien, Workshops und Foren, Nachmittags Workshops und Foren. Abends Podium und Kultur. Sonntag: Workshops und Foren, Abschluss, Open Space.

1. Praxis und Projekte Solidarischer Ökonomie weltweit // 2. Solidarische Ökonomie in Bildung und Wissenschaft // 3. Neoliberaler Umbau und Solidarische Ökonomie: Sozialabbau, Privatisierung und die neoliberale Verwertung des Selbsthilfe-Ansatzes (Solidarisch Wirtschaften wider Sozialabbau / Entsolidarisierung und Prekarisierung / Solidarische Ökonomie als Alternative zu Privatisierung und Kommerzialisierung? / Daseinsvorsorge dauerhaft solidarisch gestalten. / Solidarische Ökonomie als Türöffner für Neoliberalismus? - Ambivalenzen des Selbsthilfegedankens in der Solidarischen Ökonomie. / „Grundeinkommen“ Neoliberalismus oder Solidarische Ökonomie?) // 4. Solidarische Ökonomie: Nische, Wirtschaftssektor oder umfassende Perspektive? - Chancen und Grenzen anderen Wirtschaftens im Kapitalismus // 5. ...nichts dafür - von meiner Zeit! - Solidarische Ökonomie und Lebensstil aus individueller Perspektive // 6. Wem gehört die Welt? Die Eigentumsfrage in einer Solidarischen Ökonomie // 7. Solidarische Ökonomie - eine weltweite Bewegung. Internationale Erfahrungen und Zusammenarbeit // 8. Solidarische Unternehmen wirtschaften anders - „Werkzeugkasten“ Solidarische Ökonomie // 9. Politische Rahmenbedingungen Solidarischer Ökonomie

VeranstalterInnen

Organisiert und politisch verantwortet wird der Kongress durch eine bunt gemischte Vorbereitungsgruppe, unterstützt durch eine Vielzahl von MitträgerInnen. Vorbereitungsgruppe: Bewegungsakademie, Verdener Umweltwerkstatt, Aktion Selbstbesteuerung, DGB Berlin-Brandenburg, attac, buko, NETZ für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Euronet, Netzwerk Grundeinkommen, Contraste - Monatszeitung für Selbstorganisation, Kommuja - Netzwerk der politischen Kommunen, Weltladen-Dachverband, FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Loccumer Initiative kritischer WissenschaftlerInnen und weitere MitträgerInnen sowie diverse UnterstützerInnen. Medienpartner: taz.

Veranstaltungsort ist die Technische Universität Berlin. Teilnahmebeitrag ermäßigt 25 EUR, normal 35 EUR, Solibeitrag 55 EUR. Weitere Informationen und Anmeldung: <http://www.solidarische-oekonomie.de>. Kongress Vorbereitungsbüro c/o Bewegungsakademie e.V., Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, Tel.: 04231/957-512, Fax: 04231/957-400, Telefonzeiten: Mo-Do 13.00 - 18.00 Uhr, Fr 10.00 - 15.00, E-Mail: info@bewegungsakademie.de

Projektemesse Solidarische Ökonomie

Raum für Projekte und Betriebe: Projekte und Betriebe, die sich der Idee einer Solidarischen Ökonomie verpflichtet fühlen, haben die Gelegenheit, sich auf der Projektemesse des Kongresses einem bundesweiten, interessierten Publikum von 500 und mehr Menschen zu präsentieren. Der schöne Lichthof der TU Berlin wird als Raum für die Vielfalt Solidarischer Ökonomie hergerichtet. Wenn Ihr Interesse habt, wendet Euch bitte wegen näherer Informationen und Anmeldung an projektmesse@openmedia44.de (für Berliner Betriebe) oder karin.walther@solidarischeoekonomie.de. Information und Anmeldung bei: Bewegungsakademie, Kongressbüro SÖ, Dagmar Embshoff, 04231/ 957 -512 oder Email an: dagmar.embshoff@bewegungsakademie.de

„Es fehlt an Geld, nun gut, so schafft es denn“*

* J.W. v. Goethe, Weimar

... den regionalen Aufschwung selbst gestalten.
IV. Regiogeld-Kongress, Bauhaus-Universität,
Weimar, 30. 9. - 1. 10. 2006 in Weimar

In Deutschland geben bereits sechzehn Regiogeldinitiativen ihre eigenen Währungen heraus. Über 30 weitere sind in Vorbereitung. Die Idee ist im Grunde ganz einfach: Wenn das Geld an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbeigeht und die Region verlässt, warum dann nicht einfach ein neues, ein zusätzliches, ein anderes Geld gestalten, das den Menschen und ihren Bedürfnissen dient?

In diesem Jahr findet der Regiogeldkongress zum vierten Mal statt. Ausrichtungsort ist die Kulturstadt Weimar in Thüringen. Ein Wochenende lang treffen sich Regiogeld-Theoretiker und Vertreter aller Regiogeldinitiativen aus ganz Deutschland zum Wissens- und Erfahrungsaustausch. Dieses Jahr wird sich alles um die Gestaltung und Konzeption, den Einsatz und die Wirksamkeit des „Werkzeugs Regiogeld“ für die Entwicklung der regionalen Wirtschaft drehen, besonders für die so genannten „strukturschwachen“ Regionen.

Der jüngst gegründete Regiogeld-Verband stellt sich der Öffentlichkeit vor, berichtet über den Stand der Dinge und präsentiert im „REGIO-Karussell“ die aktuellen Initiativen in Deutschland. - Gernot Schmidt von der Sparkasse Leipzig wird darüber berichten, warum seine Institution die Einführung eines Regiogelds plant, und welche nachhaltigen Effekte damit für die Region Leipzig erzielt werden sollen. - Hans Ebert (FH Kufstein) wird aufzeigen, dass es zum Beispiel der Region Rosenheim-Salzburg-Innsbruck wirtschaftlich deutlich besser ginge und sie autonomer gegenüber der Globalisierung wäre, würde man dort gewachsene Strukturen und brachliegende lokale Wirtschaftssektoren wieder reaktivieren. - Margit Kennedy, Wegbereiterin der Regiogeldidee in Deutschland, wird einen Ausblick über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten der Bewegung geben und die Vision einer gerechteren Ökonomie mit komplementären Geldern umreißen.

Erstmals wird es eine Podiumsdiskussion mit politischen Gästen aus der Bundes- und Landespolitik geben. Erwartet werden hierzu unter anderem Hans-Josef Fell (MdB) und Klaus Hardraht (ehem. Innenminister des Landes Sachsen). Darüber hinaus können die Teilnehmer dieses Jahr aus einem Angebot von insgesamt 33 Workshops vertiefende Themen auswählen, entsprechend ihrer eigenen Interessenschwerpunkte. Das „Money-Fest“ - die Party zum Geld - lädt ein zu Getränken, Gesprächen, Geldern und Gaumenfreuden. Zum Abschluss wird Hans Christoph Binswanger in seinem Vortrag „Geld und Magie“ aufzeigen, das schon Goethe im Faust II das Geldmachen als alchemistisches Mittel der Ökonomie verstand. Geld ist ein gestaltbares Medium. Gestalten Sie mit!

Beginn Samstag, 30.9. 2006 9.30 Uhr, Ende Sonntag, 1.10. ca. 21 Uhr. Teilnahmegebühr 75,- EUR; ermäßigt 55,- EUR. Nähere Informationen über den Programmablauf und die Workshops sowie Anmeldung online: <http://www.regiogeldkongress.de>. Kontakt, REGIOprojekt e.V., Bauhausstr. 7b, D-99423 Weimar, Tel: +49 (0) 3643 / 583923, +49 (0)177 / 2882337 (Ludwig Schuster), +49 (0)178 / 2184819 (Kay Voßhenrich). E-Mail: regioprojekt@livingcity.de

Lebensgemeinschaft - Kommune - Wärmefähre

Tagung im Humboldt-Haus in Achberg,
30.9. - 10.2006 - Verein zur Förderung des
Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik

Rainer Rappmann

„Der Soziale Künstler ist zunächst der Erbauer assoziativer, gesamtgesellschaftlicher Einheiten.“ (Joseph Beuys) Wir leben heute in einer Zeit fortschreitender sozialer Kälte; diesen Zug der Zeit spüren wir nicht nur an der zunehmenden Individualisierung und Egoisierung des Menschen, sondern auch an einer weltweiten Tendenz des sich rasant ausbreitenden Turbokapitalismus, der menschliche Leistungen nur noch über Geld definiert, nicht mehr aber über die Bedürftigkeit bzw. Bedarfsdeckung. Jenseits dieser Geldvorgänge gibt es immer weniger zwischenmenschliche Hilfe. Das System zwingt uns, alles in geldwerten Vorgängen abzugelten.

Trotz und vielleicht auch wegen dieser globalen Tendenz hat der Mensch ein Bedürfnis nach Sozialität, nach „gegenseitiger Hilfe“ (Kropotkin), nach Gemeinschaften, die bestimmte Aspekte einer menschheitlichen Wärmeplastik bereits im Hier und Jetzt zu realisieren versuchen.

Diese Versuche gab es zu allen Zeiten - man denke an die Mönchsgemeinschaften -, insbesondere aber seit dem beginnenden 20. Jahrhundert, zunächst in der Lebensreformbewegung, dann in den 68er-Versuchen der Kommunarden und auch bei den Wohngemeinschaften und Landkommunen. Aber sie sind seit den 90er Jahren wieder zunehmenden Resignation und Privatisierung gewichen („Ende der Utopie“). Neuerdings jedoch beobachtet man wieder eine verstärkte Hinwendung

etwa zu Haus- und Wohnprojekten älterer Menschen, aber auch altersgemischter Lebensgemeinschaften. Diese haben häufig den Zweck, sich in einer zunehmenden Singularisierung auf einer praktischen Ebene zusammenzuschließen und das Leben so leichter zu machen. (Etwa: wenn schon gekocht wird, kann man das ja auch gleich für mehrere Menschen tun.)

Es gibt jedoch auch Menschen, die einer Idee folgen, um unmittelbar schon im Heute eine soziale Wärmekultur, einen funktionierenden sozialen Organismus zu errichten und so in den alternden Bestand junge, neue Keime einpflanzen, um so aber auch eine Wirkung auf die gesamte Soziale Plastik zu erzielen. „Die alten Bäume sterben ab und neue wachsen nach. Sie sind die Zukunft. Der neue Kunstbegriff kann nur evolutionär Wirklichkeit werden. Jeder Mensch ist ein Künstler. Make the secrets productive!“ (Joseph Beuys)

Wir wollen uns in dieser Tagung mit den Ideen und Erfahrungen vergangener, aber auch heutiger Versuche beschäftigen. Hierzu haben wir Menschen eingeladen, die von solchen Projekten berichten können: Johannes Heimrath von der Lebensgemeinschaft Klein Jasedow in der Nähe der Insel Usedom (Gemeinschaft: 1976 - heute), Ingrid Feustel von den Witthüs-Teestuben von Peter Schilinski u. Ulle Weber auf Sylt (50-er u. 60er Jahre), Berit Müller vom Barkenhof-Projekt von Heinrich Vogeler in Worspewede (1919-1923) und Birgit Weidmann von der AAO-Kommune (Aktionsanalytische Organisation) am Friedrichshof bei Wien (1976-1990)

Tagungsbeitrag EUR 50, ermäßigt 30, Förderbeitrag EUR 70. Verein zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik e.V. c/o Rainer Rappmann, Am Schwarzenbach 25, 88239 Wangen/Allgäu, Tel: 07528 / 7734, Fax 6028. Internet: www.fiu-verlag.com.

Verschiedene Veranstaltungen

Wiesbaden

16./17. Sept. 2006 Omnibus-Arbeitskreis Soziale Plastik auf Schloss Freudenberg, Heilkräfte der Kunst - Joseph Beuys als Künstler und Naturforscher. Vortrag und Gespräche mit Prof. Dr. med. phil. Axel Hinrich Murken. 18./19. November 2006 Omnibus-Arbeitskreis Soziale Plastik. Infos und Anmeldung via Regine Radke, Tel. 03643 / 494146

Wiesbaden

15. Sept. 06, 20 Uhr: Hugo Kükelhaus und Joseph Beuys. Mit Ursula Hochstädter, die im Rahmen ihrer Diplomarbeit an der FH Regensburg im Fachbereich Sozialwesen über das Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne u. den Erweiterten Kunstbegriff von Joseph Beuys geschrieben hat.

Wiesbaden/Darmstadt

SA, 06./07. Okt. 06 und/oder 28./20. Okt. 06. Mit Johannes Stüttgen zum Beuys-Block nach Darmstadt Eine letzte Gelegenheit... Im Zusammenhang mit der Generalsanierung des Landesmuseum Darmstadt wird der Block Beuys komplett abgebaut. Zusammen mit dem Beuys-Meisterschüler Johannes Stüttgen gehen wir auf eine letzte Wanderung durch den Block Beuys. Die erste Station ist ein Abendgespräch mit Johannes Stüttgen im Schloss Freudenberg jeweils 19.30 Uhr. Am nächsten Morgen 10.15 Uhr treffen sich alle TeilnehmerInnen im Landesmuseum Darmstadt. Info: www.schlossfreudenberg.de

Wiesbaden

Oktober 06 - Februar 07 Landesmuseum Wiesbaden: Ausstellung Heilkräfte der Kunst - Werke von Joseph Beuys in der Sammlung Axel Hinrich Murken. Info: www.museum-wiesbaden.de

Hamburg

Sonntag, 8. Okt. 2006, 11 - 17 Uhr (mit Pause) „Plastische Form und mythische Bilder“ - Vom Geheimnis griechischer Sagen. Dr. Rhea Thönges-Stringaris, Vortrag und Gespräch. Was an der griechischen Plastik so fasziniert, ist das doppelte Spiel von Gestalt und Erzählung. Wir verfolgen dieses in der Kunst einzigartige Phänomen von seinem Beginn in der Vorgeschichte bis zum Hellenismus. Info: www.freie-kunstschule-hh-fiu.de

Zum öko- und sozial- verträglichen Marktgeschehen

*Tagung zur assoziativen Wirtschaftsordnung
Samstag, 21. Oktober 2006,
Goetheanum, Dornach CH*

In Zusammenarbeit der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum und der Johannes Kreyenbühl Akademie, Russikon/Dornach

Michael Rist, Ulrich Rösch

Unsere Tagungen „Zur assoziativen Wirtschaftsordnung“ haben sich zu einer ganzen Tagungsreihe entwickelt, wobei die Tagung am 21. Oktober 2006 im Goetheanum die vierte Veranstaltung dieser Reihe ist. Neben dem Einleitungs- und Schlussreferat der Veranstalter sollen dieses Mal vor allem die Vertreter der größeren Verteilorganisationen zum Zuge kommen, die als erste neben den ökologischen Gesichtspunkten auch die Sozialverträglichkeit ihres Handelns in den Vordergrund gestellt haben und stellen.

Dass unter diesem Gesichtspunkt auch der Grundsatz „aus der Region - für die Region“ Beachtung findet, ist fast selbstverständlich, zumal nun auch die Betriebskosten für die Transporte im Steigen begriffen sind. Da die aufstrebenden Wirtschaftsbereiche Indien und China in die Globalisierung eintreten, werden auch die regi-

onalen Märkte infolge der niedrigeren Transportkosten wieder interessanter. Weil zudem die Globalisierung auch zu ähnlicheren Löhnen führt, wird das Hauptmotiv der Globalisierung, die großen Lohnunterschiede, immer hinfalliger. Es ist deshalb im Laufe der Zeit auf eine vernünftigeren Wirtschaftsordnung zu hoffen. Dies bedeutet natürlich, dass auch die Konsumentenschaft sich zunehmend zu einem Mitgestalter des wirtschaftlichen Geschehens entwickelt, indem sie durch ihre Einkäufe sinnvolle Wirtschaftsweisen fordert und verführerische, aber unsinnige Angebote links liegen lässt.

Mitwirkende: Ulrich Rösch . (Sozialwissenschaftliche Sektion), Christian Waffenschmidt (Naturaplan Coop Schweiz), Gertrud Meyer (Claro, Schweiz) Markus Staub (Havelaar Stiftung, Schweiz), Michael Rist (Johannes Kreyenbühl Akademie). Beginn 9.30 Uhr, Ende 18.30 Uhr.

Themen der Vorträge: Zum öko- und sozialverträglichen Wirtschaften - Ökologische und sozialverträgliche Produkte bei Coop - Die andere Globalisierung - Von der Ausbeutung zur Solidarität - Sozialverträglichkeit im Prozess - Ein Bedarfsdeckungsmodell.

Grundeinkommen für jeden Menschen - Eine Herausforderung für Europa?

Zukunftskongress zu Michaeli, 29. September bis 1. Oktober 2006, Goetheanum, Dornach

Freitag, 17.00 Uhr: Eröffnung. Arbeitsteilung, Globalisierung und die Zukunft der Arbeit (Vortrag Ulrich Rösch) // Kunst als Weg zukunftsfähiger Wirtschaftsgestaltung I (Vortrag Michael Bockemühl) // 20.15 Uhr: Eurythmie-Symphonie Mozart-Schnittke. Eurythmie-Ensemble des Goetheanums und Else-Klink- Ensemble Stuttgart; Virtuosen Moskau, Leitung: Mikhail Khokhlov, Solist: Thomas Leander Gnessin

Samstag, Vormittags: Kunst als Weg zukunftsfähiger Wirtschaftsgestaltung II (M. Bockemühl) // Grundeinkommen; bedingungslos. Kulturminimum; unbedingt (Prof. Götz W. Werner) // „Wer nicht isst, kann auch nicht denken“ - das Grundeinkommen als Fundament der Wissensgesellschaft (Matthias Spielkamp) // Gespräch zu den beiden Vorträgen // Nachmittags: Kunst als Weg ... III (Michael Bockemühl) // Ausgabenstatt Einkommensteuer! Der Weg zur Finanzierung des Grundeinkommens (Benediktus Hardorp) // Für eine soziale Wirtschaft und Gesellschaft: mit und nicht gegen den Markt (Christoph Koellreuter) // Gespräch // Abends: Grundeinkommen für jeden Menschen - Eine Herausforderung für Europa? Podium mit den Referenten (Moderation: Paul Mackay)

Sonntag, Vormittags: Kunst als Weg ... III // Gesellschaft neu denken: Über die Neugestaltung von

Wirtschafts- und Kulturleben (Götz Rehn) // Requiem von Wolfgang Amadeus Mozart. Glariseggerchor, Orchester ad fontes, Leitung: Heinz Bähler, Ende ca. 12.30 Uhr.

Tagungsbüro und Billettkasse CH-4143 Dornach, Tel. +41 (0)61/706 44 44 Fax +41 (0)61/706 44 45, tagungsbuero@goetheanum.ch, www.goetheanum.ch

Was würden Sie arbeiten, wenn für Ihr Einkommen gesorgt wäre?

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle - Veranstaltungsreihe in Basel

Franziska Schutzbach

Wir sind mit einem Überangebot an Waren versorgt und die Zahl der Erwerbsarbeitsplätze nimmt ab. Viele, die Erwerbsarbeit brauchen - des Einkommens wegen - bekommen keine, und manche, die welche haben, möchten gerne eine andere. Ein Wechsel ist schwierig, aber in unserem immer flexibler werdenden Arbeitsleben oft sinnvoll. Wie verlief unser Leben, wenn für ein Grundeinkommen gesorgt wäre? Wenn jeder und jede von Geburt an ein bedingungsloses Einkommen auf bescheidenem, aber ein Leben ohne Not ermöglichenden Niveau bekäme? Ein Leben mit mehr Selbstbestimmung wäre möglich, ein Leben, bei dem die teilweise Entkopplung des Einkommens von der Arbeit mehr Würde und auch: bessere und freudigere Leistungen in vielen Lebensbereichen ermöglichen könnte.

Die Finanzierung des Grundeinkommens ist machbar, wenn man es will. Alles andere bleibt auszuhandeln oder dereinst: auszuprobieren. Spannend ist die Idee schon jetzt. Und darum sind der Austausch und das Gespräch über die Fachgebiete und Ressortgrenzen hinweg angesagt. Enno Schmidt und Daniel Häni von der „Initiative Grundeinkommen“ wollen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens denkbarer machen, sie in Aktion bringen und auch die Perspektive einer möglichen Volksinitiative erkunden. Was würden Sie arbeiten, wenn für ihr Einkommen gesorgt wäre? Wie wirkt Grundeinkommen? Welche Art der Finanzierung wäre vorteilhaft? Worin liegen die kritischen Punkte? Ist es an der Zeit? Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens braucht ein Verstehen der Idee und ihrer Wirkung. Vom 26. September bis am 7. Oktober 2006 heißt es deshalb im „unternehmen mitte“ in Basel: „Einkommen schafft Arbeit ... Mehrwert durch Grundeinkommen“.

Die 12-tägige Veranstaltungsreihe findet in einer ehemaligen Bank statt, seit sieben Jahren ein großes Kaffeehaus, urbaner Arbeitsort und öffentliches Wohnzimmer zugleich. Es werden zahlreiche Persönlichkeiten aus verschiedenen Gesichtspunkten die Idee des Grundeinkommens konkretisieren. So unter anderen: Margrit Appel, Politologin und Mitarbeiterin der Katholischen

Sozialakademie Wien // Christof Dietler, Agronom, ehemals Bio Suisse, Chur // Brigitta Gerber, Ethnologin und Großbräuerin in Basel // Sascha Liebermann, Soziologe und Mitbegründer der Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ // Prof. Götz Werner, Leiter der dm Drogeriemärkte und Vorreiter der Grundeinkommensdebatte in Deutschland // Dr. Benediktus Hardorp, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer // Prof. Dr. Reiner Eichenberger, ordentlicher Professor für Finanzwirtschaft an der Universität Fribourg. Außerdem gibt es eine Filmnacht zum Thema, einen Auftritt des Kabarett Birkenmeier, einen Workshop mit der Filmemacherin Irma Birchler und dem Innovationsberater Alfred Meister, ein Seminar mit dem Philosophen Andreas Brenner, sowie einen Abend zum Thema „Grundeinkommen - Kultureinkommen“ mit Kulturschaffenden und dem „Schweizer Kulturminister“ Heinrich Gartentor.

In Gesprächen mit verschiedenen Gästen wird gemeinsam mit dem Publikum darüber diskutiert, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen vernünftig ist und eine zeitgemäße Antwort auf die realen Verhältnisse gibt. Es wird gefragt: Was ist Arbeit? Was ist Leistung? Muss das Recht auf Leben logisch auch ein Recht auf Einkommen sein? Ist Grundeinkommen Gleichmacherei? Ist es die Ruhigstellung der Ausrangierten? Wer macht dann die Drecksarbeit? Und vieles mehr!

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei. Das Programm und weitere Informationen zur Initiative finden Sie unter: www.initiative-grundeinkommen.ch. Kontakt: Daniel Häni, daniel@mitte.ch, 0041 (0)61 263 36 63. Initiative Grundeinkommen, Enno Schmidt und Daniel Häni, unternehmen mitte, Gerbergasse 30, CH - 4001 Basel, info@initiative-grundeinkommen.ch, 0041 (0)61 263 36 63, www.initiative-grundeinkommen.ch, www.grundeinkommen.TV

Arbeit - eine Herausforderung

Entbindet bedingungsloses Grundeinkommen Schaffenskräfte? - Stuttgart, 6.-7. Oktober 06

Michaelitagung der Christengemeinschaft - Gemeinden der Region Württemberg. Mit Vorträgen, Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussion. Unter Mitwirkung von Prof. Götz Werner, Dr. Benediktus Hardorp, Birgit Kohlhase, Winfried Kretzschmann, Stephan Meyer, Bernhard Steiner und anderen. Ort: Stuttgart. Adresse: Haus der Wirtschaft, Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Str. 19, 70174 Stuttgart.

Durch Arbeit prägen wir verändernd und verwandelnd die Welt. Sie fordert uns zum schöpferischen Handeln heraus und indem wir schöpferisch sind, entfalten wir unser Menschsein. Darum kann man darauf hoffen, dass eigentlich jeder Mensch zu arbeiten gewillt ist. Wie selbstverständlich verbinden wir heute aber die Arbeit mit dem Einkommen, das jeder Mensch zum Leben braucht. Somit ist das weltweit drängende Problem der Arbeitslosigkeit eine doppelte Katastrophe: Es entzieht vielen Menschen die Existenzgrundlage, und erniedrigt den Menschen, weil er nicht schöpferisch sein kann.

Das Problem der Arbeit verlangt aber nicht Korrekturen an dem bestehenden System, es verlangt einen Paradigmenwechsel in unserem Verständnis der Arbeit überhaupt. In der von Sachzwängen und Machterhaltung bestimmten Politik ist es sehr schwierig, erneuernde Ideen einzubringen. Zu solchen Ideen gehört auch die eines bedingungslosen Grundeinkommens. Heutzutage meint man oft, dass das Kulturleben von der Wirtschaft lebt. Das mag in finanzieller Hinsicht stimmen. In Wirklichkeit aber lebt die Wirtschaft aus den Ideen, die nur in einer freien und lebendigen Kultur entstehen können. Wir haben in Deutschland nicht primär eine Wirtschaftskrise, sondern eine Kulturkrise. Diese Tagung will ein Forum sein für Ideen, die uns helfen können, die Herausforderung zu bestehen: Arbeit menschengemäß zu gestalten.

Weitere Informationen zum Programm: <http://www.michaeli.christengemeinschaft.com>. Teilnahmegebühr: 25 EUR Verdienende, 15 Erwerbslose und Rentner, 8 EUR Schüler und Studenten. Karten sind nur an der Tageskasse erhältlich.

Zeitgemäßes Wirtschaften

*Die soziale Frage im
Zeitalter der Globalisierung
Öffentliche Tagung Berlin,
27. - 29. Oktober 2006*

Mitwirkende u.a.: Christopher Budd, Sylvain Coiplet, Friedmut Dreher, Manfred Kannenberg, Martin Kollwijn, Michael Opielka, Heidjer Reetz, Dietrich Spitta, Bernhard Steiner, Michael Wilhelmi, Thomas Brunner.

Ort: Rudolf Steiner-Haus Berlin, Bernadottestr. 90-92, 14195 Berlin. sekretariat@agberlin.de, Teil. 030 / 4887480. Nähere Information: Thomas Brunner, Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, votiv@web.de

Zur Gestaltung einer modernen Aufgabengemeinschaft

*Wege zur Qualität - Verfahrensschulung
2006/2007*

Michael Ross

Wege zur Qualität ist ein ganzheitliches und prozessorientiertes Qualitätsentwicklungsverfahren, das speziell für Einrichtungen entwickelt wurde, in denen der Mensch im Mittelpunkt der Leistungsprozesse steht. Es geht von der Grundfrage aus: „Wie muss eine Aufgabengemeinschaft zusammenarbeiten, dass sich in ihr die schöpferischen Kräfte der Mitwirkenden möglichst frei zugunsten der individuellen Lebens- und Entwicklungsbedingungen der ihr anvertrauten Menschen

entfalten können?“ - Die ganzheitliche Ausrichtung auf zwölf Gestaltungsfelder stellt sicher, dass alle Fragen moderner Sozialgestaltung ihren Ort der Bearbeitung finden. Der prozessorientierte Ansatz fügt sich lebendig in die bestehenden Arbeitsabläufe ein, so dass kein formalisiertes Verfahren neben der Praxis entsteht. Wege zur Qualität verhilft auf diese Weise dazu, das Verhältnis zwischen konzeptionell angestrebter Qualität und tatsächlicher Durchführung im Alltag zu bearbeiten und das eigene Profil im Sinne einer individualitätsgerechten Organisationsentwicklung aufgabengemäß zu entwickeln.

Zielgruppe

- VerantwortungsträgerInnen aus den Gremien der Einrichtung
- LeiterInnen der verschiedenen Konferenzen
- Interessierte KollegInnen und MitarbeiterInnen

Ziele

- Verständnis für die dem Verfahren zugrundeliegende Denk- und Arbeitsweise
- Basiskompetenzen zur Umsetzung des Verfahrens in der Praxis
- Befähigung zur institutionsinternen Begleitung des Verfahrens innerhalb der eigenen Einrichtung

Inhalte

- Einführung und Vertiefung in die zwölf Gestaltungsfelder und die jeweils zugehörigen sieben Prozessstufen
- Praktische Umsetzung: Prozesssteuerung, Instrumente, Arbeitshilfen, Dokumentation, Auditierung und Zertifizierung
- Künstlerische Arbeit an den Gestaltungs- und Prozessqualitäten

Arbeitsweise

- Referate, Arbeitsgruppen, Gespräche
- Erfahrungsaustausch zwischen Wege zur Qualität praktizierenden Einrichtungen
- Künstlerische Arbeit

Termine

Haus Freudenberg, Starnberg/Söcking. Drei Blöcke: 27. - 30. 11. 2006 // 05. - 08. 02. 2007 // 07. - 10. 05. 2007

Studienhaus Methorst, Emkendorf. Drei Blöcke: 22. - 25. 01. 2007 // 04. - 07. 06. 2007 // 17. - 20. 09. 2007

Kostenübersicht

Institutionen (außer Kindergärten): Gesamtpreis (ohne Reise, Unterkunft und Verpflegung) 3-6 Teilnehmer 3.800 EUR // 2 Teilnehmer 2.800 // 1 Teilnehmer 1.600. Kindergärten: 3-6 Teilnehmer 3.200 EUR // 2 Teilnehmer 2.200 // 1 Teilnehmer 1.200

Weitere Informationen und Anmeldeunterlagen

Wege zur Qualität, Martina Davidis, Im Sackkamp 25, 31139 Hildesheim, Fon: 05121 / 696 6229, Fax: 696 6303 mail: wzqseminare@aol.com. Interessenten sollten sich rasch dorthin wenden, da der offizielle

Anmeldeschluss mit der Auslieferung des Heftes zusammenfällt.

Institutionsinterne Einführung

Mitarbeiter von Wege zur Qualität stellen das Verfahren in Ihrer Einrichtung vor. Zeit: 4 Stunden Termine: nach Vereinbarung, Kostenbeteiligung: EUR 500 zzgl. Reisekosten + ges. MwSt. Laden Sie Nachbareinrichtungen mit ein.

„Wege zur Qualität“ wird von etwa 200 Einrichtungen in verschiedenen Ländern (Schweiz, Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, England) praktiziert und ist als Qualitätsmanagementverfahren anerkannte Grundlage für international gültige Zertifizierungen. Adresse: Stiftung Wege zur Qualität, Dr. Michael Ross, Joachim-Friedrich-Str. 20, 10711 Berlin, Fon: 030 / 3180 3498, Mobil: 0177 / 864 4158 - Fax: 030 / 319 97728, E-Mail: wegezurqualitaet@aol.com

Kollegiale Selbstverwaltung in Waldorfschulen

Drei Fortbildungsseminare der Pädagogischen Akademie am Heidelberger Hardenberg-Institut mit Karl-Martin Dietz

Die kollegiale Selbstverwaltung der Waldorfschulen ist eine bedeutende Errungenschaft. Durch sie kann der einzelne seine Gedanken-, Herzens- und Willenskräfte in das zu gestaltende Ganze einbringen. In der Praxis werden dabei jedoch oftmals spezifische Schwierigkeiten erlebt. Wie sind sie zu meistern? Und wie kann der geistige Impuls der Selbstverwaltung sich im wechselvollen Schulalltag bewähren?

Auf Anregung von verschiedenen Seiten bieten wir zu diesen Fragen eine Fortbildungsreihe an. Sie sind bestimmt für verantwortlich Tätige an Waldorfschulen und ähnlichen Einrichtungen (Lehrer, Eltern, Geschäftsführer usw.), und auch für Lehrer in der Ausbildung, die sich in die Aufgaben der Selbstverwaltung einarbeiten wollen. Die Seminare bauen aufeinander auf, können jedoch auch einzeln besucht werden.

Samstag, 14. Oktober 2006: Grundzüge der Selbstverwaltung im freien Geistesleben

Samstag, 17. März 2007: Fähigkeitsbildung in der Selbstverwaltung

Samstag, 16. Juni 2007: Die Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrern

Tagungsort: Rudolf-Steiner-Haus, Klingenteichstraße 8, Heidelberg. Kostenbeitrag: 90 EUR pro Seminar (inkl. Verpflegung), Gesamtkarte 240 EUR. Beschränkte Teilnehmerzahl. Gesamtkarten haben Vorrang. Anmeldung bitte bis spätestens 14 Tage vor jeder Veranstaltung bei: Hardenberg-Institut, Hauptstraße 59, 69117 Heidelberg, Tel.: 06221 / 28485; Fax: 21640, info@hardenberginstitut.de. Die Anmeldungen werden bestätigt.

Literatur

Das Unentbehrliche

Adressenverzeichnis Anthroposophie

Rund 7.000 Adressen aus sämtlichen Lebensbereichen präsentiert das neue Adressenverzeichnis Anthroposophie 2006/2007. Das fast 800 Seiten starke Werk ist die bislang wohl umfassendste Gesamtdarstellung aller gegenwärtigen Einrichtungen und Initiativen, die auf das Werk Rudolf Steiners zurückgehen.

In elf Hauptbereiche unterteilt, führt das Verzeichnis schnell und übersichtlich zu den gesuchten Kontakten: Anthroposophische Arztpraxen, therapeutische Angebote, Waldorfschulen und -Kindergärten, Demeter-Höfe, Verlage, Kunstprojekte, Behindertenarbeit, Biographieberatung, Sozialgestaltung/Forschung und Wirtschaft, Geld und Dienstleistung.

In knapp zwei Jahren Vorbereitungszeit wurde der gesamte Adressenbestand der anthroposophischen Bewegung mit Unterstützung vieler Fachverbände aktualisiert und im Vergleich zur vorangegangenen Auflage erheblich erweitert. Außerdem wurden dem neuen Verzeichnis die Anschriften von rund eintausend Berufsbildungslehrgängen hinzugefügt. Durch weitere rund 10.000 Ausbildungs-, Praktikums- und Zivildienstplätze ist das Adressenverzeichnis Anthroposophie gerade für jüngere Menschen interessant. Der Globalisierung entsprechend bietet das Nachschlagewerk auch zahlreiche repräsentative Adressen der wichtigsten Verbände in Europa und Übersee.

Adressenverzeichnis Anthroposophie 2006/2007, 6., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Info3 Verlag Frankfurt am Main und Verlag am Goetheanum, Dornach/Schweiz, ISBN 3-7235-1 224-0, EUR 23,80 / SFr 39,00. Beziehbar über die E-Mail-Adresse vertrieb@info3.de oder über jede Buchhandlung.

Dietrich Spitta: Menschenbildung und Staat

Das Bildungsideal Wilhelm von Humboldts angesichts der Kritik des Humanismus

Die Frage nach dem Ideal menschlicher Bildung hat Zeit seines Lebens das Denken Wilhelm von Humboldts maßgebend bestimmt. Bereits in seiner Jugendschrift über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates hat er ausgeführt, dass die Verwaltung des Bildungswesens nicht zu den Aufgaben des Staates gehören darf, da sie mannigfaltige Nachteile für die Bildung des Menschen mit sich bringt.

In der kurzen Zeit seines Wirkens als Leiter der Kultus- und Unterrichtsangelegenheiten in Preußen in den Jahren 1809/10 hat er grundlegende Ideen über die Gestaltung des Schulunterrichts und des Universitätsstudiums entwickelt, die auch für unsere Zeit richtungswei-

send sein und für die Lösung der Bildungsprobleme der Gegenwart Wesentliches beitragen können.

Humboldt tritt für eine gemeinsame Schulbildung aller Schüler in einem einheitlichen Schulwesen ein, wobei er den unterschiedlichen Interessen und Begabungen durch eine gewisse Differenzierung des Unterrichts Rechnung tragen will. Auch strebt er eine umfassende und harmonische Bildung aller im Menschen veranlagten Kräfte des Denkens, Fühlens und Wollens an, indem der Unterricht in den Naturwissenschaften, den Sprachen und der Mathematik durch Kunstunterricht sowie gymnastischen und handwerklichen Unterricht ergänzt werden soll. Für die Universität sieht Humboldt eine individuelle Bildung durch freie Gestaltung des Studiums der verschiedenen Wissenschaften vor. Um eine solche Schul- und Universitätsbildung zu ermöglichen, hält er es für notwendig, den Schulen und Universitäten allmählich volle Selbstverwaltung zu übertragen.

Da das humanistische Bildungsideal Humboldts seither von verschiedenen Seiten in Frage gestellt wird, setzt sich Dietrich Spitta beispielhaft mit Humanismus-Kritikern wie Heinrich Weinstock, Theodor Litt und Peter Sloterdijk kritisch auseinander und zeigt, anknüpfend an Martin Heidegger und Rudolf Steiner, wie dieses Bildungsideal mehr denn je aktuell ist.

Inhalt: Vorwort // Einleitung // Der Bildungsweg Wilhelm von Humboldts und sein Bildungsideal // Die Ideen Wilhelm von Humboldts über Schule, Universität und Staat und ihre Bedeutung für die Gegenwart: Die Freiheit des Bildungswesens vom Staat / Menschenbildung im Sinne Wilhelm von Humboldts / Die Idee der differenzierten Einheitsschule. Allgemeine Menschenbildung für alle / Die Universitätsidee. Individuelle Menschenbildung durch Wissenschaft / Die Gestalt der Universität und ihr Verhältnis zum Staat / Die Staatsidee. Humanisierung des Staatslebens durch Achtung der freien Individualität / Die Humanisierung des Einzelnen als Voraussetzung einer Humanisierung des Staates / Humanisierung des Staates durch Mitwirkung der Bürger am Staatsleben / Die Humanisierung des zwischenstaatlichen Lebens / Humanisierung des Staates durch Differenzierung der Staatsverfassung // Die Weiterentwicklung der Ideen Humboldts durch Rudolf Steiner // Zur Kritik des Humanismus und des humanistischen Bildungsideals: Die Humanismuskritik von Heinrich Weinstock / Theodor Litts Kritik am Humanismus / Goethes Stellung zum humanistischen Bildungsideal / Die Kritik von Theodor Litt an Humboldts Bildungsideal / Der Humanismus und die moderne industrielle Arbeitswelt / Theodor Litts Bildungskonzept / Peter Sloterdijks Humanismuskritik / Sloterdijks Menschenbild und Bildungsverständnis / Humanismus durch Menschenzüchtung? / Plato als Menschenzüchter? // Das Humanismus-Verständnis von Martin Heidegger // Der Weg zum Menschentum bei Rudolf Steiner // Anhang: W. von Humboldt: Der Königsberger und der Litauische Schulplan / Über die innere und äußere Organisation der Höheren Wissenschaftlichen Anstalten in Berlin // Literaturverzeichnis.

Verlag Johannes M. Mayer, Stuttgart, 228 Seiten, Klappenbroschur, EUR 24,00 / SFr 42,10, ISBN 3-932386-92-2

*Lebendiges Verstehen -
Soziales Gestalten*

Goetheanismus als Impuls zur Erneuerung von Sozialwissenschaft und sozialer Praxis

Seminar, Fr, 27. bis So,
29. Oktober 2006

Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M, Hügelstr. 67
Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft
Frankfurt/M, Goethe-Zweig

Freitag, 27. 10.: 19.15: Öffnung des Tagungsbüros
// 20.00: Was ist Goetheanismus? (Vortrag Dr.
Wolfgang Schad, mit Aussprache)

Samstag, 28. 10.: Methodische Elemente einer
goetheanistischen Sozialwissenschaft: 9.30
- 11.15: Vom komplexen System zum sozialen Or-
ganismus (Udo Herrmannstorfer) // 11.45 - 13.00:
Gesprächsarbeit // 15.00 - 16.30: Polarität und
Steigerung im Sozialen (Udo Herrmannstorfer, Dr.
Michael Ross) // 17.00 - 18.30: Gesprächsarbeit
// 20.00: Die Überwindung des Zuschauerbe-
wusstseins und die Entwicklung des Gemeinsinns
(Dr. Wolfgang Schad u.a.)

Sonntag, 29. 10.: 9.00 - 10.30: Die goetheanis-
tische Methode in der Zusammenarbeit in Einrich-
tungen und im zivilgesellschaftlichen Engagem-
ent (Dr. Michael Ross, Dr. Christoph Strawe) // 11.00
- 12.30: Abschlussgespräch

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpfle-
gung) EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich 20,-. Infos
über Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm
oder auf Anfrage.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart
Haußmannstraße 44a
D-70188 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 / 23 68 950
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de

Der Dreigliederungsimpuls in den sozialen Auseinandersetzungen der Zeit und die Aufgaben der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Arbeitstreffen, Samstag,
9. Dezember 2006, 11.00 - 18.00

Freie Hochschule Stuttgart
(Waldorflehrerseminar)
Haußmannstraße 44a
70188 Stuttgart

Eingeladen:

Alle Interessierten, die sich mit Initiative Netzwerk
Dreigliederung verbunden fühlen.

Einschätzung:

Wie sehen wir die Zeitlage, auf welche Tendenzen
müssen wir achten, wo liegen die Bedrohungen,
wo die Ansatzpunkte für gesellschaftliche Erne-
uerung?

Bilanz:

Wo stehen wir in der Dreigliederungsarbeit?

Aufgaben und Perspektiven:

Wie geht es weiter? Wie sichern wir die Arbeit in
finanzieller Hinsicht (Etat 2007)

Zeitplan:

11.00 - 12.30: 1. Arbeitsabschnitt
12.30 : Mittagspause
14.15 - 15.45: 2. Arbeitsabschnitt
16.15 - 18.00: 3. Arbeitsabschnitt.

Anmeldung:

Initiative Netzwerk Dreigliederung
Haußmannstr. 44 a
70188 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 / 23 68 950
Fax: (+49) 0711 / 23 60 218
E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de